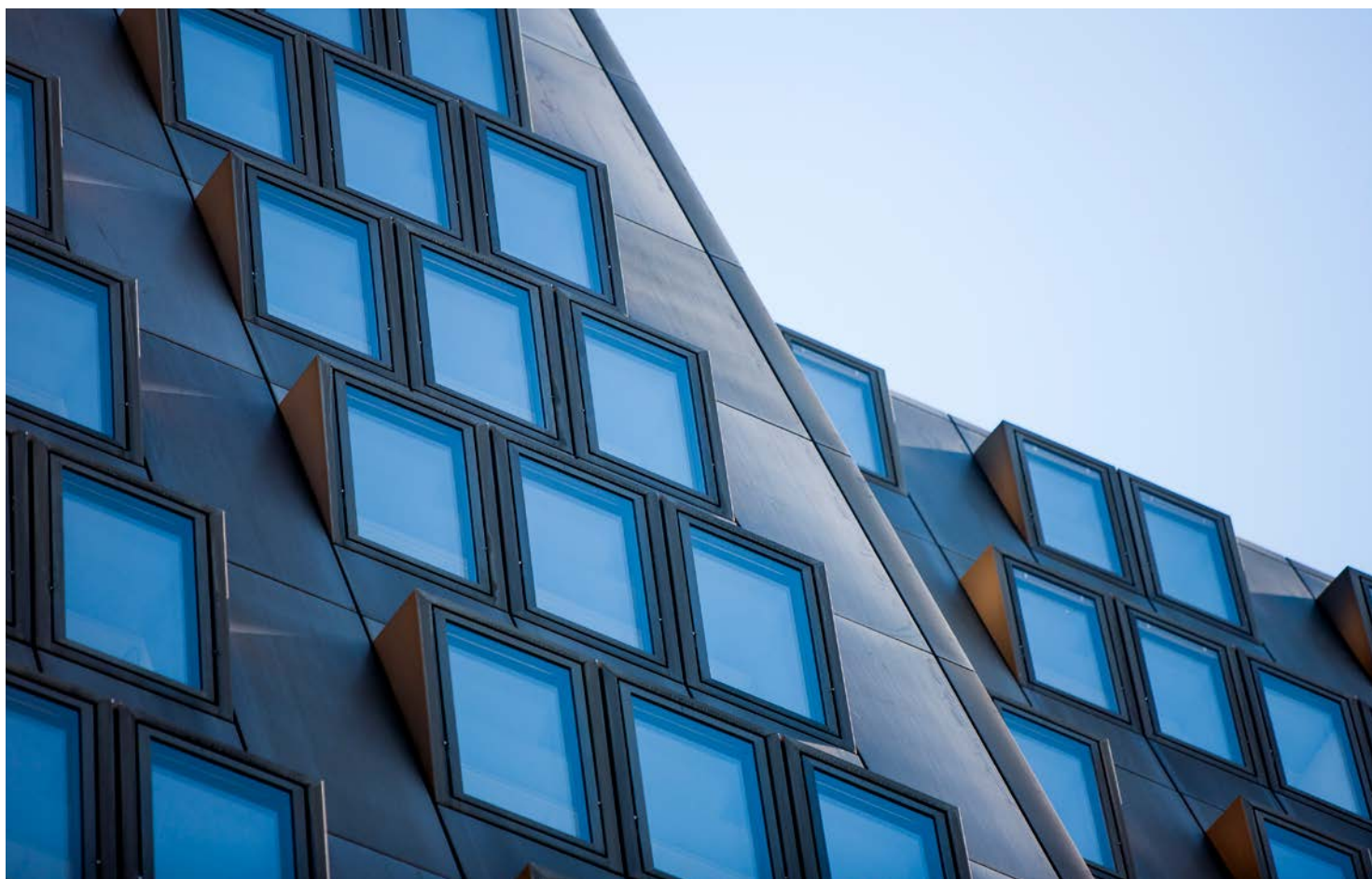




Abwicklung von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung in der Steiermark

Reihe STEIERMARK 2023/6 Bericht des Rechnungshofes



Vorbemerkungen

Vorlage

Der Rechnungshof erstattet dem Landtag Steiermark gemäß Art. 127 Bundes-Verfassungsgesetz nachstehenden Bericht über Wahrnehmungen, die er bei einer Gebarungsüberprüfung getroffen hat.

Berichtsaufbau

In der Regel werden bei der Berichterstattung punktweise zusammenfassend die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Textzahl), deren Beurteilung durch den Rechnungshof (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3) sowie die allfällige Gegenäußerung des Rechnungshofes (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

Das in diesem Bericht enthaltene Zahlenwerk beinhaltet allenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen.

Der vorliegende Bericht des Rechnungshofes ist nach der Vorlage über die Website des Rechnungshofes www.rechnungshof.gv.at verfügbar.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Rechnungshof Österreich

1030 Wien, Dampfschiffstraße 2

www.rechnungshof.gv.at

Redaktion und Grafik: Rechnungshof Österreich

Herausgegeben: Wien, im Juni 2023

AUSKÜNFTE

Rechnungshof

Telefon (+43 1) 711 71 – 8946

E-Mail info@rechnungshof.gv.at

[facebook/RechnungshofAT](https://facebook.com/RechnungshofAT)

Twitter: @RHSprecher

FOTOS

Cover: Rechnungshof/Achim Bieniek

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
Glossar	7
Prüfungsziel	9
Kurzfassung	9
Zentrale Empfehlungen	14
Zahlen und Fakten zur Prüfung	15
Prüfungsablauf und –gegenstand	17
Rechtsgrundlagen	20
Hinweisgeberschutz	20
UVP–Recht	21
Aufbauorganisation	22
Abteilung 13	22
Umweltanwaltschaft	24
Organisatorische Änderungen im Fachteam UVP	28
Personal	28
Personalstand der Abteilung 13	28
Personalstand im Fachteam UVP	31
Bestellungen	37
Aufgaben und Leistungen	39
Aufgaben der Abteilung 13	39
Leistungen im UVP–Bereich	42
Sachverständige und UVP–Koordinatoren	47
Amtssachverständige und nicht amtliche Sachverständige	47
Nebenbeschäftigung und Nebentätigkeit	50
UVP–Koordinatoren	52
Kostenvorschreibung	53

Überblick Verfahren gemäß UVP–G 2000	56
Verfahrensübersicht	56
Dauer der Verfahren	60
Erledigung UVP–Feststellungsverfahren	65
Erledigung UVP–Verfahren	66
Wirkungscontrolling	68
 Ausgewählte Verfahrensschritte von UVP–Verfahren	71
Vorverfahren	71
Einbeziehung der mitwirkenden Behörden und Formalparteien	73
Verbesserungsaufträge und Nachreichungen	75
Umweltverträglichkeitsgutachten und zusammenfassende Bewertung	77
Darstellung von Einwendungen und negativen Gutachten in den Bescheiden	78
Erstellung von Bescheiden	81
Abnahmeprüfungen und Auflagenverwaltung	83
Nachkontrollen	86
Verwaltungsstrafverfahren	88
 Verfahren in mittelbarem Zusammenhang mit UVP–Verfahren und UVP–Feststellungsverfahren	90
Natur– und Landschaftsschutzgebiete	90
Natura 2000–Gebiete	93
Naturdenkmale	96
Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie	97
Exkurs: Entwicklungsprogramm für den Sachbereich erneuerbare Energie	101
Baurechts– und Dienstbarkeitsvertrag beim Pumpspeicherkraftwerk Koralm	103
Baurechtliche Bewilligungen	105
 Schlussempfehlungen	108
 Anhang	114

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Entwicklung des Personalstands und –aufwands der Abteilung 13 in den Jahren 2015 bis 2021 _____	30
Tabelle 2:	Entwicklung des Personalstands im Fachteam UVP; 2013 bis 2021 _____	31
Tabelle 3:	Leistungsstunden der Abteilung 13 für den UVP–Bereich; 2015 bis 2021 _____	43
Tabelle 4:	Anzahl der in der Steiermark anhängigen Verfahren gemäß UVP–G 2000; 2015 bis 2021 _____	56
Tabelle 5:	Dauer der im Zeitraum 2015 bis 2021 abgeschlossenen UVP–Feststellungsverfahren und UVP–Genehmigungsverfahren in Österreich sowie der Detailgenehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren in der Steiermark _____	62
Tabelle 6:	Genehmigungsbescheide der UVP–Behörden und Rechtsmittelverfahren; 2015 bis 2021 _____	67
Tabelle 7:	Ergebnisse des Wirkungscontrollings; 2015 bis 2021 _____	69

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Organigramm der Abteilung 13 zum Stichtag 31. Dezember 2021 _____	23
Abbildung 2:	Personalstand der Abteilung 13 zum Stichtag 31. Dezember 2021 _____	29
Abbildung 3:	Ablauf eines konzentrierten Genehmigungsverfahrens nach dem 2. Abschnitt des UVP–G 2000 _____	41
Abbildung 4:	Durchschnittlicher jährlicher Leistungsumfang der Abteilung 13 für den UVP–Bereich; 2015 bis 2021 _____	44
Abbildung 5:	Durchschnittlicher jährlicher Leistungsumfang des Fachteams UVP; 2015 bis 2021 _____	45
Abbildung 6:	Anzahl der in der Steiermark anhängigen UVP–Verfahren; 2015 bis 2021 _____	57

Abkürzungsverzeichnis

A	Autobahn
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
Art.	Artikel
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991
B	Bundesstraße
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMK	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
BVwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
COVID	corona virus disease (Coronaviruserkrankung)
d.h.	das heißt
EG	Europäische Gemeinschaft
ELAK	elektronischer Akt
ELZE	elektronische Leistungszeiterfassung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZ/OZ	Einlagezahl/Ordnungszahl
FAQ	Frequently Asked Questions (häufig gestellte Fragen)
f(f).	folgende
G(es)mbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ggf.	gegebenenfalls
GW	Gigawatt
GZ	Geschäftszahl
ha	Hektar

i.d.(g.)F.	in der (geltenden) Fassung
km ²	Quadratkilometer
LGBL.	Landesgesetzblatt
lit.	litera (Buchstabe)
LRH	Landesrechnungshof
m ²	Quadratmeter
Mio.	Million(en)
MW	Megawatt
Nr.	Nummer
rd.	rund
RH	Rechnungshof
Rn	Randnummer
Rz	Randziffer
S	Schnellstraße
S.	Seite
TZ	Textzahl(en)
u.a.	unter anderem
UBA–GmbH	Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung
UVE	Umweltverträglichkeitserklärung
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP–G 2000	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
VZÄ	Vollzeitäquivalent(e)
Z	Ziffer
z.B.	zum Beispiel

Glossar

Bruttoendenergieverbrauch

Der Bruttoendenergieverbrauch ist der Energieverbrauch der Endverbraucher (Endenergieverbrauch) zuzüglich der Netzverluste und des Eigenverbrauchs der Kraftwerke.¹

Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung

Ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung trägt dazu bei, einen natürlichen Lebensraumtyp oder eine Art gemäß der Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie² in einem günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder einen solchen wiederherzustellen. Es trägt auch zur Kohärenz des Netzes „Natura 2000“ bzw. zur biologischen Vielfalt in der biogeografischen Region bei.

Materienbehörden

Als Materienbehörden werden jene Behörden bezeichnet, die Verfahren nach den besonderen Verwaltungsvorschriften des Bundes bzw. der Länder (Materien-gesetze) führen, z.B. Wasserrechts–, Forst– oder Naturschutzbehörden.

Median

Der Median ist ein statistischer Wert, der in der Mitte der sortierten Daten liegt und den Datensatz in zwei gleich große Hälften teilt.³

mitwirkende Behörden

Als mitwirkende Behörden werden im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 jene Behörden bezeichnet, die nach den Verwaltungsvorschriften für die Genehmigungen oder Überwachungen eines Vorhabens zuständig wären, wenn dafür keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen wäre, oder die an den jeweiligen Verfahren zu beteiligen sind. Dazu zählen z.B. Wasserrechts–, Forst– oder Naturschutzbehörden.

Natura 2000

Natura 2000 ist ein europäisches ökologisches Netz besonderer Schutzgebiete, die natürliche Lebensraumtypen sowie Habitate der Arten gemäß der Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie sowie die von den Mitgliedstaaten aufgrund der Vogelschutzrichtlinie⁴ ausgewiesenen besonderen Schutzgebiete umfassen.

¹ https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-datasets/product?code=t2020_rd330 (abgerufen am 16. Juni 2023)

² Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 1992/206, 7

³ *Sibbertsen/Lehne*, Statistik (2015) S. 42

⁴ Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. L 2010/20, 7

prioritäre natürliche Lebensraumtypen

Das sind im Anhang der Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie genannte vom Verschwinden bedrohte natürliche Lebensraumtypen, für deren Erhaltung der Europäischen Union aufgrund der natürlichen Ausdehnung dieser Lebensraumtypen besondere Verantwortung zukommt.

Umweltverträglichkeitserklärung

Die Umweltverträglichkeitserklärung ist ein Teil der vom Projektwerber für das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren vorzulegenden Unterlagen, die u.a. eine Beschreibung des Vorhabens und sämtliche umweltrelevanten Angaben zu umfassen haben.

Umweltverträglichkeitsgutachten

Das Umweltverträglichkeitsgutachten stellt die Beurteilungen von durch die Behörde beauftragten Sachverständigen im Rahmen des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens dar.

zusammenfassende Bewertung

Aufbauend auf den im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren vorliegenden Gutachten und Unterlagen nimmt die Behörde eine zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen vor.

WIRKUNGSBEREICH

- Land Steiermark

Abwicklung von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung in der Steiermark

Prüfungsziel



Der RH überprüfte von März bis Juli 2022 die Abwicklung von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Ziele der Überprüfung waren die Darstellung der Rechtsgrundlagen sowie die Darstellung und Beurteilung der Organisation und des Personals der für die Verfahren zuständigen Abteilung, der Abwicklung der Verfahren gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 im Überblick, der Abwicklung von ausgewählten Verfahrensschritten sowie allfälliger mittelbarer Zusammenhänge mit den Verfahren. Diese Sonderprüfung erfolgte aufgrund eines Verlangens von Abgeordneten des Landtags Steiermark. Der überprüfte Zeitraum umfasste die Jahre 2015 bis 2021.

Kurzfassung

Aufbauorganisation

Die Eingliederung der Umweltschutzabteilung, die in den Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVP**) eine Kontrollfunktion und Parteistellung innehatte, in die Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, welche die UVP-Verfahren durchführte, könnte zum Anschein einer weisungsabhängigen Aufgabenwahrnehmung führen. Das Fachteam UVP in der Abteilung 13 wurde entsprechend dem Vorschlag der Abteilung 1 Organisation und Informationstechnik im Oktober 2018 direkt unter der Abteilungsleitung angesiedelt, womit die Abteilungsleitung die unmittelbare Dienst- und Fachaufsicht für alle Teammitglieder hatte. (TZ 5, TZ 6)

Personal

Der Ist-Personalstand der Abteilung 13 verringerte sich von 2016 bis 2021 von rd. 95 Vollzeitäquivalenten auf rd. 91 Vollzeitäquivalente, während der Soll-Stand laut Stellenplan zum Landesvoranschlag im Wesentlichen unverändert blieb. (TZ 7)

Im überprüften Zeitraum war bis März 2017 nur ein Referent im Fachteam UVP für UVP-Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren zuständig. Ab April 2017 bzw. Jänner 2022 war jeweils ein weiterer Jurist dafür zuständig. Die Abteilung 13 richtete über den überprüften Zeitraum verteilt wiederholt Personalanforderungen und Darstellungen über die angespannte Personalsituation im Fachteam UVP an die Abteilung 5 Personal, allerdings nicht immer in schriftlicher Form und somit nicht immer dokumentiert. Gemäß einer internen Vorgabe waren die Amtssachverständigen im Naturschutz aufgrund von Personalmangel nicht für die UVP-Verfahren heranzuziehen. Dennoch hatte die Abteilung 13 im August 2021 in der mit der Abteilung 15 Energie, Wohnbau, Technik gemeinsam verfassten Darstellung der Personalsituation für die Verfahren zum Umwelt- und Anlagenrecht keinen personellen Mehrbedarf für Naturschutz-Amtssachverständige für den UVP-Bereich angemeldet. (TZ 8)

Die im überprüften Zeitraum durchgeführten acht Bestellungen von Führungskräften in der Abteilung 13 erfolgten ohne vorangegangene Ausschreibung und ohne Hearing. (TZ 9)

Aufgaben und Leistungen

In der Abteilung 13 wurden wiederholt falsche Leistungen in der elektronischen Leistungszeiterfassung verbucht. Obwohl dieser Sachverhalt durch die jährliche Auswertung der Stabsstelle der Abteilung 13 festgestellt und im Rahmen von Abteilungs-Jours-fixes thematisiert wurde, änderte sich das Buchungsverhalten nicht. (TZ 11)

Sachverständige und UVP-Koordinatoren

Die UVP-Behörde führte bei der Bestellung von nicht amtlichen Sachverständigen keine nachweisliche Überprüfung bzw. Abfrage einer allfälligen Befangenheit durch. (TZ 12)

In zumindest einem Fall unterblieb die Meldung einer Nebenbeschäftigung durch einen in den UVP-Verfahren eingesetzten Amtssachverständigen. (TZ 13)

Die Verrechnung der Kosten der nicht amtlichen Sachverständigen erfolgte in der Regel direkt zwischen den nicht amtlichen Sachverständigen und dem Projektwer-

ber, die UVP-Behörde erstellte grundsätzlich keinen Kostenbescheid. Nach Ansicht des RH waren die Honorare bzw. Gebühren der nicht amtlichen Sachverständigen bei der UVP-Behörde geltend zu machen und hatte diese die Kosten auf sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen. Die UVP-Behörde hatte einen Kostenbescheid zu erstellen und diesen – zwecks Parteiengehör – sowohl dem Projektwerber als auch dem nicht amtlichen Sachverständigen zu übermitteln. Im Fall der Verrechnung mit Kostenbescheid prüfte die UVP-Behörde die Kosten nicht nachweislich auf sachliche und rechnerische Richtigkeit. (TZ 15)

Überblick Verfahren gemäß UVP-G 2000

Die Abteilung 13 hatte zu Beginn der Überprüfung durch den RH keinen vollständigen Überblick über die im überprüften Zeitraum abgewickelten UVP-Feststellungsverfahren, UVP-Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren. Die abteilungsintern erstellte jährliche Bescheidstatistik war für Controllingzwecke und die Ermittlung des Personalbedarfs nicht ausreichend aussagekräftig, weil sie keinen Überblick über die noch zu erledigenden Verfahren bot. Mit Ende des Jahres 2021 waren 30 UVP-Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren offen. Die Anzahl der beim Land Steiermark gleichzeitig anhängigen UVP-Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren hatte sich von 2015 bis 2021 fast verdreifacht. (TZ 16)

9 % der UVP-Feststellungsverfahren in der Steiermark wurden innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Verfahrensdauer von sechs Wochen abgeschlossen. Bei den von 2015 bis 2021 abgeschlossenen UVP-Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren überschritt die Verfahrensdauer die gesetzlich vorgesehene Entscheidungsfrist von neun bzw. sechs Monaten – abgesehen von einem Änderungsverfahren – größtenteils um ein Vielfaches. Der Median der Verfahrensdauer für UVP-Verfahren und vereinfachte Verfahren lag im überprüften Zeitraum in der Steiermark mit drei Jahren ab Antrag auch deutlich über dem Median der anderen UVP-Behörden in Österreich mit 1,6 Jahren ab Antrag. (TZ 17)

Bei den 28 im überprüften Zeitraum abgeschlossenen Verfahren bewilligte die UVP-Behörde alle Anträge im Rahmen von UVP-Genehmigungsverfahren und UVP-Änderungsverfahren bzw. schloss alle UVP-Abnahmeverfahren mit der Feststellung einer bescheidgemäßen Ausführung ab. Auch die anderen UVP-Behörden in Österreich erteilten Genehmigungen in vergleichbarem Ausmaß: Österreichweit wies im überprüften Zeitraum nur in einem Fall eine UVP-Behörde einen Antrag in erster Instanz zurück und nur in einem Fall versagte das Bundesverwaltungsgericht im Rechtsmittelverfahren die Bewilligung. (TZ 19)

Ausgewählte Verfahrensschritte von UVP–Verfahren

Die UVP–Behörde dokumentierte in den Vorverfahren die Abstimmungsschritte vor der Antragstellung nicht systematisch. Sie führte die Verfahren, teilweise ohne zwischen Abstimmungen vor der Einbringung des Genehmigungsantrags und dem Genehmigungsverfahren selbst zu unterscheiden. (TZ 21)

Die UVP–Behörde bezog die mitwirkenden Behörden, die Umweltanwältin und die Standortgemeinde nicht unverzüglich nach Einlangen des Genehmigungsantrags, sondern erst nach der Einholung der Stellungnahmen der Sachverständigen im Zuge der Evaluierungsrunden in die Genehmigungsverfahren ein. (TZ 22)

Die UVP–Behörde gab für die Verbesserung und Nachreichung von Unterlagen keine Fristen vor. (TZ 23)

Das Umweltverträglichkeitsgutachten bzw. die zusammenfassenden Bewertungen lagen in der überwiegenden Anzahl der überprüften Fälle zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung noch nicht vor. (TZ 24)

Die UVP–Behörde stellte in den vom RH vertieft überprüften Verfahren in den Bescheiden die Stellungnahmen grundsätzlich nachvollziehbar dar und ging auf die vorgebrachten Einwendungen zusammenfassend ein. Sie verwies in den Bescheidbegründungen teilweise pauschal auf die Fachgutachten, ohne die Begründung für ihre Entscheidung im konkreten Fall nachvollziehbar darzustellen. Die UVP–Behörde stellte auf der Grundlage von Sachverständigengutachten auch „unvertretbar nachteilige“ Auswirkungen der Vorhaben transparent im jeweiligen Genehmigungsbescheid dar und traf die Entscheidung aufgrund einer Gesamtbewertung der Umweltauswirkungen bzw. einer Interessenabwägung. Sie zog auch Amtssachverständige, die die Auswirkungen von Vorhaben als „unvertretbar nachteilig“ beurteilten, wiederholt zu UVP–Genehmigungsverfahren bei. (TZ 25)

Für mindestens drei Verfahren lag ein E–Mail–Verkehr von Bevollmächtigten von Projektwerbern an Bedienstete der UVP–Behörde vor, der Textteile bzw. Formulierungen der jeweiligen Entscheidungen zum Inhalt hatte. Ein Vertreter der UVP–Behörde übermittelte in mindestens zwei Verfahren Bescheidentwürfe zur Abstimmung der Projektwerberseite. Die Durchführung von Bewilligungsverfahren und die Erstellung von Bescheiden waren hoheitliche Kernaufgaben, die nicht an Externe ausgelagert werden durften. Dies galt insbesondere für die rechtliche Würdigung und Interessenabwägungen, von deren Ergebnis die Bewilligungsfähigkeit der Vorhaben und die Entscheidung in der Sache abhingen. Inwieweit sich aus den vom RH erhobenen Sachverhalten eine inhaltliche Einflussnahme von Projektwerberseite auf die Bescheiderstellung ableiten ließ bzw. strafrechtlich relevant war,

blieb für den RH in Anbetracht der ihm zur Verfügung stehenden Prüfungsinstrumente offen bzw. war eine entsprechende Beurteilung nicht seine Aufgabe. (TZ 26)

Nach Fertigstellung der Vorhaben liefen die Abnahmeverfahren über mehrere Jahre. Die Abteilung 13 verfügte über kein System, mit dem Fristen und Auflagen aus Genehmigungsbescheiden unabhängig von bestimmten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern verwaltet werden konnten. (TZ 27)

Die UVP-Behörde war bei vier von zwölf Vorhaben ihrer Pflicht nicht nachgekommen, die gesetzlich vorgesehene Nachkontrolle zu initiieren. Die Nachkontrollen erfolgten bei weiteren Vorhaben zum Teil erst deutlich verspätet. Bei zwei vom RH vertieft überprüften Vorhaben war für den RH wegen fehlender Dokumentation nicht nachvollziehbar, ob die Nachkontrollen entsprechend den Vorgaben durchgeführt worden waren. (TZ 28)

Die UVP-Behörde leitete in einem überprüften Fall kein Verwaltungsstrafverfahren von Amts wegen ein, obwohl über einen längeren Zeitraum der gesetzmäßige Zustand nicht hergestellt wurde. (TZ 29)

Verfahren in mittelbarem Zusammenhang mit UVP-Verfahren und UVP-Feststellungsverfahren

Das Land Steiermark beabsichtigte gemäß seiner Naturschutzstrategie aus dem Jahr 2017 eine landesweite Überarbeitung seiner teilweise vor Jahrzehnten ausgewiesenen naturschutzrechtlichen Schutzgebiete und begann mit deren systematischer Analyse. (TZ 30)

Die Naturschutzbehörde bewilligte im Mai 2016 – unter Anwendung von Ausnahmebestimmungen – einen Eingriff in das an die Europäische Kommission gemeldete Natura 2000-Gebiet Koralpe trotz erheblicher Auswirkungen auf den Schutzzweck des Gebiets. Dies obwohl über die Aufnahme des Gebiets durch die Kommission noch nicht entschieden war. Im Jänner 2018 erklärte die Naturschutzbehörde den Bescheid wegen der zwischenzeitlich durch das Bundesverwaltungsgericht festgestellten UVP-Pflicht des Vorhabens auf Anregung der Umweltanwältin für nichtig. (TZ 31)

Beim Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie lag zur Beurteilung und Auswahl der einzelnen Standorte für Windkraftanlagen keine systematische Übersicht über die Bewertungen der einzelnen Standortvorschläge auf der Basis von Eignungs- und Ausschlusskriterien vor. Die Vorrangzone Soboth wurde entgegen dem Fachvorschlag der Abteilung 17 Landesentwicklung in der Verordnung der Landesregierung auch auf einer Teilfläche des Natura 2000-Gebiets Koralpe ausgewiesen. (TZ 33)

Der RH wies auf die verstärkte Dringlichkeit beim Ausbau der regionalen erneuerbaren Energieproduktion hin, insbesondere vor dem Hintergrund der Energieversorgungs- und –sicherheitskrise und der internationalen Abhängigkeiten von Erdgas. Aufgrund der geopolitischen Herausforderung und der europäischen und nationalen Bestrebungen zu Klimaneutralität und Energiewende ist nach Ansicht des RH ein besonderes Augenmerk auf die Vorhaben der Energiewende zu legen. Da ein Teil der Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien der UVP–Pflicht unterlag, waren die Verfahrenseffizienz und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Energiewende–Vorhaben wesentlich. (TZ 34)

Auf Basis seiner Feststellungen hob der RH folgende Empfehlungen an das Land Steiermark hervor:

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN

- Es wäre dafür zu sorgen, dass hoheitliche Kernaufgaben – insbesondere die rechtliche Würdigung und Interessenabwägung – durch die zuständige Behörde selbst durchgeführt werden. (TZ 26)
- Abstimmungen zwischen UVP–Behörde und Projektwerbern vor Antragstellung wären transparent und systematisch vorzunehmen und die Ergebnisse nachvollziehbar zu dokumentieren, um Verzögerungen und Verbesserungsaufträge im UVP–Genehmigungsverfahren möglichst zu vermeiden. (TZ 21)
- Es wäre darauf zu achten, dass die zusammenfassende Bewertung bzw. das Umweltverträglichkeitsgutachten den Parteien rechtzeitig vor der mündlichen Verhandlung zur Kenntnis gelangt. (TZ 24)
- Die Evaluierung der Landschaftsschutzgebiete wäre – unter Berücksichtigung der Alpenkonvention – voranzutreiben und abzuschließen. Allfällige Änderungen wären im Zuge einer Interessenabwägung nachvollziehbar zu begründen. (TZ 30)
- Die Honorare bzw. Gebühren der nicht amtlichen Sachverständigen wären hinkünftig bei der UVP–Behörde einreichen zu lassen und auf sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen. Der von der UVP–Behörde zu erstellende Kostenbescheid wäre sowohl dem Projektwerber als auch dem nicht amtlichen Sachverständigen zu übermitteln. Die durch Bescheid vorgeschriebenen Kosten könnten direkt vom Projektwerber an den nicht amtlichen Sachverständigen bezahlt werden. (TZ 15)

Zahlen und Fakten zur Prüfung

Abwicklung von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung in der Steiermark								
Rechtsgrundlagen								
Europäische Union	Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung, ABl. L 2012/26, 1 Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Änderung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung, ABl. L 2014/124, 1 Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 1992/206, 7 Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, ABl. L 2019/305, 17							
Bund	Bundes–Verfassungsgesetz (B–VG), BGBl. 1/1930 i.d.g.F. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBl. 51/1991 i.d.g.F. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP–G 2000), BGBl. 697/1993 i.d.g.F.							
Land Steiermark	Landes–Verfassungsgesetz 2010 (L–VG), LGBl. 77/2010 i.d.g.F. Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt (StESUG), LGBl. 78/1988 i.d.g.F. Steiermärkisches Naturschutzgesetz 1976, LGBl. 65/1976 i.d.F. LGBl. 55/2014 sowie Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017, LGBl. 71/2017 i.d.F. LGBl. 87/2019 Steiermärkisches Hinweisgeberschutzgesetz (StHSchG), LGBl. 42/2022 i.d.g.F. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Juni 2013, mit der ein Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie erlassen wird, LGBl. 72/2013 i.d.F. LGBl. 106/2014 und LGBl. 91/2019							
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Durchschnitt 2015 bis 2021
	Anzahl							
UVP–Feststellungsverfahren								
anhängige Verfahren	25	23	22	20	33	30	28	26
Bescheide	10	18	10	13	14	19	14	14
Leistungsstunden	1.059	1.602	1.741	1.521	1.485	1.925	1.590	1.560
UVP–Genehmigungsverfahren								
UVP–(Erst–)Genehmigungsverfahren (inklusive Detailgenehmigungsverfahren)								
anhängige Verfahren	4	8	10	12	15	18	15	12
Bescheide	0	1	1	1	2	3	2	1
UVP–Änderungsverfahren								
anhängige Verfahren	1	1	2	3	6	4	8	4
Bescheide	0	0	1	0	3	1	2	1
Leistungsstunden UVP–Genehmigungsverfahren	1.041	1.228	1.637	1.814	1.633	1.715	1.598	1.524
UVP–Abnahmeverfahren								
anhängige Verfahren	7	7	13	13	14	12	11	11
Bescheide	2	0	3	1	2	3	0	2
Leistungsstunden	551	690	1.153	1.484	1.474	1.263	730	1.049

Abwicklung von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung in der Steiermark								
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Veränderung 2015 bis 2021
	in Vollzeitäquivalenten zum 31. Dezember							in %
Personal der Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung								
Soll ¹	97,575	94,575	95,075	94,800	94,000	95,950	96,700	-0,9
Ist ¹	102,950	94,700	92,325	93,400	92,075	95,400	90,525	-12,1
	in Mio. EUR							in %
Personalaufwand	5,95	6,15	6,16	6,24	6,33	6,62	6,87	15,4

Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Land Steiermark

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

¹ laut aktualisiertem Stellenplan

Prüfungsablauf und –gegenstand

- 1 (1) Der RH überprüfte von März bis Juli 2022 die Abwicklung von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVP**) beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung (in der Folge: **Amt der Landesregierung**). Weitere Erhebungen zur UVP–Dokumentation fanden bei der Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung (**UBA–GmbH**) statt.

Der überprüfte Zeitraum umfasste die Jahre 2015 bis 2021. Sofern für die Beurteilung relevant, berücksichtigte der RH auch Sachverhalte außerhalb dieses Zeitraums.

Ziele der Überprüfung waren die Darstellung

- der Rechtsgrundlagen
- sowie die Darstellung und Beurteilung
- der Organisation und des Personals der für UVP–Verfahren zuständigen Abteilung,
- der Abwicklung der Verfahren gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (**UVP–G 2000**)⁵ im Überblick,
- der Abwicklung von ausgewählten Verfahrensschritten sowie
- allfälliger mittelbarer Zusammenhänge mit den Verfahren.

Adressat der Empfehlungen war das Land Steiermark.

(2) Anlass für diese Überprüfung war das Verlangen von Abgeordneten des Landtags Steiermark vom 26. November 2021⁶ gemäß Art. 45a Landes–Verfassungsgesetz 2010⁷ in Verbindung mit Art. 127 Abs. 7 Bundes–Verfassungsgesetz⁸, eine Prüfung der in den Wirkungsbereich des Landes fallenden besonderen Akte der Gebarung in Bezug auf die von der Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung des Amtes der Landesregierung (in der Folge: **Abteilung 13**) seit dem Jahr 2015 behandelten Verfahren im mittelbaren und unmittelbaren Zusammenhang mit Umweltverträglichkeitsangelegenheiten durch den RH durchzuführen. Diese Prüfung hätte insbesondere die Prüfungsmaßstäbe Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit zu umfassen.

⁵ BGBl. 697/1993 i.d.g.F.

⁶ EZ/OZ 1821/1

⁷ LGBl. 77/2010 i.d.g.F.

⁸ BGBl. 1/1930 i.d.g.F.

Dem Verlangen der Abgeordneten lagen medial bekannt gewordene Vorwürfe gegen Bedienstete des Landes zugrunde. Demnach soll bei der Erarbeitung von Genehmigungsbescheiden in Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren eng mit Antragstellern zusammengearbeitet bzw. sollen Kerntätigkeiten der hoheitlich zu besorgenden Aufgaben der Abteilung 13 an private Dienstleistungsunternehmen ausgelagert oder von Projektwerbern übernommen worden sein.

(3) Darüber hinaus forderte der Landtag Steiermark am 14. Dezember 2021⁹ die Steiermärkische Landesregierung auf,

- die interne Revision zu beauftragen, eine Untersuchung der in den Medien erhobenen Vorwürfe zu den seit 2015 behandelten UVP–Verfahren der Abteilung 13 des Amtes der Landesregierung vorzunehmen und dem Landtag über die Ergebnisse Bericht zu erstatten und
- im Bereich der Abteilung 13 umgehend eine Personalbedarfsprüfung durchzuführen und gegebenenfalls das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen bzw. den Pool der Amtssachverständigen entsprechend auszustatten.

Am 21. Dezember 2021 ersuchte die sachlich zuständige Landesrätin¹⁰ die Interne Revision, vorerst, bis zum Vorliegen eines Prüfungsergebnisses durch den RH, den Fokus ihrer Prüfung bzw. Begleitung auf den Aufbau eines wirksamen Risikomanagements bzw. die Verbesserung der bestehenden Risikomanagement– und Kontrollprozesse für die Abwicklung von UVP–Verfahren zu setzen.

Zudem ermittelte das Bundesamt für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im Auftrag der Staatsanwaltschaft Graz in der Angelegenheit wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs, der Bestechlichkeit und Bestechung u.a. gegen Bedienstete des Amtes der Landesregierung. Auslöser war eine anonyme Anzeige bei der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption, die über das dort eingerichtete internetbasierte Anzeigesystem eingebracht worden war (TZ 2).¹¹

(4) Nichtziele der Verlangensprüfung waren die vom Land Steiermark vorgesehenen Überprüfungen und eine inhaltliche Wertung einzelner UVP–Verfahren; letztere oblag den zuständigen Rechtsmittelinstanzen (Bundesverwaltungsgericht (**BVwG**), Verwaltungsgerichtshof (**VwGH**) bzw. Verfassungsgerichtshof (**VfGH**)). Weiters traf der RH keine Aussage zu den strafrechtlichen Ermittlungen.

⁹ EZ/OZ 1881/4

¹⁰ Mag.^a Ursula Lackner

¹¹ Im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren wurde von den dienstlichen E–Mail–Postfächern von zwei Bediensteten ein Vielfaches der später an den RH übermittelten E–Mails gesichert.

(5) Bei der Verlangensprüfung traten folgende Erschwernisse bzw. Zeitverzögerungen auf:

- Ein Teil der beim Land Steiermark angeforderten (physischen) Akten lag zur Zeit der Überprüfung durch den RH nicht im Amt auf, weil sie aufgrund von Rechtsmittelverfahren an das BVwG bzw. den VwGH übermittelt worden waren.¹² Der RH stützte sich bei seiner Überprüfung auf digital vorliegende Unterlagen (bzw. auszugsweise Kopien aus den Akten), deren Vollständigkeit er aber nicht überprüfen konnte.
- Zwei Bedienstete der Abteilung 13 beantworteten Fragen des RH nur schriftlich, während sie mit den Vertreterinnen und Vertretern der Internen Revision Prüfungsgespräche führten.
- Am 30. März 2022 forderte der RH beim Amt der Landesregierung – analog zu den Ermittlungen des Bundesamts für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung – für den Zeitraum ab 2015 die Daten der dienstlichen E-Mail-Postfächer zweier Bediensteter an. Das Amt der Landesregierung übermittelte dazu am 12. Juli 2022 nach mehrfacher Urgenz rd. 140 E-Mails aus dem Postfach der einen Person bzw. rd. 12.400 E-Mails aus dem Postfach der anderen Person, ohne eine vom RH angeforderte Vollständigkeitserklärung abzugeben.

Der RH beschränkte sich in weiterer Folge auf eine stichprobenartige Durchsicht der übermittelten E-Mails (TZ 26).

(6) Der RH übermittelte am 23. Februar 2023 sein Prüfungsergebnis an das Land Steiermark. Am 28. Februar 2023 forderte der Landtag Steiermark die Landesregierung auf, „die Stellungnahme zum Rohbericht des RH ehest möglich abzugeben, damit der Endbericht mit seinen Empfehlungen dem Landtag vorgelegt werden kann“. Das Land Steiermark nahm am 16. Mai 2023 zum Prüfungsergebnis Stellung. Der RH erstattete seine Gegenäußerung im Juni 2023.

¹² Dies betraf folgende Akten: UVP-Verfahren Pumpspeicherkraftwerk Koralpe, UVP-Verfahren Unterführung Josef-Huber-Gasse, UVP-Verfahren Verhüttungswerk Zeltweg, UVP-Abnahmeverfahren Windpark Handalm, Rechts- und Fachakten betreffend das Natura 2000-Gebiet Koralpe und Akt betreffend die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. Juni 2015 über die Erklärung von Gebieten der Koralpe zum Landschaftsschutzgebiet Nr. 1, LGBl. 43/2015.

Rechtsgrundlagen

Hinweisgeberschutz

- 2.1 (1) Auslöser für die Ermittlungen des Bundesamts für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im Auftrag der Staatsanwaltschaft Graz war eine anonyme Anzeige vom Juli 2021 bei der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption. Dort war seit 1. Jänner 2016 ein internetbasiertes anonymes Anzeigesystem¹³ im Regelbetrieb.
- (2) Am 15. März 2022 begann das Begutachtungsverfahren zum Steiermärkischen Hinweisgeberschutzgesetz, das der Landtag Steiermark am 14. Juni 2022 beschloss¹⁴. Dieses Gesetz diene zur Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden¹⁵ (in der Folge: **Hinweisgeberschutzrichtlinie**). Die in der Hinweisgeberschutzrichtlinie festgelegten Mindeststandards beinhalteten die Einrichtung von internen und externen Hinweisgebersystemen für die Meldung von Verstößen gegen Unionsrecht sowie den Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern u.a. im Bereich des Umweltschutzes. Die Hinweisgeberschutzrichtlinie war bis 17. Dezember 2021 in nationales Recht umzusetzen.
- 2.2 Der RH betonte die Wichtigkeit eines Hinweisgeberschutzes im Bereich des Korruptionsstrafrechts und verwies darauf, dass das Land Steiermark die Hinweisgeberschutzrichtlinie nicht fristgerecht in nationales Recht umgesetzt hatte.

¹³ entsprechend § 2a Abs. 6 Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. 164/1986 i.d.g.F.

¹⁴ LGBL. 42/2022

¹⁵ Richtlinie (EU) 2019/1937, ABl. L 2019/305, 17

UVP–Recht

- 3.1 (1) Durch das UVP–G 2000 wurde die Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten¹⁶ (in der Fassung der Richtlinie 2014/52/EU¹⁷) in nationales Recht umgesetzt.

Aufgabe der UVP war es, unter Beteiligung der Öffentlichkeit auf fachlicher Grundlage

- die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen festzustellen, zu beschreiben und zu bewerten, die ein Vorhaben
 - auf Menschen und die biologische Vielfalt einschließlich der Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume,
 - auf Fläche und Boden, Wasser, Luft und Klima,
 - auf die Landschaft und
 - auf Sach– und Kulturgüter
 hat oder haben kann, wobei Wechselwirkungen mehrerer Auswirkungen untereinander miteinzubeziehen waren,
- Maßnahmen zu prüfen, durch die schädliche, belästigende oder belastende Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt verhindert oder verringert oder günstige Auswirkungen des Vorhabens vergrößert werden,
- die Vor– und Nachteile der vom Projektwerber geprüften Alternativen sowie die umweltrelevanten Vor– und Nachteile des Unterbleibens des Vorhabens darzulegen und
- bei Vorhaben, für die gesetzlich die Möglichkeit einer Enteignung oder eines Eingriffs in private Rechte vorgesehen ist, die umweltrelevanten Vor– und Nachteile der vom Projektwerber geprüften Standort– oder Trassenvarianten darzulegen.

Gemäß Art. 10 und 11 Bundes–Verfassungsgesetz war die Gesetzgebung zur Umweltverträglichkeitsprüfung Bundessache, die Vollziehung – ausgenommen für Bundesstraßen und Eisenbahn–Hochleistungsstrecken – Landessache. Zuständige UVP–Behörde war gemäß UVP–G 2000 die Landesregierung, für Bundesstraßen und Eisenbahn–Hochleistungsstrecken die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

(2) Weitere wesentliche europäische Rechtsvorschriften, die im Rahmen eines UVP–Verfahrens zur Anwendung gelangen, waren u.a. die Verordnung zu Leitlinien der transeuropäischen Energieinfrastruktur¹⁸, die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden

¹⁶ ABl. L 2012/26, 1

¹⁷ ABl. L 2014/124, 1

¹⁸ Verordnung (EU) 347/2013

Vogelarten¹⁹ und die Richtlinie des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (in der Folge: **Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie**)²⁰; diese waren dem Schutzgut „biologische Vielfalt“ zuzuordnen.

(3) Zusätzlich waren jene materiell–rechtlichen Teile des Verwaltungsrechts auf Bundes– und Landesebene zu berücksichtigen, die auch ohne UVP–Pflicht anzuwenden gewesen wären. Dies betraf im Bundesrecht insbesondere das Gewerberecht, Wasserrecht und Forstrecht, im Landesrecht das Bau– und Raumordnungsrecht sowie das Naturschutz– und Landschaftsschutzrecht.

(4) Für UVP–Verfahren lag schließlich auch eine umfangreiche Judikatur des Europäischen Gerichtshofes (**EuGH**), des VfGH, des VwGH, des BVwG und der Landesverwaltungsgerichte vor.

- 3.2 Der RH verwies auf die steigende Komplexität des UVP–Rechts (Unions–, Bundes– und Landesrecht), die dazu führte, dass UVP–Verfahren nur mehr von spezialisierten und erfahrenen Verwaltungsjuristinnen und –juristen geleitet werden konnten; dies unter Unterstützung entsprechend kompetenter und erfahrener UVP–Koordinatorinnen bzw. UVP–Koordinatoren (**TZ 14**).

Aufbauorganisation

Abteilung 13

- 4 (1) Die Abteilung 13 war die Umweltrechts–Abteilung des Landes Steiermark und u.a. für UVP zuständig (**TZ 10**). Sie wurde im Jahr 2012 im Zuge der Verwaltungsreform in der Steiermark neu strukturiert; die bis dahin bestehenden Fachabteilungen 13A Umwelt– und Anlagenrecht, 13B Bau– und Raumordnung und 13C Naturschutz wurden als Referate mit Fachteams sowie zwei Stabsstellen in der Abteilung 13 zusammengefasst.

Weiters waren in der Abteilung 13 zwei weisungsfreie Geschäftsstellen – Umweltanwaltschaft (**TZ 5**) und Tierschutzombudschaft – organisatorisch angesiedelt. Diese unterlagen der Dienstaufsicht, aber nicht der Fachaufsicht durch die Leitung der Abteilung 13.

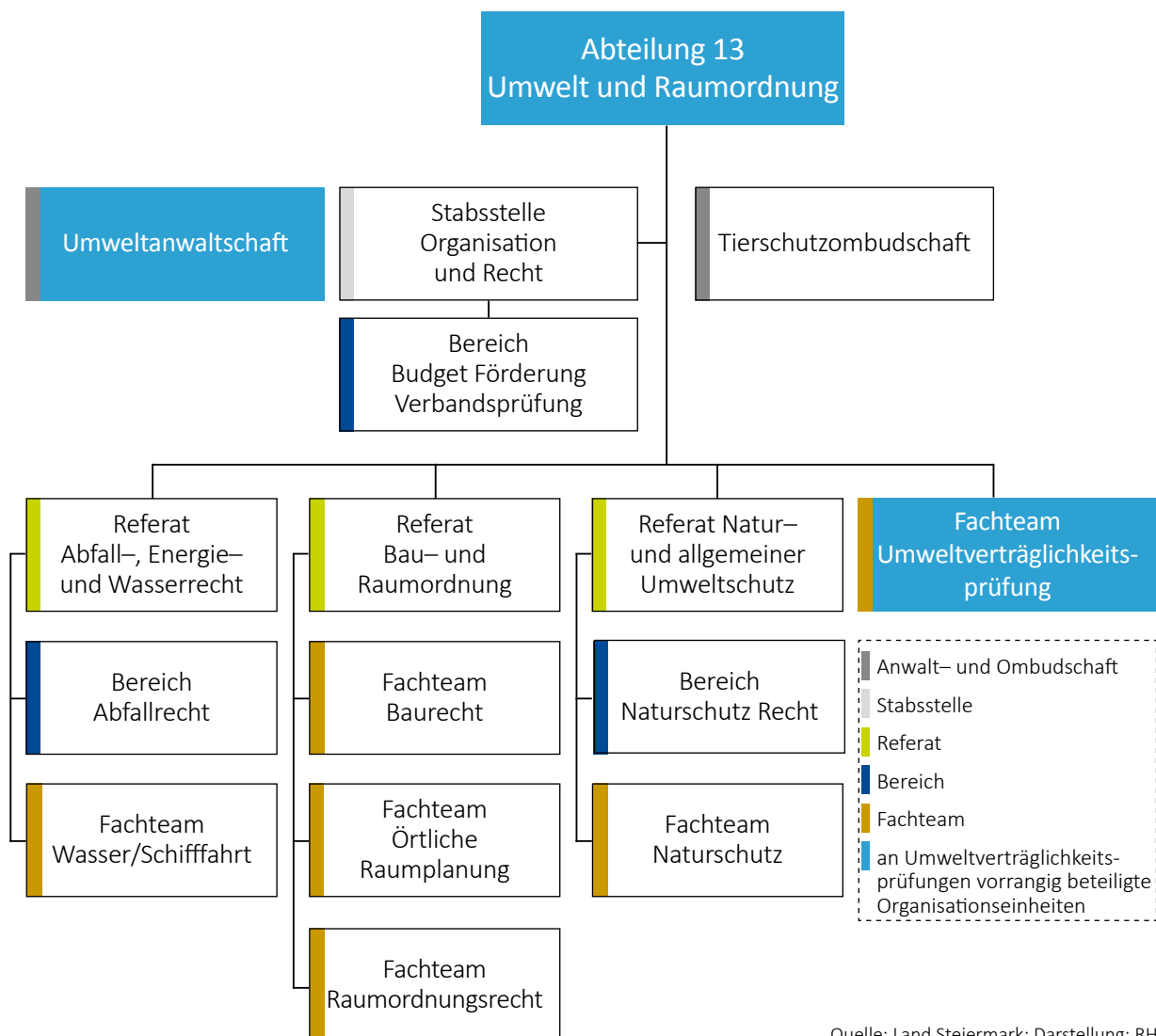
¹⁹ Richtlinie 2009/147/EG, ABl. L 2010/20, 7

²⁰ Richtlinie 92/43/EWG, ABl. L 1992/206, 7

(2) Seit dem Jahr 2012 gab es wiederholt Organisationsanpassungen und –änderungen, z.B. wurden die zwei Stabsstellen zusammengelegt, Bereiche errichtet oder Referate umbenannt. Im Zuge der Neuorganisation der Abteilung 13²¹ im Oktober 2018 wurde u.a. das Fachteam Umweltverträglichkeitsprüfung (in der Folge: **Fachteam UVP**) unmittelbar – ohne Zwischenschaltung eines Referats – bei der Abteilungsleitung angesiedelt (TZ 6).

(3) Die folgende Abbildung zeigt das Organigramm der Abteilung 13 mit Stand 31. Dezember 2021:

Abbildung 1: Organigramm der Abteilung 13 zum Stichtag 31. Dezember 2021



Quelle: Land Steiermark; Darstellung: RH

²¹ aufgrund von bevorstehenden Pensionierungen, hohen Führungsspannen, geänderten Rahmenbedingungen und der besonderen Außenwirkung der UVP

Die Abteilung 13 bestand zur Zeit der Überprüfung aus den drei Referaten „Abfall-, Energie- und Wasserrecht“, „Bau- und Raumordnung“ und „Natur- und allgemeiner Umweltschutz“ sowie der Stabsstelle „Organisation und Recht“. Die Stabsstelle und die drei Referate waren weiters in drei Bereiche und fünf Fachteams untergliedert. Ein zusätzliches Fachteam, das Fachteam UVP, war direkt der Abteilungsleitung unterstellt.

(4) Abteilungen konnten gemäß Geschäftsordnung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung²² in Referate gegliedert werden. Referate waren zur Besorgung eines weniger umfangreichen Teilbereichs oder mehrerer solcher Teilbereiche eines Aufgabengebiets oder eines gesamten kleinen Aufgabengebiets zu bestimmen. Sie stellten innerhalb von Abteilungen die erste Hierarchieebene dar.

Stabsstellen waren als Leitungshilfsstellen direkt bei der Abteilungsleitung angesiedelt und unterstützten diese bei typischen Führungsmaterien (Haushaltsführung, Controlling, Organisationsarbeit, Personal, Kanzlei etc.).

Unterhalb eines Referats oder einer Stabsstelle konnten Bereiche eingerichtet werden, dies bei Vorliegen bestimmter Kriterien (z.B. Abgrenzbarkeit des Bereichs innerhalb eines Referats oder Größe des Referats) und sofern es zweckmäßig erschien. Der Bereichsleitung oblag die fachliche und operative Führung einschließlich der Dienst- und Fachaufsicht für ihre Organisationseinheit.

Fachteams bildeten keine weitere Hierarchieebene, sondern dienten der Bündelung von zusammenhängenden Aufgabenbereichen. Die Fachteamkoordinatorinnen bzw. -koordinatoren stimmten die fachliche Zusammenarbeit im Team ab und waren Ansprechpersonen für die vorgesetzte Stelle. Die Dienst- und Fachaufsicht für alle Teammitglieder blieb bei der direkt vorgesetzten Referats- oder Abteilungsleitung.

Umweltanwaltschaft

- 5.1 (1) Gemäß dem Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt (StESUG)²³ war zur Wahrung der Interessen des Umweltschutzes im Vollziehungsbereich des Landes von der Landesregierung über Vorschlag des für den Umweltschutz zuständigen Regierungsmitglieds ein „Umweltanwalt“ auf jeweils fünf Jahre zu bestellen. Die zur Zeit der Überprüfung im Amt befindliche Umweltanwältin wurde erstmals im April 2005 und zuletzt im Juli 2020 bestellt. Sie unterstand dienstrechtlich der

²² Verwaltungsverordnung des Landeshauptmannes von Steiermark vom 27. Juni 2019 über die Geschäftsordnung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, GZ Nr. 141/2019

²³ LGBl. 78/1988 i.d.g.F.

Landesregierung und konnte sich zur Besorgung der Geschäfte des Amtes der Landesregierung als Hilfsapparat bedienen. Die Umweltanwältin war in Ausübung ihres Amtes an keine Weisungen gebunden, unterlag jedoch im Rahmen ihrer Tätigkeit der Aufsicht der Landesregierung.

(2) Bis zur Organisationsreform 2002 war die Umweltanwaltschaft bei der Landesamtsdirektion angesiedelt; mit der Reform wechselte sie zur Fachabteilung 13C Naturschutz der Abteilung 13 Umweltrecht und Naturschutz und gehörte bis zur Einschau des RH an Ort und Stelle organisatorisch zur Abteilung 13.

In Kärnten und Salzburg war die Umweltanwaltschaft ebenfalls in die für Natur- und Umweltschutz zuständige Abteilung eingegliedert, in Wien war sie direkt dem Bürgermeister unterstellt, in den fünf weiteren Ländern war sie bei der Landesamtsdirektion, dem Präsidium, einer Stabsabteilung bzw. als Sondereinrichtung eingerichtet.

(3) In der Stellenbeschreibung der Umweltanwältin des Landes Steiermark war als unmittelbare Vorgesetzte die Leiterin der Abteilung 13 angeführt. Die Stellenbeschreibung der Leiterin der Abteilung 13 nannte als Aufgabe u.a. die Dienst- und Fachaufsicht über die unmittelbar untergebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies würde auch die Umweltanwältin – und die unabhängige Tierschutzombudsfrau – betreffen, war aber per Gesetz ausgeschlossen. Laut Auskunft der Umweltanwältin sei es in der Praxis nicht vorgekommen, dass die Leiterin der Abteilung 13 fachlichen Einfluss auf sie ausgeübt hätte.

(4) Die Umweltanwältin des Landes Steiermark sah die Eingliederung in die Abteilung 13, insbesondere aufgrund der Außenwirkung, kritisch: Die Umweltanwaltschaft habe durch die Parteistellung eine Art Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung; sie war aber in jene Abteilung eingegliedert, die eine Vielzahl an Verfahren führte, an denen sie als Partei beteiligt war. Positive Aspekte der Eingliederung sah sie in der administrativen Entlastung durch das abteilungsinterne Fuhrparkmanagement und die Reisekostenabrechnung sowie in den Synergien aufgrund der Zusammenarbeit mit den Referaten der Abteilung 13 (Informationsfluss, kurze Wege, Bereitstellung von Unterlagen).

(5) Der RH hatte im Jahr 2005 die Gebarung des Steiermärkischen Umweltanwalts und der Steiermärkischen Kinder- und Jugendanwaltschaft überprüft und dabei festgestellt, dass die Aufbauorganisation eine effiziente und effektive Aufgabenerfüllung erlaubte und das Zusammenwirken zwischen verfahrensführender Behörde und Umweltanwalt sachgerecht war (RH-Bericht „Umweltanwalt sowie Kinder- und Jugendanwaltschaft“, Reihe Steiermark 2006/3).

- 5.2 Wenngleich der RH in seinem Bericht „Umweltanwalt sowie Kinder- und Jugendanwaltschaft“ (Reihe Steiermark 2006/3) der Umweltanwaltschaft eine effiziente und effektive Aufgabenerfüllung sowie ein sachgerechtes Zusammenwirken mit der verfahrensführenden Behörde (Abteilung 13) bescheinigt hatte, gab er zu bedenken, dass die Eingliederung der Umweltanwaltschaft, die in den UVP-Verfahren eine Kontrollfunktion und Parteistellung innehatte, in die Abteilung 13, welche die UVP-Verfahren durchführte, zum Anschein einer weisungsabhängigen Aufgabenwahrnehmung führen könnte.

Um auch nur den Anschein einer möglichen Beeinflussung und Abhängigkeit zu vermeiden, empfahl der RH, die organisatorische Einbindung der Umweltanwaltschaft in die Abteilung 13 zu überprüfen und gegebenenfalls eine Ansiedlung in einem anderen, nicht für den Natur- und Umweltschutz zuständigen Bereich, z.B. der Landesamtsdirektion, zu erwägen.

Der RH stellte fest, dass die Stellenbeschreibung der Leiterin der Abteilung 13 hinsichtlich der Fachaufsicht über die weisungsunabhängige Umweltanwältin und die Tierschutzombudsfrau nicht korrekt formuliert war.

Er empfahl, die Stellenbeschreibung der Leiterin der Abteilung 13 hinsichtlich der Aufsicht über die weisungsfreie Umweltanwältin und die weisungsfreie Tierschutzombudsfrau dahingehend anzupassen, dass lediglich eine Dienstaufsicht, jedoch keine Fachaufsicht besteht.

- 5.3 Das Land Steiermark teilte in seiner Stellungnahme mit, dass die Neuorganisation des Amtes der Landesregierung im Jahr 2002 vom Prinzip der Zusammenfassung fachlich naher Bereiche in Organisationseinheiten bestimmt gewesen sei. Diesem Prinzip folgend seien sämtliche weisungsfrei gestellten Anwalt-/Ombudschäften, darunter die Umweltanwältin bzw. der Umweltanwalt, den jeweiligen materienzuständigen (Fach-)Abteilungen zugeordnet worden. Die (Fach-)Abteilungen würden die Anwalt-/Ombudschäften bei voller Wahrung ihrer Weisungsfreiheit, fachlichen Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in personellen und organisatorischen Angelegenheiten unterstützen.

Diese Konstruktion habe sich bislang bewährt, sie habe sich als zweckdienlich und für die Aufgabenbesorgung effizient erwiesen. Neben den sich für die Anwalt-/Ombudschäften ergebenden Vorteilen der räumlichen Nähe zur jeweiligen materienzuständigen (Fach-)Abteilung – Informationsfluss, kurze Wege, Bereitstellung von Unterlagen – entstünden auch für die Bürgerinnen und Bürger Synergien, wenn alle auf einen bestimmten Bereich abstellenden Dienstleistungen der öffentlichen Hand gemeinsam an einem Ort angeboten würden.

Aus der räumlichen Situierung resultierende Nachteile bei der fachlichen Aufgabenbesorgung durch die Anwalt-/Ombudschaften hätten bislang nicht wahrgenommen werden können und seien im Übrigen bisher von keiner Anwalt-/Ombudschaft vorgebracht worden.

Bei der Dienstaufsicht werde größtes Augenmerk darauf gerichtet, bei der Formulierung von Dienstanweisungen dem Umstand Rechnung zu tragen, keine fachliche Aufsicht auszuüben. Gleichzeitig achte die Abteilung 13 darauf, die Vergabe von Rechten entsprechend zu gestalten, um eine größtmögliche Trennung auch technisch zu berücksichtigen, beispielsweise bei Zugriffsrechten in der Aktenverwaltung, im Intranet und auf Serverlaufwerken.

Auf Basis der Empfehlung des RH sei die Adaptierung der Stellenbeschreibung der Abteilungsleitung vorgesehen; weitere Maßnahmen seien nicht erforderlich.

- 5.4 Der RH verkannte nicht, dass die Eingliederung der Umweltschutzanwaltschaft in die Fachabteilung 13C Naturschutz im Jahr 2002 vom Prinzip der Zusammenfassung fachlich naher Bereiche in Organisationseinheiten bestimmt war und dass damit auch einige Vorteile verbunden waren. Hinsichtlich der vom Land Steiermark angeführten Unterstützung der Umweltschutzanwältin durch die Fachabteilung verwies der RH darauf, dass gemäß dem Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt alle Organe des Landes und der Gemeinden die Umweltschutzanwaltschaft bei der Besorgung der Aufgaben zu unterstützen und auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen hatten.

Der Argumentation, dass aus der räumlichen Situierung resultierende Nachteile bei der fachlichen Aufgabenbesorgung durch die Anwalt-/Ombudschaften bislang nicht hätten wahrgenommen werden können bzw. bisher von keiner Anwalt-/Ombudschaft vorgebracht worden seien, entgegnete der RH, dass die Umweltschutzanwältin die Eingliederung in die Abteilung 13, insbesondere aufgrund der Außenwirkung, durchaus kritisch sah; ihrer Ansicht nach würde dies auch in der Bevölkerung als mögliche „Verhaberung“ wahrgenommen, was durch die räumliche Nähe noch verstärkt werde. Zudem erinnerte der RH daran, dass er die Erwägung der organisatorischen und nicht der räumlichen Trennung empfohlen hatte.

Der RH verblieb daher bei seiner Empfehlung, die organisatorische Einbindung der Umweltschutzanwaltschaft in die Abteilung 13 zu überprüfen und gegebenenfalls eine Ansiedlung in einem anderen, nicht für den Natur- und Umweltschutz zuständigen Bereich, z.B. der Landesamtsdirektion, zu erwägen.

Die Anpassung der Stellenbeschreibung der Abteilungsleitung nahm der RH positiv zur Kenntnis.

Organisatorische Änderungen im Fachteam UVP

- 6.1 (1) Das Fachteam UVP war bis 30. September 2018 im Referat Anlagenrecht – dieses Referat wurde mit Wirkung 1. Oktober 2018 in Referat Abfall–, Energie und Wasserrecht umbenannt – angesiedelt und wurde mit 1. Oktober 2018 direkt der Abteilungsleitung unterstellt.

(2) Ursprünglich sollte das Fachteam UVP, auf Vorschlag des abteilungsinternen Projektteams für die Neuorganisation der Abteilung 13, in die Stabsstelle Organisation und Recht – unter Fachaufsicht der Abteilungsleitung – verschoben werden.

Die Abteilung 1 Organisation und Informationstechnik des Amtes der Landesregierung (in der Folge: **Abteilung 1**) schlug jedoch in weiterer Folge, aufgrund der gesellschaftspolitischen und öffentlichkeitswirksamen Bedeutung sowie der hohen juristischen und mediatorischen Anforderungen an die Verhandlungsleiterinnen und Verhandlungsleiter in UVP–Verfahren, die direkte Zuordnung des Fachteams UVP zur Abteilungsleitung vor. Dieser Vorschlag wurde vom Landesamtsdirektor genehmigt und im Oktober 2018 organisatorisch umgesetzt.

- 6.2 Der RH hielt fest, dass das Fachteam UVP entsprechend dem Vorschlag der Abteilung 1 im Oktober 2018 direkt unter der Abteilungsleitung der Abteilung 13 angesiedelt wurde, womit die Abteilungsleitung die unmittelbare Dienst– und Fachaufsicht für alle Teammitglieder hatte (TZ 4).

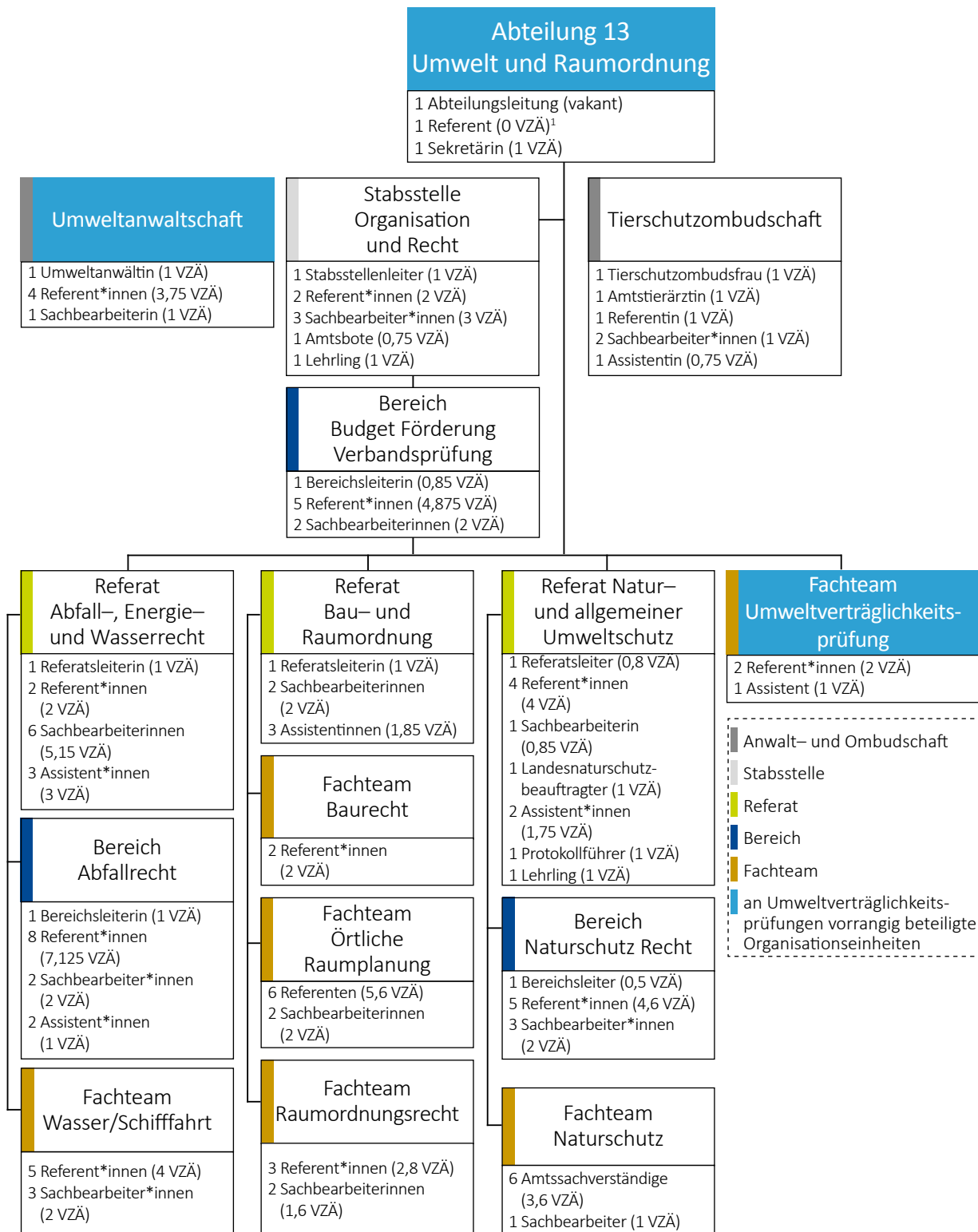
Personal

Personalstand der Abteilung 13

- 7.1 (1) Mit Stichtag 31. Dezember 2021 waren in der Abteilung 13 108 Personen bzw. 99,20 Vollzeitäquivalente (**vZÄ**) beschäftigt. Die folgende Abbildung zeigt die Zuordnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den einzelnen Organisationseinheiten²⁴:

²⁴ Die Zahlen geben die Bediensteten der Abteilung 13 inklusive der im Anhang zum Stellenplan angeführten Bediensteten (Menschen mit Behinderung im Rahmen der geschützten Arbeit, Lehrlinge, Fachpraktikantinnen bzw. –praktikanten und Trainees) wieder; in der Tabelle 1 sind die Personalstände ohne die im Anhang angeführten Bediensteten dargestellt.

Abbildung 2: Personalstand der Abteilung 13 zum Stichtag 31. Dezember 2021



¹ Dienstzuteilung
VZÄ = Vollzeitäquivalent(e)

(2) Für die Einrichtung eines Fachteams war im Leitfaden zum Organisationshandbuch der Abteilung 1 eine Mindestteamgröße von drei Personen – einschließlich der Person für die Teamkoordination (**TZ 4**) – vorgeschrieben. Während das Fachteam Baurecht im Jahr 2012 – Neustrukturierung der Abteilung 13 im Zuge der Verwaltungsreform – noch aus vier Personen bestand, schienen ab dem Organigramm 2015 (21. April 2015) nur mehr zwei Personen auf.

(3) Die Personalressourcen bzw. der Personalaufwand entwickelten sich von 2015 bis 2021 wie folgt:

Tabelle 1: Entwicklung des Personalstands und –aufwands der Abteilung 13 in den Jahren 2015 bis 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020 ¹	2021 ¹	Veränderung 2015 bis 2021
	in VZÄ zum 31. Dezember							in %
Stellenplan zum Landesvoranschlag	95,410	95,330	93,580	95,075	94,075	93,575	95,950	0,6
Soll ²	97,575	94,575	95,075	94,800	94,000	95,950	96,700	-0,9
Ist ²	102,950 ³	94,700	92,325	93,400	92,075	95,400	90,525	-12,1
	in Köpfen zum 31. Dezember							in %
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	110	101	98	100	99	103	98	-10,9
davon								
Frauen	68	64	62	66	64	65	61	-10,3
Männer	42	37	36	34	35	38	37	-11,9
	in Mio. EUR							in %
Personalaufwand	5,95	6,15	6,16	6,24	6,33	6,62	6,87	15,4

Rundungsdifferenzen möglich
VZÄ = Vollzeitäquivalent(e)

Quelle: Land Steiermark

¹ inklusive Tierschutz

² laut aktualisiertem Stellenplan

³ Im Jahr 2015 waren im Gegensatz zu den Folgejahren Bedienstete der Baubezirksleitungen der Abteilung 13 dienstzugeteilt.

Während der Stellenplan zum Landesvoranschlag zwischen 2016 und 2021 im Wesentlichen unverändert blieb, verringerte sich der Ist-Stand im selben Zeitraum von rd. 95 VZÄ auf rd. 91 VZÄ. Der Frauenanteil lag immer über 60 %.

(4) Darüber hinaus waren im Anhang des Stellenplans Menschen mit Behinderung im Rahmen der geschützten Arbeit, Lehrlinge, Fachpraktikantinnen bzw. –praktikanten und Trainees dargestellt. Deren Anzahl schwankte in den Jahren 2015 bis 2021 zwischen neun und elf.

- 7.2 Der RH hielt fest, dass sich der Ist–Personalstand der Abteilung 13 von 2016 bis 2021 von rd. 95 VZÄ auf rd. 91 VZÄ verringerte, während der Soll–Stand laut Stellenplan zum Landesvoranschlag im Wesentlichen unverändert blieb. Der RH stellte kritisch fest, dass in einem Fall die im Leitfaden zum Organisationshandbuch der Abteilung 1 vorgegebene Mindestanzahl von drei Personen bei der Einrichtung von Fachteams nicht eingehalten wurde.

Er empfahl, die Mindestpersonenanzahl pro Organisationseinheit entsprechend dem Leitfaden zum Organisationshandbuch einzuhalten.

- 7.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark werde der Empfehlung des RH entsprochen, indem die Nachbesetzung der vakanten Stelle einer Assistentkraft korrekterweise im Fachteam Baurecht angesiedelt werden würde.

Personalstand im Fachteam UVP

- 8.1 (1) Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Personalstands im Fachteam UVP:

Tabelle 2: Entwicklung des Personalstands im Fachteam UVP; 2013 bis 2021

Bedienstete im Fachteam UVP	bis 12/2013	12/2013 bis 1/2014	2/2014 bis 10/2015	11/2015 bis 3/2017	4/2017 bis 9/2018	10/2018 ¹ bis 12/2021	1/2022 bis 7/2022 ²
	in VZÄ						
juristische Referentin bzw. Referenten für UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren	3,000	2,000	1,000	1,000	2,000	2,000 ²	3,000
juristische Referentin für UVP–Feststellungsverfahren ¹	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000
Sachbearbeiterin	–	–	1,000	1,000	1,000	–	–
Assistent	–	–	–	–	–	1,000	1,000
Summe	4,000	3,000	3,000	3,000	4,000	4,000	5,000
zur Unterstützung für das Fachteam UVP dienstzugeteilt	–	0,500	0,250	–	–	–	–

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung
VZÄ = Vollzeitäquivalent(e)

Quelle: Land Steiermark

¹ Die juristische Referentin, welche die UVP–Feststellungsverfahren führte, war zunächst im Fachteam Betriebsanlagen/Energie angesiedelt und wurde mit der Organisationsänderung im Oktober 2018 dem Fachteam UVP zugeteilt. Ihr Aufgabenbereich blieb dabei unverändert.

² Ab 2. Dezember 2021 wurde ein juristischer Referent vorübergehend einer anderen Abteilung dienstzugeteilt; mit 10. Jänner 2022 wurden zwei juristische Referenten dem Fachteam UVP dienstzugeteilt, von denen einer im April 2022 durch eine neue juristische Referentin ersetzt wurde.

(2) Bis Dezember 2013 waren drei juristische Referenten mit der Abwicklung von UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren beauftragt. Zusätzlich war eine juristische Referentin – diese war nicht im Fachteam UVP, jedoch im selben Referat tätig – für die Abwicklung von UVP–Feststellungsverfahren zuständig. Im Dezember 2013 bzw. Jänner 2014 verließen zwei juristische Referenten das Fachteam UVP. Eine dieser Planstellen wurde mit einem neuen Aufgabenbereich in der Landtagsdirektion nachbesetzt, eine Planstelle wechselte mit dem Mitarbeiter in das Landesverwaltungsgericht. Im Zeitraum Dezember 2013 bis Oktober 2015 war eine Mitarbeiterin – die spätere Leiterin der Abteilung 13 – dem Fachteam UVP im Ausmaß von 0,5 VZÄ bzw. 0,25 VZÄ für die Abwicklung von UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren dienstzugeteilt. Zusätzlich stand eine Sachbearbeiterin dem Fachteam UVP bis Oktober 2018 zur Verfügung.

(3) Mit der Bestellung der dienstzugeteilten Mitarbeiterin zur Abteilungsleiterin im November 2015 entfiel ihre 25 %ige Mitarbeit im Fachteam UVP, so dass, neben der juristischen Referentin für die Abwicklung von UVP–Feststellungsverfahren, nur ein juristischer Referent für die Abwicklung von UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren zur Verfügung stand.

Die Leiterin der Abteilung 13 soll laut Angaben der überprüften Stelle bereits im November 2015 erstmals Gespräche mit der Abteilung 5 Personal (in der Folge: **Abteilung 5**) zur Nachbesetzung im Fachteam UVP geführt haben; schriftliche Nachweise konnten dem RH dazu nicht vorgelegt werden. Da laut Stellenplan keine freie Planstelle zur Verfügung stand, sollte im ersten Halbjahr 2016 der verbleibende Referent die erforderlichen Mehrarbeiten durch angeordnete Überstunden bewerkstelligen.

Im August 2016 übermittelte die Leiterin der Abteilung 13 der Abteilung 5 eine schriftliche Darstellung zur angespannten Personalsituation in der Abteilung 13, in der sie auch ein „Notfallprogramm“ für das Fachteam UVP – Unterstützung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Referate der Abteilung 13 – darlegte.

Im September 2016 erfolgte eine schriftliche Personalanforderung an die Abteilung 5 zur Nachbesetzung eines juristischen Referenten für das Fachteam UVP. Mit April 2017 wurde diese Planstelle besetzt.

(4) Mit der organisatorischen Änderung im Oktober 2018 (**TZ 6**) wurde die juristische Referentin für die UVP–Feststellungsverfahren dem Fachteam UVP zugeteilt, ihr bisheriger Aufgabenbereich änderte sich dadurch nicht. Zeitgleich wurde die Sachbearbeiterin durch einen Assistenten ersetzt.

Im August 2021 verfasste die Abteilung 13 zusammen mit der Abteilung 15 Energie, Wohnbau, Technik (in der Folge: **Abteilung 15**) eine Darstellung der Personalsituation für die Verfahren zum Umwelt- und Anlagenrecht. Die Abteilung 13 meldete darin u.a. einen Mehrbedarf im Ausmaß einer Juristin bzw. eines Juristen und einer Sachbearbeiterin bzw. eines Sachbearbeiters für das Fachteam UVP an.²⁵ Während die Abteilung 15 einen Mehrbedarf von elf Sachverständigen darlegte, meldete die Abteilung 13 keinen Bedarf an Amtssachverständigen. Gespräche über den Mehrbedarf fanden im September bzw. Oktober 2021 mit der Abteilung 5 statt – also noch vor den Medienberichten von Anfang November 2021 über vermuteten Amtsmissbrauch und Bestechlichkeit im Bereich der UVP-Verfahren. In 43 UVP-Verfahren im überprüften Zeitraum wurden in Summe 116 Sachverständige (94 Amtssachverständige und 22 nicht amtliche Sachverständige) eingesetzt (**TZ 12**), davon in drei Verfahren drei nicht amtliche Sachverständige aus dem Fachbereich Naturschutz. Andere Fachbereiche der eingesetzten, nicht amtlichen Sachverständigen waren u.a. Umweltmedizin, Brandschutz oder Stahlbau.

Im November 2021 ersuchte die Leiterin der Abteilung 13 in einem Schreiben an die Abteilung 5 um Aufstockung des Fachteams UVP durch zumindest einen zusätzlichen Juristen. Im Dezember 2021 wurde ein juristischer Referent der Abteilung 13 – aufgrund medialer Berichterstattung – in eine andere Abteilung des Amtes der Landesregierung dienstzugeteilt.

Mit Jänner 2022 wurden zwei Juristen dem Fachteam UVP dienstzugeteilt (davon kehrte ein Jurist mit April 2022 wieder an seine alte Dienststelle zurück und wurde zeitgleich durch eine andere Juristin ersetzt).

(5) Zur Zeit der Einschau des RH an Ort und Stelle bestand das Fachteam UVP aus vier juristischen Referentinnen bzw. Referenten und einem Assistenten. Im Oktober 2022 teilte die Abteilung 5 dem RH mit, dass der langjährige Assistent zum Sachbearbeiter befördert worden sei und die Assistentenstelle mit September 2023²⁶ nachbesetzt werden solle.

(6) Im Februar 2022 übermittelte die interimistische Leiterin der Abteilung 13 ein Schreiben an die Abteilung 5, in dem sie die angespannte Personalsituation im Referat Natur- und allgemeiner Umweltschutz darstellte. Aufgrund neuer Aufgaben bzw. der Zunahme von bestehenden Aufgaben sowie von zahlreichen langen Krankständen und anstehenden Pensionierungen wurde ein Personalmehrbedarf von 18 VZÄ, davon 11,6 VZÄ für Amtssachverständige, ermittelt. Im Bereich der Sachverständigentätigkeit für die UVP-Verfahren ergab sich ein Mehrbedarf von 1,8 VZÄ. Bis

²⁵ Die Abteilung 13 dokumentierte im Zuge der Darstellung der Personalsituation, dass die Zahl der offenen Anträge die Zahl der durchschnittlichen Erledigungen durchwegs um ein Vielfaches überschritt (**TZ 16**).

²⁶ Mit Juli 2022 wurde zwischenzeitlich ein Lehrling in die Abteilung 13 versetzt.

dahin waren im überprüften Zeitraum zwischen sechs und sieben Amtssachverständige im Referat Natur– und allgemeiner Umweltschutz tätig.

(7) Aufgrund der gemeinsam mit der Abteilung 13 im August 2021 gestellten Personalanforderung erhielt die Abteilung 15 von der Abteilung 5 die Zusage für die benötigten elf Amtssachverständigen und eine Messtechnikerin bzw. einen Messtechniker. Die Stellen wurden in zwei Tranchen ausgeschrieben. Mit Stand Oktober 2022 waren zehn Amtssachverständige sowie ein Messtechniker besetzt. Die Stelle eines Amtssachverständigen im Bereich Elektrotechnik wurde noch nicht besetzt, da der für diesen Bereich Ausgewählte seine Bewerbung kurzfristig zurückgezogen hatte.

- 8.2 Der RH hielt fest, dass im überprüften Zeitraum bis März 2017 nur ein Referent im Fachteam UVP für UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren zuständig war. Ab April 2017 bzw. Jänner 2022 war jeweils ein weiterer Jurist dafür zuständig.

Weiters hielt der RH fest, dass die Abteilung 13 über den überprüften Zeitraum verteilt wiederholt Personalanforderungen und Darstellungen über die angespannte Personalsituation im Fachteam UVP an die Abteilung 5 richtete, allerdings nicht immer in schriftlicher Form und somit nicht immer dokumentiert. In diesem Zusammenhang wies er kritisch

- auf die Anzahl an offenen UVP–Genehmigungsverfahren (TZ 16),
- auf die über mehrere Jahre laufenden UVP–Abnahmeverfahren (TZ 27)
- und darauf hin, dass aufgrund der angespannten Personalsituation im Fachteam UVP der gesetzlichen Vorgabe zur Nachkontrolle in mindestens vier Fällen nicht nachgekommen worden war (TZ 28).

Weiters kritisierte der RH, dass die Abteilung 13 im August 2021 in der mit der Abteilung 15 gemeinsam verfassten Darstellung der Personalsituation für die Verfahren zum Umwelt– und Anlagenrecht keinen personellen Mehrbedarf für Naturschutz–Amtssachverständige für den UVP–Bereich angemeldet hatte, obwohl nach einer internen Vorgabe (TZ 12) aufgrund von Personalmangel die Amtssachverständigen im Bereich Naturschutz nicht für die UVP–Verfahren heranzuziehen waren. Er wies darauf hin, dass in der Abteilung 15 im Oktober 2022 von dem im August 2021 gemeldeten Mehrbedarf zehn Amtssachverständige sowie ein Messtechniker besetzt waren. Er wies weiters darauf hin, dass die interimistische Leiterin der Abteilung 13 im Februar 2022 aufgrund neuer Aufgaben bzw. der Zunahme von bestehenden Aufgaben sowie aufgrund von zahlreichen Krankenständen und anstehenden Pensionierungen einen Mehrbedarf von 11,6 VZÄ für Amtssachverständige im Bereich Natur– und allgemeiner Umweltschutz ermittelt hatte.

Der RH empfahl, Personalanforderungen sowie Darstellungen angespannter Personalsituationen stets schriftlich zu erstellen.

Des Weiteren empfahl er, den Personalstand des Fachteams UVP aufgrund der steigenden Anzahl der UVP-Verfahren (TZ 16) und der über mehrere Jahre laufenden UVP-Abnahmeverfahren (TZ 27) basierend auf einer Auswertung von korrekten Leistungszeiterfassungen (TZ 11) zu analysieren und gegebenenfalls durch diese Auswertungen untermauerte Personalbedarfsmeldungen an die Abteilung 5 zu stellen.

- 8.3 Das Land Steiermark verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass die Abteilung 13 dieser Empfehlung bereits seit mehreren Jahren nachkomme und konsequent Personalanforderungen und Personalbedarfsmeldungen protokolliere. Einzig im Zeitraum November 2015 bis August 2016 gebe es über persönliche Abstimmungstermine der Abteilungsleiterin mit der Abteilung 5 keine schriftlichen Aufzeichnungen. Diese beträfen die in der Folge verbesserte personelle Ausstattung des Fachteams UVP, für die bis zu diesem Zeitpunkt keine Planstellen zur Verfügung gestanden seien. Seit August 2016 würde eine konsequente schriftliche Dokumentation der Abteilung 13 über Anforderungen von Personal und die Darstellung der Personalsituation erfolgen.

Zum Hinweis, wonach in dem im August 2021 gemeldeten Personalmehrbedarf kein Bedarf an naturschutzfachlichen Amtssachverständigen angemeldet worden sei, teilte das Land Steiermark mit, dass – wie dem RH im Zuge der Prüfung auch übermittelt – der Abteilung 5 im Jahr 2019 ein unmittelbar erforderlicher Mehrbedarf im naturschutzfachlichen Amtssachverständigenbereich schriftlich gemeldet worden sei. Da im Jahr 2021 im Referat Natur- und allgemeiner Umweltschutz ein Reorganisationsprojekt geführt worden sei, sei erst im Februar 2022, als die künftige Organisation und die neue fachliche Verantwortlichkeit im Referat absehbar gewesen seien, die entsprechende Personalbedarfsmeldung formell an die Abteilung 5 übermittelt worden. Im überprüften Zeitraum seien auch noch naturschutzfachliche Amtssachverständigenkapazitäten aus den Baubezirksleitungen zur Verfügung gestanden und auch herangezogen worden.

Die Abteilung 13 greife die Empfehlung zur Analyse des Personalstands dankend auf: Der Personalstand werde laufend analysiert und dabei sei festgestellt worden, dass dringender, weiterer Personalbedarf im Referentenbereich für den Fachbereich UVP bestehe. Aus diesem Grund habe die Abteilungsleiterin bereits Mitte März 2023 ein weiteres Personalanforderungsschreiben an die dafür zuständige Abteilung 5 übermittelt. Der Mehrbedarf ergebe sich aus unterschiedlichen Gründen, wie z.B. der UVP-G-Novelle 2023 (seit 23. März 2023 in Geltung), Aktenrückständen, der Umsetzung der Empfehlungen der Internen Revision sowie schlussendlich auch im Hinblick auf die Umsetzung der Empfehlungen des RH selbst.

Die bloße Leistungszeiterfassung lasse nur schwer einen zusätzlichen Personalbedarf errechnen, wenn diese Daten nicht mit belastbaren und detaillierten Verfahrensdaten kombiniert würden. Nachdem im Jahr 2022 Vorgespräche mit der für die technische Umsetzung verantwortlichen Abteilung 1 geführt worden seien, habe die Abteilung 13 bereits am 16. November 2022 formell um Einrichtung eines ELAK-Controlling-Tools angesucht. Das Tool diene dem Verfahrenscontrolling und umfasse nicht nur die UVP-Verfahren, sondern sämtliche anlagenrechtlichen Genehmigungsverfahren im Wirkungsbereich der Abteilung 13. Durch dieses Instrument würden neben der Erfassung der Anzahl und Gesamtdauer der Verfahren auch Auswertungen über die wichtigen Eckpunkte (Verfahrensschritte) von Antrag bis Verfahrenserledigung erfolgen.

- 8.4 Der RH verwies auf die deutliche Differenz zwischen dem im Jahr 2019 gemeldeten Personalbedarf von einem naturschutzfachlichen Amtssachverständigen und dem im Februar 2022 gemeldeten Bedarf von 11,6 VZÄ für Amtssachverständige im Bereich Natur- und allgemeiner Umweltschutz. Diese Differenz war nicht allein aus dem Reorganisationsprojekt zu begründen.

Der RH verkannte nicht, dass eine bloße Leistungszeiterfassung allein keine geeignete Grundlage für die Anforderung eines zusätzlichen Personalbedarfs war, sondern vielmehr nur ein Baustein dafür. Eine Personalbedarfsmeldung hat sämtliche Grundlagen zu beinhalten, die den zusätzlichen Bedarf von Personal begründen, z.B. zusätzliche Tätigkeiten aufgrund einer gesetzlichen Änderung. Die Einführung eines ELAK-Controlling-Tools begrüßte der RH.

Bestellungen

- 9.1 (1) Die Bestellung der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter des Amtes der Landesregierung erfolgte gemäß § 3 Abs. 1 Z 8 lit. b Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung²⁷ in einer Sitzung der Landesregierung mit gemeinsamer Beratung und kollegialer Beschlussfassung.
- (2) Die Leiterinnen und Leiter der Referate wurden gemäß § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung²⁸ von der Landesamtsdirektorin bzw. dem Landesamtsdirektor unter Bedachtnahme auf Vorschläge der Abteilungsleitung nach Rücksprache mit dem bzw. den sachlich zuständigen Mitgliedern der Landesregierung im Einvernehmen mit dem für Personalangelegenheiten zuständigen Mitglied der Landesregierung bestellt.
- (3) Die Bestellung der Leitungen der Stabsstellen sowie der Bereiche erfolgte auf der Grundlage des Erlasses und des Leitfadens zum Organisationshandbuch der Abteilung 1 unter Berücksichtigung des Vorschlags der Abteilungsleitung und nach Absprache mit der Abteilung 5.
- (4) Im überprüften Zeitraum wurden in der Abteilung 13 acht Personen mit Leitungsfunktionen – Abteilungsleitung, Leitung der Stabsstelle, Referats- und Bereichsleitung – ohne Ausschreibung und ohne Hearing bestellt. Eine Ausschreibung war in der Steiermark gesetzlich nicht vorgeschrieben; im Unterschied zu anderen Ländern gab es in der Steiermark kein Objektivierungsgesetz. Die Funktionen der Umweltanwältin²⁹ und der Tierschutzombudsfrau wurden ausgeschrieben³⁰.
- (5) Der Landesrechnungshof (**LRH**) Steiermark hatte in seinem Prüfbericht „Postenbesetzungen im Land Steiermark“ (LRH-85201/2020-80) festgestellt, dass es für Besetzungsverfahren von Führungskräften im Land (u.a. Landesamtsdirektor und dessen Stellvertretung) einen verwaltungsintern vorgesehenen Ablauf gebe, die Bestellvorgänge jedoch nicht verpflichtend diesem Ablauf folgen müssten und daher unterschiedlich gestaltet sein könnten.

²⁷ Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 18. Juni 2015, mit der die Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung erlassen wird (GeOLR), LGBl. 45/2015

²⁸ Verwaltungsverordnung des Landeshauptmannes von Steiermark vom 27. Juni 2019 über die Geschäftsordnung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung (Geschäftsordnung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung – GeOA), LGBl. 141/2019

²⁹ Deren verpflichtende Ausschreibung war im § 6 Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt vorgesehen. Im Falle einer Wiederbestellung konnte von einer öffentlichen Ausschreibung Abstand genommen werden.

³⁰ Im § 41 Tierschutzgesetz war keine verpflichtende Ausschreibung vorgesehen.

Ein rechtlich formalisiertes Besetzungsverfahren mit verfahrensrechtlichen Vorgaben (z.B. Fristen, Ausschreibung, Hearing, Bewertungskriterien, Entscheidungsfindung) war für die Bestellung von Führungskräften nicht vorgesehen.

Der LRH Steiermark hatte daher empfohlen, für die Bestellung von Führungskräften im Land ein verpflichtendes Verfahren zu normieren, das klare Vorgaben enthielt für

- die Ausschreibung (z.B. Fristen, Publikationserfordernisse),
- die Feststellung der Eignung (z.B. Auswahlprozedere, Hearing) sowie
- die Entscheidungsfindung (z.B. Bewertungskriterien, Dokumentation).

Dies sollte die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Stellenbesetzung sicherstellen.

- 9.2 Der RH stellte fest, dass in der Steiermark kein rechtlich formalisiertes Besetzungsverfahren mit verfahrensrechtlichen Vorgaben vorgesehen war. Die im überprüften Zeitraum durchgeführten acht Bestellungen von Führungskräften in der Abteilung 13 erfolgten ohne vorangegangene Ausschreibung und ohne Hearing.

Der RH schloss sich der Empfehlung des LRH Steiermark an, ein rechtlich formalisiertes und transparentes Besetzungsverfahren mit verfahrensrechtlichen Vorgaben (z.B. Fristen, Ausschreibung, Hearing, Entscheidungsfindung, Bewertungskriterien) für die Bestellung von Führungskräften zu normieren. Diese Regelung hätte auch die Bestellung von Leitungsfunktionen in Abteilungen zu umfassen. Die Landesregierung sollte eine Gesetzesvorlage für ein Ausschreibungs- und Objektivierungsgesetz dem Landtag vorlegen.

- 9.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark erfolge die Bestellung von Führungskräften auf Basis der geltenden rechtlichen Bestimmungen; für jene der Bezirkshauptmannschaften gemäß § 3 Bezirkshauptmannschaftengesetz und § 3 der Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung für die Bestellung von Abteilungsleitungen. Es bestehe keine gesetzliche Ausschreibungspflicht. Dennoch würden seit Juli 2022 die obersten Leitungsfunktionen öffentlich ausgeschrieben. Eine externe Personalberatung begleite die Auswahlverfahren. Darüber hinaus sei beabsichtigt, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen und die gepflegte Praxis zu normieren.

- 9.4 Der RH anerkannte die Bestrebungen des Landes Steiermark, die obersten Leitungsfunktionen öffentlich auszuschreiben und ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Er wies jedoch auf ein wesentliches Element seiner Empfehlung hin, wonach die Normierung für die Bestellung von Führungskräften auch die Bestellung von Führungskräften in Abteilungen zu umfassen hätte.

Aufgaben und Leistungen

Aufgaben der Abteilung 13

- 10 (1) Die Abteilung 13 war gemäß Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für die Themen Abfall-, Energie- und Wasserrecht, Bau- und Raumordnung, Natur- und allgemeiner Umweltschutz sowie Tierschutz zuständig. Darunter fielen auch die UVP-Verfahren nach dem UVP-G 2000. Die Abteilung 13 wurde dabei für die Steiermärkische Landesregierung als UVP-Behörde tätig.

Bei den UVP-Verfahren oblag der Abteilung 13 die Durchführung folgender Verfahren bzw. Verfahrensschritte:

- UVP-Feststellungsverfahren (§ 3 Abs. 7 UVP-G 2000): Das war ein dem UVP-Verfahren vorgelagertes Verfahren und konnte vom Projektwerber, einer mitwirkenden Behörde oder der Umweltanwaltschaft beantragt oder von der UVP-Behörde von Amts wegen eingeleitet werden, um Sicherheit darüber zu erlangen, ob ein Vorhaben einer UVP zu unterziehen war.
- UVP-Vorverfahren (§ 4 UVP-G 2000): Dieses konnte vom Projektwerber beantragt werden und diente insbesondere der Unterstützung bei der näheren Spezifizierung der Inhalte der Umweltverträglichkeitserklärung (**UVE**).
- UVP-Genehmigungsverfahren (§§ 5 ff. UVP-G 2000): In diesem Verfahren wurden die Auswirkungen eines Vorhabens auf die Umwelt beschrieben und beurteilt; über die Genehmigung des jeweiligen Vorhabens war durch Bescheid zu entscheiden³¹.
- Abnahmeverfahren (§ 20 UVP-G 2000): Nach der Fertigstellung des Vorhabens war eine Abnahmeprüfung dahingehend, ob das Vorhaben der Genehmigung entsprach, durch die UVP-Behörde vorgesehen und darüber ein Bescheid zu erlassen, Teilabnahmen waren möglich.
- Nachkontrolle (§ 22 UVP-G 2000): Bestimmte Vorhaben waren auf Initiative der UVP-Behörde frühestens drei Jahre, spätestens fünf Jahre nach Anzeige der Fertigstellung auf Einhaltung des Genehmigungsbescheids und Übereinstimmung der Annahmen und Prognosen der UVP mit den tatsächlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt zu überprüfen.

(2) Aufgaben der Umweltanwaltschaft waren u.a. die Vertretung der Interessen des Umweltschutzes im Vollziehungsbereich des Landes Steiermark, die Parteistellung in behördlichen Verfahren, die das Land durchzuführen hatte, und die Kontrolle der Einhaltung von Bescheiden.

³¹ Auf Antrag des Projektwerbers konnte die UVP-Behörde zunächst – auf Basis der Beurteilung der grundsätzlichen Umweltverträglichkeit – die grundsätzliche Genehmigung für ein Vorhaben erteilen und in weiteren Verfahren über die Detailgenehmigungen entscheiden.

(3) Vor dem UVP–Genehmigungsverfahren konnte ein sogenanntes Feststellungsverfahren (**TZ 18**) gemäß § 3 Abs. 7 UVP–G 2000 durchgeführt werden, um festzustellen, ob das konkrete Vorhaben einer UVP–Pflicht unterlag. Falls dies bejaht wurde, kam es anschließend zum konzentrierten Genehmigungsverfahren, d.h. ein einziges Genehmigungsverfahren, in dem über alle für ein Vorhaben erforderlichen Genehmigungen entschieden wurde.³² Dies betraf alle nach Bundes– oder Landesrecht erforderlichen Genehmigungen und umfasste viele verschiedene Materien, z.B. Wasserrecht, Naturschutzrecht, Baurecht, Energierecht, Denkmalschutzrecht.

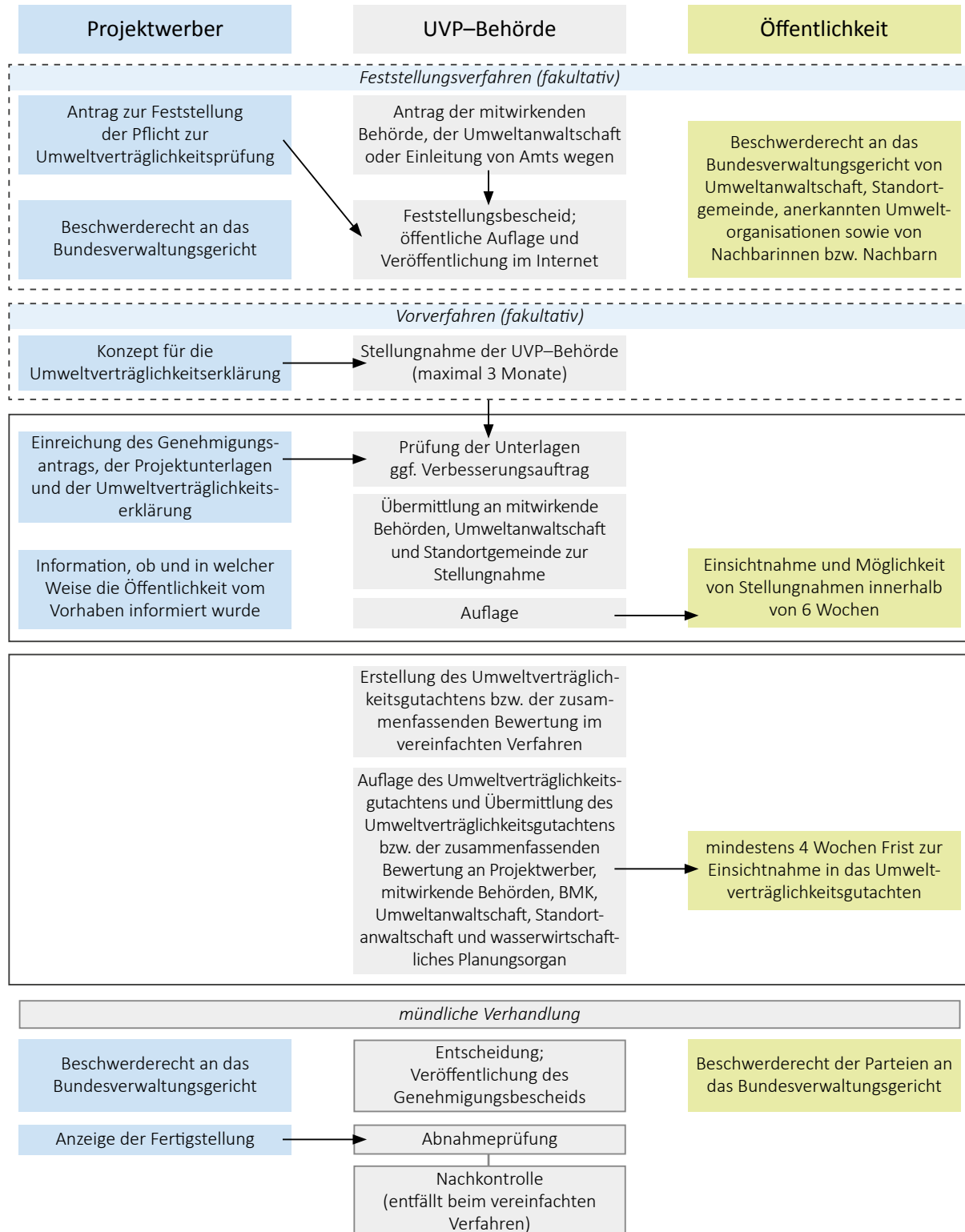
Für bestimmte im UVP–G 2000 definierte Vorhaben³³ gab es ein vereinfachtes Verfahren mit insbesondere folgenden Unterschieden im Verfahrensablauf: kürzere Entscheidungsfrist von sechs statt neun Monaten, zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen anstelle eines Umweltverträglichkeitsgutachtens, Entfall der Nachkontrolle.

Die nachfolgende Abbildung zeigt den Ablauf eines konzentrierten Genehmigungsverfahrens:

³² Davon ausgenommen waren Bundesstraßen und (Eisenbahn–)Hochleistungsstrecken nach dem 3. Abschnitt des UVP–G 2000, für die ein teilkonzentrierter Bescheid von der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zu erlassen war.

³³ insbesondere in Spalte 2 und 3 des Anhangs 1 des UVP–G 2000 genannte Vorhaben

Abbildung 3: Ablauf eines konzentrierten Genehmigungsverfahrens nach dem 2. Abschnitt des UVP-G 2000



BMK = Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
BMNT = Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

Quelle: BMNT; Darstellung: RH

Leistungen im UVP-Bereich

- 11.1 (1) Ein Erlass der Abteilung 1 legte den verpflichtenden Einsatz der Elektronischen Leistungszeiterfassung (**ELZE**) für die Dienststellen des Amtes der Landesregierung per 1. Jänner 2015 fest. Basis für die Leistungszeiterfassung war der Elektronische Leistungskatalog, in dem alle buchbaren Leistungen angeführt waren.

Die Leistungszeiterfassung diente in erster Linie dazu, erbrachte Arbeitszeiten den jeweiligen Leistungen zuzuordnen und so eine Kosten- und Leistungsrechnung sowie einen Ressourcen-, Ziel- und Leistungsplan zu ermöglichen. Weiters gab sie den Führungskräften und den Bediensteten einen Überblick darüber, in welche Leistungen wie viel Arbeitszeit geflossen war. Für eine einheitliche Anwendung dienten die allgemeinen Informationen zur ELZE und die dazugehörigen FAQ der Abteilung 1.

In der Abteilung 13 waren bezüglich der Umweltverträglichkeit die folgenden fünf Kernleistungen vorgesehen:

- Feststellung der Pflicht zur UVP,
- Bewilligungen,
- Abnahmen,
- Nachkontrollen,
- Stellungnahmen im Rahmen der UVP (bei Anforderungen – auch bei grenzüberschreitenden UVP in einem anderen Staat).

(2) In erster Linie buchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachteams UVP diese Leistungen, in einem geringen Umfang auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Abteilung 13. Eine ehemalige Mitarbeiterin des Fachteams UVP – sie verließ mit Oktober 2018 das Fachteam UVP (**TZ 8**) – buchte auch in den Jahren 2019 und 2020 100 % und im Jahr 2021 62 % ihrer Leistungen auf zwei der fünf Leistungen im Bereich der UVP. Das stellten die jährlichen ELZE-Berichte (2018 bis 2020) der Stabsstelle der Abteilung 13 ebenso dar wie den Umstand, dass die Mitarbeiterin keine Leistungen ihrer eigenen Stellenbeschreibung bebuchte. Fehlbuchungen wurden auch im Rahmen von Abteilungs-Jours-fixes thematisiert.

Buchungen auf Leistungen, die nicht in der eigenen Stellenbeschreibung vorkamen, waren möglich, weil das System ELZE nicht an die Leistungen einer konkreten Stellenbeschreibung gekoppelt war, sondern an den gesamten elektronischen Leistungskatalog der Organisationseinheit. Weiters war es möglich, automatisierte Voreinstellungen – wenn wiederkehrend eine Leistung oder einige wenige Leistungen in gleichbleibendem Verhältnis zueinander erbracht wurden – in der ELZE zu verwenden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die in den Jahren 2015 bis 2021 auf die fünf Leistungen im Bereich der UVP gebuchten Stunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 13:

Tabelle 3: Leistungsstunden der Abteilung 13 für den UVP-Bereich; 2015 bis 2021

Leistungen im Bereich UVP	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Durchschnitt 2015 bis 2021	Veränderung 2015 bis 2021
	in Stunden								in %
Feststellung der Pflicht zur UVP	1.059	1.602	1.741	1.521	1.485	1.925	1.590	1.560	50,1
Bewilligungen	1.041	1.228	1.637	1.814	1.633	1.715	1.598	1.524	53,4
Abnahmen	551	690	1.153	1.484	1.474	1.263	730	1.049	32,6
Nachkontrollen	0	0	168	0	0	0	22	27	–
Stellungnahmen	135	351	225	64	0	2	7	112	-95,2
Summe	2.786	3.870	4.923	4.884	4.592	4.906	3.946	4.272	41,6

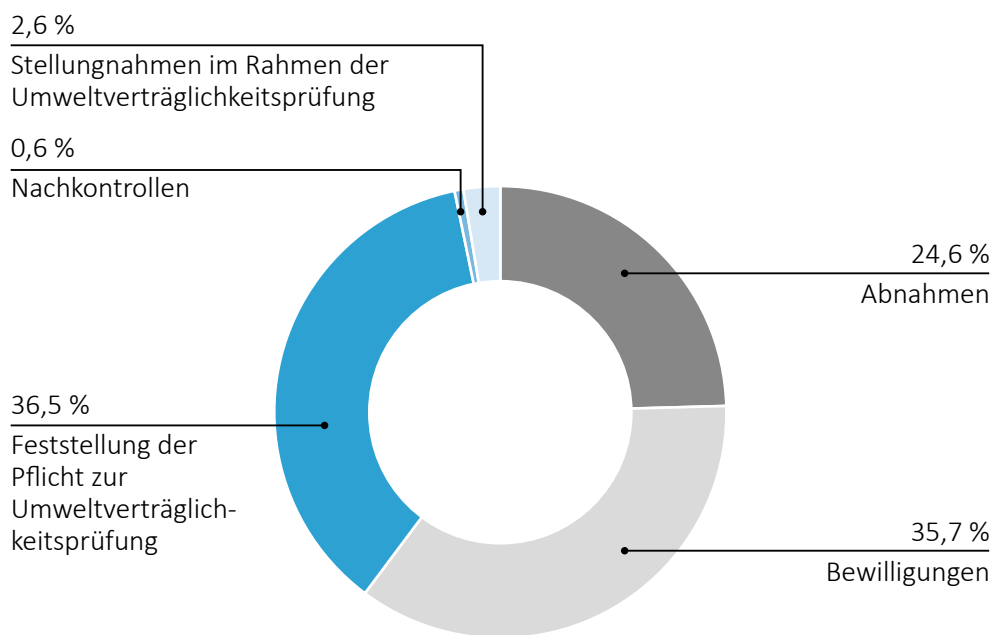
Rundungsdifferenzen möglich
UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

Quelle: Land Steiermark

Im Jahresdurchschnitt der Jahre 2015 bis 2021 waren die Bewilligungen und die Feststellung der Pflicht zur UVP mit rd. 36 % bzw. rd. 37 % gefolgt von den Abnahmen mit rd. 25 % die drei wesentlichen Leistungen im Bereich der UVP-Verfahren. Die Stellungnahmen im Rahmen der UVP mit rd. 3 % und die Nachkontrollen zur Umweltverträglichkeit mit rd. 1 % wiesen nur geringe Stundenaufzeichnungen auf.

Grafisch dargestellt zeigt die ELZE–Auswertung folgendes Bild:

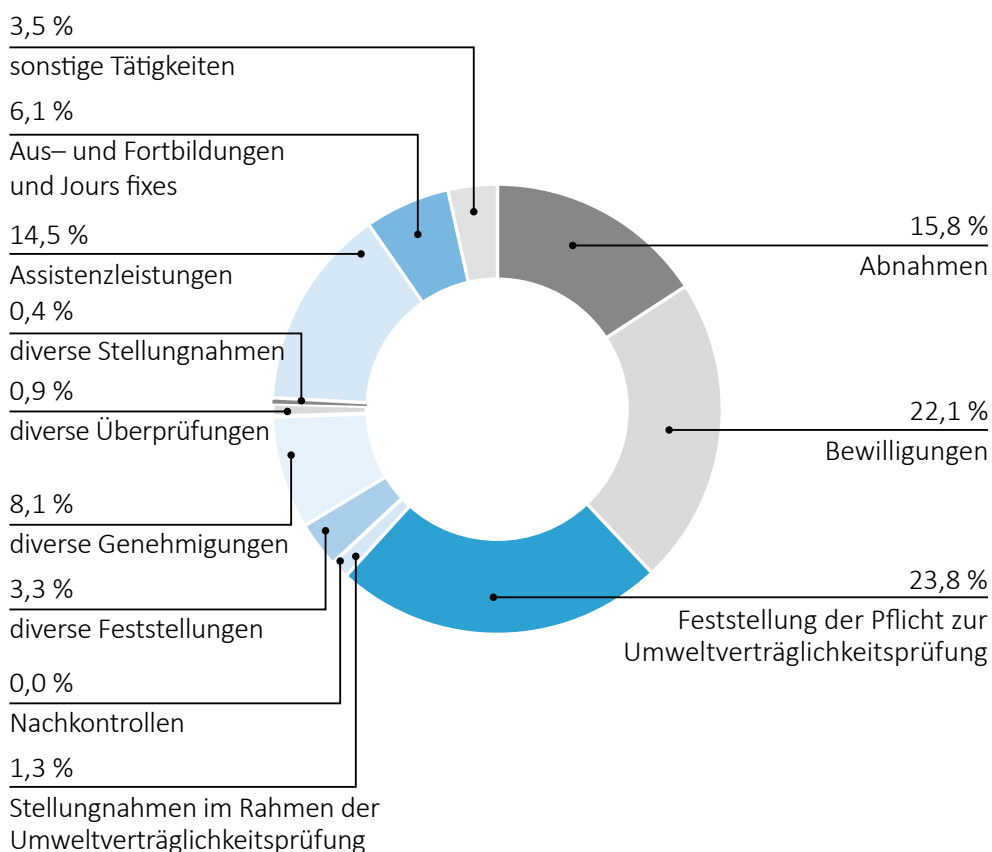
Abbildung 4: Durchschnittlicher jährlicher Leistungsumfang der Abteilung 13 für den UVP–Bereich;
2015 bis 2021



Quelle: Land Steiermark; Darstellung: RH

(3) Im Jahresdurchschnitt der Jahre 2015 bis 2021 buchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachteams UVP in Summe rd. 63 % ihrer Leistungen auf die fünf Kernleistungen. Die Assistenzleistungen (Kopieren, Protokollieren, Versendungen etc.) waren mit rd. 15 % die nächst häufig gebuchte Leistung. Die weiteren gebuchten Leistungen lagen im einstelligen Prozentbereich und darunter:

Abbildung 5: Durchschnittlicher jährlicher Leistungsumfang des Fachteams UVP; 2015 bis 2021



Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Land Steiermark; Darstellung: RH

Ein juristischer Referent verbuchte im Jahr 2020 Assistenzleistungen im Ausmaß von rd. 245 Stunden bzw. rd. 14 % seiner Gesamtleistung und im Jahr 2021 im Ausmaß von rd. 243 Stunden bzw. rd. 18 % seiner Gesamtleistung. Assistenzleistungen durch den juristischen Referenten waren dann erforderlich, wenn keine Assistenzkraft zur Verfügung stand.

(4) Gemäß einer Arbeitsanleitung der Abteilung 1 („ELZE-Info und FAQ“) sollten Leistungen von Assistenzkräften, die eindeutig einer konkreten (Kern- oder System-)Leistung zuordenbar waren, in der ELZE dieser konkreten Leistung zugeordnet werden. Lediglich nicht eindeutig einer anderen Leistung zuordenbare Arbeitszeiten sollten als

Assistenzleistungen gebucht werden. Dies hielt auch der ELZE–Bericht des Jahres 2018 zur Leistungszeiterfassung durch die Stabsstelle der Abteilung 13 fest.

Die Abteilung 13 soll laut Angaben der überprüften Stelle auf Führungsebene (mündlich) vereinbart haben, dass die Assistenzleistungen nicht zu den Kernleistungen zu buchen wären. Schriftliche Unterlagen zu dieser Vorgangsweise konnten dem RH nicht vorgelegt werden. Die Assistenzkraft des Fachteams UVP verbuchte in den Jahren 2018 bis 2021 ihre Leistungen zu 100 % als Assistenzleistung.

(5) Die Abteilung 13 beauftragte im März 2015 eine Rechtsanwaltskanzlei mit der Erstellung eines Gutachtens zur Auslösung einer UVP–Pflicht durch potenzielle Fauna–Flora–Habitat–Gebiete. Die Kosten für dieses Gutachten beliefen sich auf 19.200 EUR. Weitere Beratungsleistungen im UVP–Bereich beauftragte die Abteilung 13 laut Mitteilung gegenüber dem RH nicht.

- 11.2 Der RH stellte kritisch fest, dass wiederholt falsche Leistungen in der elektronischen Leistungszeiterfassung verbucht wurden. Obwohl dieser Sachverhalt durch die jährliche Auswertung der Stabsstelle der Abteilung 13 festgestellt und im Rahmen von Abteilungs–Jours–fixes thematisiert wurde, änderte sich das Buchungsverhalten nicht.

Weiters kritisierte der RH, dass Leistungen von Assistenzkräften nicht, wie in einer Arbeitsanleitung der Abteilung 1 festgelegt, einer konkreten Kern– oder Systemleistung zugeordnet, sondern zu 100 % als Assistenzleistung verbucht wurden. Die falsche Zuordnung der erbrachten Arbeitszeiten zu Leistungen stand sowohl einer aussagekräftigen Kosten– und Leistungsrechnung als auch einer effektiven Steuerung entgegen, z.B. beim Einsatz des Personals und Nachweisen für Personalanforderungen.

Der RH empfahl, auf eine korrekte Leistungszeiterfassung zu achten und auf Fehlbuchungen, die im Rahmen von Controllingmaßnahmen aufgezeigt wurden, durch geeignete Maßnahmen zu reagieren. Arbeitsanweisungen wären einzuhalten bzw. wäre eine abweichende Anwendung zu begründen und zu dokumentieren.

Der RH stellte weiters fest, dass ein juristischer Referent in zwei Jahren rd. 14 % bzw. rd. 18 % seiner Gesamtarbeitsleistung als Assistenz Tätigkeit verbuchte und damit Leistungen erbrachte, die nicht seiner Einstufung entsprachen.

Der RH empfahl – auch aufgrund des erhöhten Aktenrückstandes (TZ 16) –, die juristischen Referentinnen und Referenten entsprechend ihrer Ausbildung und Einstufung einzusetzen und die Assistenzleistungen von den dafür beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erledigen zu lassen. Für den Fall der Verhinderung der Assistenzkraft im Fachteam UVP wäre abteilungsintern für eine Vertretung zu sorgen.

- 11.3 Das Land Steiermark hielt in seiner Stellungnahme fest, dass es der Empfehlung zur korrekten Leistungszeiterfassung künftig nachkommen werde. Die Abteilung 13 stelle detaillierte Auswertungen der Leistungszeiterfassungen in periodischen Abständen – zumindest einmal jährlich – den Referatsleitungen zur Verfügung. Allfälliges fehlerhaftes Buchungsverhalten einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne aus diesen Auswertungen erkannt werden. Da vereinzelt Fehlbuchungen erfolgt seien, würden die Referatsleitungen nunmehr durch die Abteilungsleitung aufgefordert, die Berichte nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern hinkünftig auf Fehler hinzuweisen und in diesen Fällen eine konsequente und wiederholte Kontrolle der Buchungen durchzuführen. Betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden künftig darauf mit Nachdruck schriftlich und persönlich hingewiesen werden, dass die korrekte Leistungszeiterfassung eine Dienstpflicht der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer darstelle.

Die Empfehlung zum ausbildungs- und einstellungsgerechten Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei bereits umgesetzt.

Sachverständige und UVP–Koordinatoren

Amtssachverständige und nicht amtliche Sachverständige

- 12.1 (1) Mit der Einreichung eines UVP–Projekts durch den Projektwerber trat in der Regel der verfahrensleitende Jurist der Abteilung 13 an den Bereichsleiter Amtssachverständigen–Koordination der Abteilung 15 mit dem Ersuchen um Abstimmung und Bekanntgabe eines UVP–Koordinators heran. Dieser stellte aufgrund der vorhandenen Unterlagen sowie der betroffenen Fachgebiete ein Sachverständigen–Team zusammen.

Als Sachverständige wurden in erster Linie Amtssachverständige (der Abteilungen des Amtes der Landesregierung, der Baubezirksleitungen oder der Bezirkshauptmannschaften) formlos beigezogen. Die für den Naturschutz zuständigen Amtssachverständigen der Abteilung 13 wurden aufgrund einer mündlichen Vorgabe der Leiterin der Abteilung 13 vom ersten Quartal 2016 – eine schriftliche Anordnung konnte dem RH nicht vorgelegt werden – aus Ressourcengründen nicht in UVP–Verfahren eingesetzt (TZ 8).

Der UVP–Kordinator übermittelte eine Aufstellung der Amtssachverständigen an den UVP–Referenten und teilte diesem gleichzeitig mit, für welche Fachbereiche keine Amtssachverständigen zur Verfügung standen (z.B. mangelnde Personalres-

sourcen oder fehlendes Spezialwissen) und somit vom UVP–Referenten nicht amtliche Sachverständige zu bestellen waren.

(2) Die nicht amtlichen Sachverständigen wählte der UVP–Referent aus, die UVP–Behörde bestellte sie durch Bescheid. Dabei sei laut Angabe der überprüften Stelle davon ausgegangen worden, dass nicht amtliche Sachverständige aufgrund der Standesregeln bei Vorliegen einer Befangenheit³⁴ selbst initiativ würden und eine Bestellung ablehnen würden. Außerdem würde mit jedem nicht amtlichen Sachverständigen vor der Bestellung ein persönliches Gespräch (meist ein Telefongespräch) geführt. Die dazugehörigen erforderlichen Dokumentationen lagen nicht vor.

Die UVP–Behörde forderte keine Unbefangenheitserklärung der nicht amtlichen Sachverständigen ein. In den überwiegenden Fällen wurde im Bestellungsbescheid auf den Sachverständigeneid³⁵ hingewiesen.

Gemäß UVP–G 2000 konnten auch fachlich einschlägige Anstalten, Institute oder Unternehmen als Sachverständige bestellt werden. Bei der Auswahl der nicht amtlichen Sachverständigen griff der UVP–Referent grundsätzlich auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Universitätsinstituten, Ziviltechnikerbüros und technischen Büros zurück, wobei Erfahrungen im jeweiligen Fachgebiet und in behördlichen Genehmigungsverfahren vorausgesetzt wurden.

(3) In 43 UVP–Verfahren³⁶ im überprüften Zeitraum wurden in Summe 116 Sachverständige (94 Amtssachverständige und 22 nicht amtliche Sachverständige) eingesetzt, wobei zwei Amtssachverständige in ihrem Ruhestand sowie ein aus dem Landesdienst ausgeschiedener Bediensteter einige Verfahren als nicht amtliche Sachverständige weiter betreuten. Die Bandbreite der Anzahl eingesetzter Sachverständiger je Verfahren lag zwischen einem und 31. Die 94 Amtssachverständigen wurden insgesamt 597–mal beigezogen, die 22 nicht amtlichen Sachverständigen insgesamt 31–mal bestellt.

In sechs weiteren Verfahren, in denen kein UVP–Koordinator eingesetzt wurde, kamen zumindest 24 Sachverständige (davon zwei nicht amtliche Sachverständige) zum Einsatz.

³⁴ Befangenheitsgründe waren in § 7 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz (**AVG**), BGBl. 51/1991 i.d.g.F., festgelegt.

³⁵ § 5 Sachverständigen– und Dolmetschergesetz (SDG), BGBl. 137/1975 i.d.g.F.; der Sachverständigeneid lautete: „Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, einen reinen Eid, dass ich die Gegenstände eines Augenscheins sorgfältig untersuchen, die gemachten Wahrnehmungen treu und vollständig angeben und den Befund und mein Gutachten nach bestem Wissen und Gewissen und nach den Regeln der Wissenschaft (der Kunst, des Gewerbes) angeben werde; so wahr mir Gott helfe!“

³⁶ Darüber hinaus gab es Änderungs– und Detailgenehmigungsverfahren, die in dieser Aufstellung nicht gesondert berücksichtigt wurden.

- 12.2 Der RH stellte fest, dass die UVP-Behörde bei der Bestellung von nicht amtlichen Sachverständigen keine nachweisliche Überprüfung bzw. Abfrage einer allfälligen Befangenheit durchführte. Er erachtete ein – meist telefonisch geführtes – Gespräch vor der Bestellung eines nicht amtlichen Sachverständigen als nicht ausreichend, insbesondere weil die dazugehörigen erforderlichen Dokumentationen fehlten. Auch wenn Sachverständige von sich aus eine allfällige Befangenheit bekannt geben müssten, wäre es aus Sicht des RH schon alleine zur Vermeidung einer potenziellen Verzögerung zweckmäßig, eine solche Befangenheit durch die Abfrage wesentlicher Punkte (z.B. Befangenheitsgründe oder wirtschaftliche Abhängigkeit vom Projektwerber) so weit wie möglich auszuschließen.

Der RH empfahl, mögliche Befangenheiten schon vor der Bestellung der nicht amtlichen Sachverständigen durch das nachweisliche Abfragen von Befangenheitsgründen sowie der Bestätigung der Nichtbefangenheit durch die nicht amtlichen Sachverständigen auszuschließen.

- 12.3 Das Land Steiermark verwies in seiner Stellungnahme auf die Bestimmungen des AVG zur Befangenheit sowie auf die einschlägigen Standes- bzw. Berufsregeln, die eine Befangenheit ausschließen sollten. In den Bestellungsbescheiden sei stets auf den Sachverständigeneid hingewiesen worden. Auch wenn das Land Steiermark bezogen auf die Empfehlung hier kein rechtliches Fehlverhalten erkenne, erfolge künftig vor Bestellung eines nicht amtlichen Sachverständigen eine schriftliche Abfrage von Befangenheitsgründen bzw. die Einholung einer schriftlichen Bestätigung, dass keine Befangenheitsgründe bzw. Umstände gemäß AVG vorliegen. Diese Bestätigung werde zum Akt genommen werden.
- 12.4 Der RH hielt fest, dass er dem Land Steiermark kein rechtliches Fehlverhalten bezüglich der Bestellung der nicht amtlichen Sachverständigen vorgehalten hatte. Er entgegnete, dass in den Bestellungsbescheiden zwar in den überwiegenden Fällen, allerdings nicht immer auf den Sachverständigeneid hingewiesen worden war. In diesem Zusammenhang anerkannte er die Entscheidung des Landes Steiermark, künftig vor Bestellung eines nicht amtlichen Sachverständigen eine schriftliche Abfrage von Befangenheitsgründen bzw. eine schriftliche Bestätigung, dass keine Gründe einer Befangenheit vorliegen, einzuholen.

Nebenbeschäftigung und Nebentätigkeit

- 13.1 Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten waren gemäß Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark von den Bediensteten dem Dienstgeber verpflichtend zu melden. Eine Überprüfung der Nebenbeschäftigungs- und Nebentätigkeitsmeldungen der in den UVP-Verfahren eingesetzten Amtssachverständigen durch den RH ergab, dass zumindest in einem Fall eine derartige Meldung unterblieben war.

In einem Verfahren wurde das Unternehmen dieses Amtssachverständigen als nicht amtlicher Sachverständiger bestellt. Zum Zeitpunkt der Bestellung befand er sich im Aktivstand des Landesdienstes. Die Bestellung zum nicht amtlichen Sachverständigen erfolgte im März 2020, die Versetzung in den Ruhestand ein Jahr später im März 2021.

In einem weiteren Verfahren wurde die geplante Bestellung zum nicht amtlichen Sachverständigen im November 2020 aufgrund von Bedenken der Leiterin der Abteilung 13 – wonach „es nicht gut aussieht, einen aktiven Amtssachverständigen in seinem Fachgebiet als nicht amtlichen Sachverständigen zu bestellen“ – nicht durchgeführt. Er wurde zunächst als Amtssachverständiger zugezogen und nach seiner Versetzung in den Ruhestand als nicht amtlicher Sachverständiger bestellt. Nach seiner Ruhestandsversetzung war er auch in anderen Verfahren als nicht amtlicher Sachverständiger tätig.

- 13.2 Der RH stellte fest, dass in zumindest einem Fall die Meldung einer Nebenbeschäftigung durch einen in den UVP-Verfahren eingesetzten Amtssachverständigen unterblieb. Er stellte weiters fest, dass das Unternehmen eines Amtssachverständigen noch während seiner aktiven Zeit im Landesdienst in einem Verfahren als nicht amtlicher Sachverständiger bestellt wurde.

Der RH empfahl, die Bediensteten regelmäßig an ihre Verpflichtung zur Meldung ihrer Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten zu erinnern sowie die Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten der Amtssachverständigen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den dienstrechtlichen Vorgaben regelmäßig zu überprüfen.

Um die Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten bei der Auswahl von Sachverständigen für die UVP-Verfahren berücksichtigen zu können, empfahl er weiters, den UVP-Koordinatoren, nach Maßgabe der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, eine Aufstellung aller gemeldeten Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten der Amtssachverständigen zur Verfügung zu stellen. Weiters wäre bei Beauftragungen von Unternehmen aktiver Landesbediensteter als Sachverständige verstärktes Augenmerk

auf die Zeiterfassung der Bediensteten zu richten, um einer möglichen Überlastung der Bediensteten vorzubeugen und der Fürsorgepflicht des Dienstgebers nachzukommen.

- 13.3 Das Land Steiermark verwies in seiner Stellungnahme auf die Bestimmungen zu Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten im Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark bzw. darauf, dass diese eine Befangenheit ausschließen sollten. Weiters verwies es auf Problemstellungen zufolge der Datenschutz-Grundverordnung. Während die entsprechenden Daten bei der jeweiligen Dienststelle und gesammelt bei der Dienstbehörde auflägen, gebe es datenschutzrechtliche Hinderungsgründe zur Bereitstellung der Daten beim UVP-Koordinator.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amtssachverständigendienst würden regelmäßig im Rahmen des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagements auf die Vorgaben zur Genehmigung von Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten hingewiesen. Eine etwaige Überlastung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, hervorgerufen durch Nebenbeschäftigungen oder Nebentätigkeiten, ließe sich nicht aus der Leistungszeiterfassung erkennen, zumal diese dort nicht gebucht würden.

- 13.4 Der RH verwies darauf, dass die Beurteilung der Einsetzbarkeit von Sachverständigen eine Kernaufgabe der UVP-Koordinatoren darstellt. Er anerkannte, dass die Amtssachverständigen regelmäßig im Rahmen des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagements auf die Vorgaben zur Genehmigung von Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten hingewiesen würden. Da die Überprüfung durch den RH allerdings ergeben hatte, dass eine Nebenbeschäftigungsmeldung zumindest in einem Fall unterblieben war, verblieb der RH bei seiner Empfehlung, die Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten der Amtssachverständigen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den dienstrechtlichen Vorgaben regelmäßig zu überprüfen. Der RH verwies weiters darauf, dass seine Empfehlung die Bedachtnahme auf datenschutzrechtliche Bestimmungen umfasste.

Hinsichtlich der etwaigen Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellte der RH klar, dass die Kombination der Buchungen aus der Zeiterfassung mit dem Ausmaß der gemeldeten Nebenbeschäftigung Rückschlüsse auf potenzielle Überlastungen geben könnte.

UVP–Koordinatoren

- 14.1 (1) Die Koordination der Sachverständigen bei Großverfahren war gemäß Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung eine Aufgabe der Abteilung 15. Zu diesem Zweck war bei der Stabsstelle der Abteilung 15 ein Fachbereich für die Amtssachverständigen–Koordination und Umweltinspektion eingerichtet.

Im überprüften Zeitraum waren sechs Mitarbeiter der Abteilung 15 – ein Mitarbeiter wechselte während des überprüften Zeitraums in die Abteilung 13 – für die Koordination von UVP–Verfahren eingesetzt. Nicht amtliche UVP–Koordinatoren kamen in der Steiermark nicht zum Einsatz. Die Bandbreite der Anzahl betreuter UVP–Verfahren je UVP–Koordinator reichte von einem bis 20 Verfahren; der Bereichsleiter des Fachbereichs war größtenteils operativ für den UVP–Bereich tätig.

(2) Die wesentlichen Aufgaben der UVP–Koordinatoren waren:

- Unterstützung der UVP–Behörde bei der Festlegung der für die Beurteilung der eingereichten Unterlagen erforderlichen Fachgebiete inklusive Zusammenstellung des Sachverständigen–Teams,
- Organisation von Abstimmungstreffen zur fachlichen und thematischen Aufbereitung zwischen den Sachverständigen und den Spiegelgutachtern des Projektwerbers sowie Organisation gemeinsamer Ortsaugenscheine,
- fachliche und inhaltliche Koordination der Evaluierungen der eingereichten Unterlagen einschließlich der Zusammenstellung der Ergebnisse aller fachlichen Rückmeldungen der Sachverständigen zu einer einheitlichen Beantwortung an die UVP–Behörde,
- fachliche und inhaltliche Koordination zu allfälligen Fragestellungen bei einzelnen Fachbereichen zwischen Sachverständigen, UVP–Behörde und Projektanten,
- laufende fachliche Abstimmung zwischen einzelnen Sachverständigen bei Widersprüchen in den Gutachten (z.B. widersprüchliche Auflagen aus dem Bereich Naturschutz und Gewässerökologie oder unterschiedliche Vorgaben in Auflagen),
- Verfassen der zusammenfassenden Bewertung bzw. des Gesamtgutachtens,
- Vorstellen des Ergebnisses der Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben im Rahmen der öffentlichen mündlichen Verhandlung.

- 14.2 Der RH hielt fest, dass die Zusammenstellung der Sachverständigen–Teams zu den wesentlichen Aufgaben der UVP–Koordinatoren zählte. Er verwies dazu auf seine Empfehlung in TZ 13, den UVP–Koordinatoren eine Aufstellung aller gemeldeten Nebenbeschäftigungen und –tätigkeiten der Amtssachverständigen zur Verfügung zu stellen.

Kostenvorschreibung

- 15.1 (1) Kosten, die der Behörde bei Verfahren nach dem UVP–G 2000 erwachsen – wie Gebühren oder Honorare für Sachverständige –, waren vom Projektwerber zu tragen. Für Amtssachverständige hingegen wurden dem Projektwerber keine Kosten vorgeschrieben – mit Ausnahme der Kommissionsgebühren im Zuge der Verhandlung. Die Behörde konnte dem Projektwerber durch Bescheid auftragen, die Kosten für nicht amtliche Sachverständige – nach Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit durch die Behörde – direkt zu bezahlen.

Die Abteilung 13 interpretierte dies dahingehend, dass die Kosten zwischen den nicht amtlichen Sachverständigen und dem Projektwerber ohne Einbindung der UVP–Behörde, also ohne Überprüfung der Kosten auf sachliche und rechnerische Richtigkeit durch die UVP–Behörde, verrechnet werden konnten. In der Regel – außer auf Antrag des Projektwerbers – erstellte die UVP–Behörde daher keinen Kostenbescheid und überprüfte die Kosten nicht auf sachliche und rechnerische Richtigkeit.

Laut Angabe der Abteilung 13 gegenüber dem RH prüfe sie im Fall der direkten Kostenverrechnung mit Kostenbescheid die sachliche und rechnerische Richtigkeit. Einen Vermerk zu dieser Prüfung fand der RH weder auf den Rechnungen noch im jeweiligen Akt.

- (2) Die Abteilung 13 sagte im Zuge der Überprüfung zu, künftig auch im Fall der Direktverrechnung einen Kostenbescheid zu erlassen und im Zuge dessen auch die sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen.

- 15.2 Der RH stellte kritisch fest, dass im Land Steiermark die Verrechnung der Kosten der nicht amtlichen Sachverständigen in der Regel direkt zwischen den nicht amtlichen Sachverständigen und dem Projektwerber erfolgte und die UVP–Behörde grundsätzlich keinen Kostenbescheid erstellte. Er kritisierte weiters, dass die UVP–Behörde im Fall der Verrechnung mit Kostenbescheid die Kosten nicht nachweislich auf sachliche und rechnerische Richtigkeit prüfte.

Nach Ansicht des RH waren die Honorare bzw. Gebühren der nicht amtlichen Sachverständigen bei der UVP–Behörde geltend zu machen und hatte diese die Kosten auf sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen. Die UVP–Behörde hatte einen Kostenbescheid zu erstellen und diesen – zwecks Parteiengehör – sowohl dem Projektwerber als auch dem nicht amtlichen Sachverständigen zu übermitteln. Die durch Bescheid vorgeschriebenen Kosten konnte der Projektwerber direkt an den nicht amtlichen Sachverständigen bezahlen, wodurch die Zwischenschaltung der UVP–Behörde als „Zahlungsdurchlaufposten“ entfallen würde. Von der Zusage der Abteilung 13, künftig auch im Falle der Direktverrechnung einen Kostenbescheid zu

erlassen und im Zuge dessen auch die sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen, nahm der RH positiv Kenntnis.

Der RH empfahl, hinkünftig die Honorare bzw. Gebühren der nicht amtlichen Sachverständigen bei der UVP-Behörde einreichen zu lassen und auf sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen. Der von der UVP-Behörde zu erstellende Kostenbescheid wäre sowohl dem Projektwerber als auch dem nicht amtlichen Sachverständigen zu übermitteln. Die durch Bescheid vorgeschriebenen Kosten könnten direkt vom Projektwerber an den nicht amtlichen Sachverständigen bezahlt werden.

Der RH empfahl weiters, die Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit – z.B. durch einen Vermerk auf der Rechnung mit Namen und Datum – nachvollziehbar zu dokumentieren.

- 15.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark seien sämtliche Kostenbescheide immer dem nicht amtlichen Sachverständigen und dem Projektwerber bzw. dessen Vertretung nachweislich zugestellt worden. In diesen Fällen sei auch immer die sachliche und rechnerische Richtigkeit überprüft worden, dies ergebe sich auch konkludent aus den Kostenbescheiden selbst. Es habe bisher keine Zweifel hinsichtlich der Richtigkeit der Rechnungsangaben gegeben, weshalb die Kostenbescheide hätten erstellt werden können.

Bezogen auf eine gesetzliche Verpflichtung im Sinne des § 3b Abs. 2 UVP-G 2000 zur Erlassung eines Kostenbescheides bestünden divergierende Rechtsansichten zwischen dem RH und dem Land Steiermark, weil § 3b Abs. 2 UVP-G 2000 eine Kann-Bestimmung sei. Auch der VwGH habe in seiner Entscheidung vom 29. Juli 2020³⁷ bezogen auf die Regelung des § 3b UVP-G 2000 das Wort *Auftrag* und nicht *Bescheid* verwendet (Zitat aus dem vorstehend genannten Judikat: „Dieser Grundsatz gilt – unabhängig von einem an den Projektwerber/die Projektwerberin gerichteten Auftrag zur direkten Bezahlung an den Sachverständigen – auch in einem Verfahren nach § 3b Abs. 2 UVP-G 2000.“). Ungeachtet dieser divergierenden Rechtsansicht werde die Abteilung 13 in Zukunft immer einen Kostenbescheid erstellen.

- 15.4 Der RH stellte gegenüber dem Land Steiermark klar, dass er nicht die Zustellung der von der UVP-Behörde erstellten Kostenbescheide an die nicht amtlichen Sachverständigen und die Projektwerber bemängelt hatte, sondern den Umstand, dass nicht in allen Fällen Kostenbescheide erstellt worden waren.

³⁷ Ra 2020/07/0029, Rz 48

Der RH erwiderte weiters, dass die Überprüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit einer Rechnung nicht durch eine konkludente Handlung erfolgen konnte. Die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 1. März 2018 über Organisation und Aufgaben der Haushaltsführung³⁸ legte in § 49 fest, dass die sachliche und rechnerische Richtigkeit von der bzw. dem zuständigen Bediensteten bzw. von der dafür zuständigen Person vor der Erteilung der Anordnung zu prüfen war. Nach erfolgter Prüfung war die sachliche und rechnerische Richtigkeit grundsätzlich schriftlich zu bestätigen, entweder direkt auf der Rechnung mit dem Vermerk „sachlich und rechnerisch richtig“ mit voller Unterschrift und Datum oder im Rahmen der elektronischen Übermittlung in der Fertigungsklausel oder mittels nachvollziehbarem Prozess im elektronischen System digital. Der RH verblieb daher bei seiner Empfehlung, die Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit – z.B. durch einen Vermerk auf der Rechnung mit Namen und Datum – nachvollziehbar zu dokumentieren.

Der RH stimmte mit dem Land Steiermark dahingehend überein, dass § 3b Abs. 2 UVP-G 2000 eine Kann-Bestimmung war. Die Gesetzesstelle „Die Behörde kann dem Projektwerber/der Projektwerberin durch Bescheid auftragen, diese Kosten nach Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit durch die Behörde, direkt zu bezahlen.“ ließ jedoch nicht den Schluss des Landes Steiermark zu, dass eine Direktverrechnung zwischen dem nicht amtlichen Sachverständigen und dem Projektwerber ohne Einbindung der Behörde möglich wäre. Vielmehr ermöglicht diese Kann-Bestimmung die direkte Verrechnung (Zahlung) zwischen dem nicht amtlichen Sachverständigen und dem Projektwerber, was zur Entlastung der Behörde beiträgt (sie muss nicht mehr die Kosten vorweg bezahlen und danach dem Projektwerber vorschreiben). Die bescheidmäßige Festsetzung der Kosten sowie die Prüfung der Rechnung auf sachliche und rechnerische Richtigkeit durch die Behörde waren jedoch nicht von dieser Kann-Bestimmung umfasst. Die Zusage des Landes Steiermark, trotz divergierender Rechtsansicht hinkünftig immer einen Kostenbescheid zu erstellen, nahm der RH positiv zur Kenntnis.

³⁸ LGBl. 21/2018

Überblick Verfahren gemäß UVP–G 2000

Verfahrensübersicht

- 16.1 (1) Von 2015 bis 2021 führte die UVP–Behörde in der Steiermark 124 Feststellungsverfahren, 23 Genehmigungsverfahren, 14 Änderungsverfahren und 22 Abnahmeverfahren:

Tabelle 4: Anzahl der in der Steiermark anhängigen Verfahren gemäß UVP–G 2000; 2015 bis 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe 2015 bis 2021	Durchschnitt 2015 bis 2021	offen (per 31. Dezem- ber 2021)
	Anzahl									
UVP–Feststellungsverfahren										
Anträge	15	11	15	11	27	17	18	114	16,3	10
anhängige Verfahren¹	25	23	22	20	33	30	28	124	25,9	
Bescheide²	10	18	10	13	14	19	14	98	14,0	
UVP–Genehmigungsverfahren (inklusive Detailgenehmigungsverfahren)										
Anträge	3	4	3	3	4	5	0	22	3,1	13
anhängige Verfahren¹	4	8	10	12	15	18	15	23	11,7	
Bescheide	0	1	1	1	2	3	2	10	1,4	
UVP–Änderungsverfahren										
Anträge	0	0	1	2	4	1	5	13	1,9	6
anhängige Verfahren¹	1	1	2	3	6	4	8	14	3,6	
Bescheide³	0	0	1	0	3	1	2	7	1,0	
UVP–Abnahmeverfahren										
Fertigstellungsanzeigen	2	2	6	3	2	0	2	17	2,4	11
anhängige Verfahren¹	7	7	13	13	14	12	11	22	11,0	
Bescheide	2	0	3	1	2	3	0	11	1,6	

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

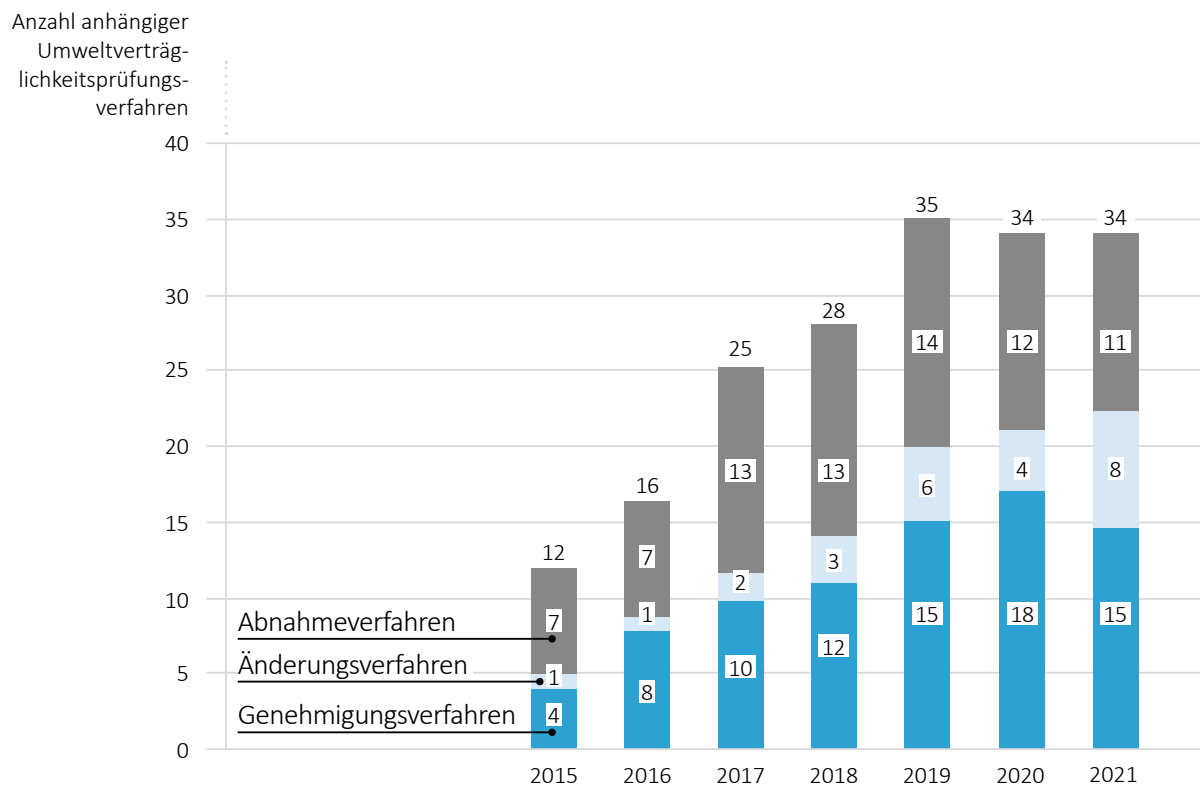
Quelle: Land Steiermark

¹ 39 % der UVP–Feststellungsverfahren und alle UVP–Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren (bis auf ein UVP–Änderungsverfahren) waren in mehr als einem Kalenderjahr anhängig. Die Aufsummierung der Anzahl der in den einzelnen Jahren anhängigen Verfahren wäre daher nicht aussagekräftig. Die dargestellte tatsächliche Gesamtzahl der Verfahren entspricht daher nicht der Aufsummierung der in den einzelnen Jahren anhängigen Verfahren.

² 20 Verfahren endeten aufgrund der Zurückziehung des Antrags (TZ 18); der RH ordnete sie grundsätzlich dem Jahr der Antragstellung als anhängig zu, davon vier im Jahr 2021. Bei vier Verfahren gab es mehr als einen Bescheid infolge einer Aufhebung durch das Bundesverwaltungsgericht bzw. einer Zurückweisung eines Antrags mangels Antragslegitimation.

³ Ein Verfahren endete aufgrund der Zurückziehung des Antrags.

Abbildung 6: Anzahl der in der Steiermark anhängigen UVP–Verfahren; 2015 bis 2021



Quelle: Land Steiermark; Darstellung: RH

Die Anzahl der innerhalb eines Kalenderjahres anhängigen UVP–Feststellungsverfahren lag zwischen 20 im Jahr 2018 und 33 im Jahr 2019. Die UVP–Behörde erließ im überprüften Zeitraum zwischen zehn und 19 Feststellungsbescheide pro Jahr.

Die Anzahl der bei der UVP–Behörde innerhalb eines Kalenderjahres anhängigen UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren nahm von 2015 bis 2019 von zwölf auf 35 zu und verblieb seitdem auf etwa diesem Niveau (Abbildung 6). Im überprüften Zeitraum standen pro Jahr durchschnittlich sieben Anträge durchschnittlich vier Bescheiden gegenüber. Im Jahr 2016 erließ die UVP–Behörde einen Bescheid, in den Jahren 2019 und 2020 je sieben. Mit Ende 2021 waren zehn Feststellungsverfahren, 13 Genehmigungsverfahren, sechs Änderungsverfahren und elf Abnahmeverfahren offen. Im überprüften Zeitraum waren mehr als zwei Drittel der Genehmigungsverfahren im vereinfachten Verfahren zu führen.

Daneben liefen auch Abstimmungen im Rahmen von Vorverfahren (TZ 21).

Antragsteller der im überprüften Zeitraum anhängigen UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren waren zu rd. 59 % private Unternehmen (vor allem für Industrieanlagen und abfallwirtschaftliche Anlagen) und zu rd. 31 % Unternehmen im öffentlichen Eigentum bzw. mit öffentlicher Beteiligung³⁹ (vor allem für Wind– und Wasserkraftanlagen). Bei fünf Straßenbauvorhaben war das Land Steiermark selbst Projektwerber, in einem Fall die Stadt Graz (Tabelle A im Anhang).

(2) Die dem RH von der Abteilung 13 übermittelten Verfahrensübersichten enthielten zu Beginn der Überprüfung nicht alle im überprüften Zeitraum anhängigen Verfahren. Der RH forderte diese aufgrund der vorliegenden Aktenlisten sowie der auf der Website des Landes veröffentlichten Bescheide nach. Einige Daten in der Verfahrensübersicht stimmten nicht mit den Verfahrensdokumenten überein.

Die Abteilung 13 erhob jährlich die Anzahl der im jeweiligen Jahr erlassenen Bescheide („Bescheidstatistik“). Sie verwendete diese Daten auch in ihrem Schreiben an die Abteilung 5 zur Darstellung der Personalsituation im August 2021 (TZ 8). Die Anzahl der in der Bescheidstatistik dargestellten UVP–Feststellungs– und Abnahmebescheide wich teilweise von der dem RH übermittelten Verfahrensübersicht bzw. den vom RH erhobenen Daten ab.

(3) Die UBA–GmbH dokumentierte gemäß § 43 UVP–G 2000 die österreichweit durchgeführten UVP in einer Datenbank. Die zuständigen UVP–Behörden hatten dafür die wesentlichen Daten und Unterlagen der Verfahren zu übermitteln, u.a. Angaben über die jedes Jahr durchgeführten Verfahren. Auf Basis der UVP–Datenbank ermittelte die UBA–GmbH beispielsweise die Verfahrensdauer zur Darstellung in den gesetzlich vorgesehenen Berichten an den Nationalrat.

Die UVP–Behörde im Land Steiermark übermittelte Bescheide mittels Verteiler grundsätzlich auch an die UBA–GmbH. Auf Anforderung der UBA–GmbH ergänzte sie Verfahrenslisten für das Verfahrensmonitoring oder den UVP–Arbeitskreis. Dabei übermittelte sie teilweise falsche Daten, teilweise ergänzte sie fehlende Daten nicht.

(4) Der RH überprüfte sämtliche in Tabelle 4 angeführten Verfahren hinsichtlich ihrer Dauer und ihres Ergebnisses im Überblick (TZ 17 bis TZ 19). Ausgewählte Verfahrensschritte überprüfte er vertieft anhand ausgewählter Vorhaben (TZ 21 bis TZ 29). Bei deren Auswahl berücksichtigte er den Verfahrenstyp (UVP–Feststellungsverfahren, UVP–Verfahren, vereinfachtes Verfahren, Detailgenehmigungsverfahren), den Verfahrensstand, die Häufigkeit des Vorhabentyps sowie besondere Merkmale im jeweiligen Verfahrensschritt (z.B. Bürgerbeteiligung). Zusätzlich überprüfte der RH ausgewählte Verfahren, die im mittelbaren bzw. räumlichen Zusammenhang mit UVP–Vorhaben standen (TZ 30 bis TZ 33, TZ 35 und TZ 36).

³⁹ z.B. Energie Steiermark Green Power GmbH, Wien Energie GmbH, Österreichische Bundesforste AG

- 16.2 Der RH wies kritisch darauf hin, dass mit Ende 2021 30 UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren offen waren. Die Anzahl der beim Land Steiermark gleichzeitig anhängigen UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren hatte sich von 2015 bis 2021 fast verdreifacht (von zwölf auf 34). Er verwies in diesem Zusammenhang auf seine Feststellungen zur Personalsituation in der Abteilung 13 (TZ 8).

Der RH merkte zudem kritisch an, dass die Abteilung 13 zu Beginn der Überprüfung durch den RH keinen vollständigen Überblick über die im überprüften Zeitraum abgewickelten UVP–Feststellungsverfahren, UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren hatte. Die abteilungsintern erstellte jährliche Bescheidstatistik war seiner Ansicht nach für Controllingzwecke und die Ermittlung des Personalbedarfs nicht ausreichend aussagekräftig, weil sie keinen Überblick über die noch zu erledigenden Verfahren bot.

Der RH empfahl, künftig im Rahmen der jährlichen Bescheidstatistik der Abteilung 13 auch die Anzahl der noch offenen Verfahren zu erheben.

Der RH wies weiters darauf hin, dass die UVP–Behörde teils falsche Daten an die UBA–GmbH für die UVP–Datenbank übermittelte, teils fehlende Daten nicht ergänzte.

Der RH empfahl, Daten zu UVP–Verfahren fehlerfrei und vollständig an die UBA–GmbH zu übermitteln.

- 16.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark werde die Empfehlung des RH, künftig im Rahmen der jährlichen Bescheidstatistik der Abteilung 13 auch die Anzahl der noch offenen Verfahren zu erheben, aufgegriffen und umgesetzt. Das Land Steiermark wies auf seine Ausführungen zu TZ 8 und die im ersten Halbjahr 2023 vorgesehene Einführung eines ELAK–Controlling–Tools hin. Dieses System beinhalte auch die detaillierte Auswertungsmöglichkeit nach Verfahrensständen und somit auch nach offenen und abgeschlossenen Verfahren.

Zur Datenübermittlung an die UBA–GmbH teilte das Land Steiermark mit, dass die UVP–Behörde in ständigem Kontakt mit der UBA–GmbH stehe. Die zuständige Referentin bei der UBA–GmbH habe im März 2023 telefonisch bestätigt, dass es keine Probleme mit der Datenübermittlung aus der Steiermark gegeben habe. Bezogen auf eine Anfrage des RH zur UVP in der Steiermark habe sie sogar die Aussage getätigt, dass es gerade mit der Steiermark eine sehr gute und fehlerfreie Zusammenarbeit gebe. Der Vorwurf einer fehlerhaften Datenübermittlung entspreche daher nicht den Tatsachen.

- 16.4 Der RH stellte gegenüber dem Land Steiermark klar, dass er nicht generell die Zusammenarbeit der UVP-Behörde mit der UBA-GmbH bemängelt, sondern auf in einigen Fällen fehlerhafte bzw. fehlende Datenübermittlungen für die UVP-Datenbank hingewiesen hatte (siehe Tabelle B im Anhang), die der UBA-GmbH allenfalls noch nicht aufgefallen waren.

Dauer der Verfahren

- 17.1 (1) Die UVP-Behörde hatte gemäß UVP-G 2000 einen Zeitplan für den Ablauf des Verfahrens zu erstellen, mit Fristen für die einzelnen Verfahrensschritte.⁴⁰ Der Zeitplan war im Internet zu veröffentlichen. Erhebliche Überschreitungen des Zeitplans waren im Genehmigungsbescheid zu begründen.

Die UVP-Behörde hatte die Entscheidung über Genehmigungsanträge ohne unnötigen Aufschub spätestens neun Monate nach Antragstellung zu treffen, in vereinfachten Verfahren spätestens sechs Monate nach Antragstellung.⁴¹ Für Entscheidungen in Detailgenehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren galt gemäß AVG ebenfalls eine Frist von längstens sechs Monaten.⁴² UVP-Feststellungsverfahren waren innerhalb von sechs Wochen abzuschließen.

(2) (a) Die Dauer der im überprüften Zeitraum abgeschlossenen 94 UVP-Feststellungsverfahren in der Steiermark lag zwischen zwei Wochen und rd. 4,1 Jahren, der Median bei rd. 21 Wochen. Acht Verfahren (9 %) waren innerhalb der im UVP-G 2000 vorgesehenen Dauer von sechs Wochen abgeschlossen worden.

Zur Durchführung der Feststellungsverfahren hatte der Projektwerber Unterlagen vorzulegen und gegebenenfalls zu ergänzen. Unter bestimmten Voraussetzungen war eine Einzelfallprüfung durchzuführen. Dabei hatte die UVP-Behörde im Zuge einer Grobprüfung zu beurteilen, ob wesentliche Beeinträchtigungen schutzwürdiger Gebiete oder erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt aufgrund einer Kumulierung mit anderen (gleichartigen) Vorhaben zu erwarten waren. Grundlage dafür waren Gutachten bzw. Stellungnahmen von Sachverständigen. Nach Vorliegen aller Projektunterlagen und Gutachten erhielten der Projektwerber, die Umweltschützerin, die Standortgemeinde, die mitwirkenden Behörden und das wasserwirtschaftliche Planungsorgan Gelegenheit zur Stellungnahme zum Feststellungsantrag und zum Ergebnis der Beweisaufnahme, bevor der Bescheid erlassen wurde. Vor Abschluss einer Einzelfallprüfung durften keine materienrechtlichen Genehmigungen (z.B. Baubewilligung, naturschutzrechtliche Bewilligung) erteilt werden.

⁴⁰ § 7 Abs. 1 UVP-G 2000 i.d.g.F.

⁴¹ § 7 Abs. 2 und 3 UVP-G 2000 i.d.g.F.

⁴² § 73 AVG i.d.g.F.

Der RH analysierte beispielhaft den Ablauf von vier Verfahren, die innerhalb der Sechs–Wochen–Frist abgeschlossen worden waren, sowie von drei Verfahren mit einer Dauer von über zwei Jahren. Bei den kurzen Verfahren ging es vorrangig um eine rechtliche Beurteilung des Sachverhalts (z.B. der Schwellenwerte), Gutachten von Sachverständigen und zusätzliche Unterlagen der Projektwerber waren dabei nicht erforderlich. Bei den längeren Verfahren dauerten die Unterlagenübermittlung durch den Projektwerber, die Erstellung von Gutachten oder die Anfragebeantwortung einer mitwirkenden Behörde mehrere Monate. Die UVP–Behörde setzte in den überprüften Fällen in der Regel die jeweils nächsten Verfahrensschritte innerhalb weniger Tage.

(b) Bei den anderen UVP–Behörden in Österreich⁴³ lag die Verfahrensdauer im Zeitraum 2015 bis 2021 bei 524 abgeschlossenen Feststellungsverfahren – gemäß der Datenbank der UBA–GmbH zu den UVP–Feststellungsverfahren – zwischen zwei Wochen und rd. 5,2 Jahren, der Median bei zwölf Wochen.

⁴³ Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (für Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken); Landesregierungen Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien

(3) (a) Die Dauer der im Zeitraum 2015 bis 2021 abgeschlossenen UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren ist in nachfolgender Tabelle dargestellt. Neben der Dauer ab Antragstellung enthält sie auch die Dauer ab öffentlicher Auflage, weil ab diesem Zeitpunkt von einer Vollständigkeit der Einreichunterlagen des Projektwerbers ausgegangen werden kann:

Tabelle 5: Dauer der im Zeitraum 2015 bis 2021 abgeschlossenen UVP–Feststellungsverfahren und UVP–Genehmigungsverfahren in Österreich sowie der Detailgenehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren in der Steiermark

	UVP–Behörde Steiermark ¹			UVP–Behörden Österreich ^{2,3} (ohne Steiermark)		
	Verfahren	Dauer ab Antrag		Verfahren ⁴	Dauer ab Antrag	
	Anzahl	Median in Wochen		Anzahl	Median in Wochen	
UVP–Feststellungsverfahren	94	20,9		524 ⁴	12	
	Verfahren	Dauer ab Antrag	Dauer ab öffentlicher Auflage ⁵	Verfahren	Dauer ab Antrag	Dauer ab öffentlicher Auflage ⁶
	Anzahl	Median in Jahren		Anzahl	Median in Jahren	
UVP–Genehmigungsverfahren	8	3,0	1,2	110	1,6	0,8
davon						
UVP–Verfahren	1	5,1	4,3	53	2,1	1,1
vereinfachte Verfahren	7	2,3	1,1	57	1,3	0,6
Detailgenehmigungsverfahren	2	1,8	–	–	–	–
UVP–Änderungsverfahren	7	1,0	–	–	–	–
UVP–Abnahmeverfahren	11	2,0	–	–	–	–

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

Quellen: Land Steiermark; UBA–GmbH; Berechnung: RH

¹ Daten des Landes Steiermark, Stand Mai 2022

² Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (für Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken); Landesregierungen Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien

³ Daten der Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stand Juni 2022; eine vergleichbare Auswertung für Detailgenehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren war mangels Vorliegens detaillierter Daten nicht möglich.

⁴ Bei weiteren acht abgeschlossenen Feststellungsverfahren lagen die Daten nicht vollständig vor.

⁵ In Detailgenehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren war eine öffentliche Auflage nicht in allen Fällen verpflichtend.

⁶ Daten der öffentlichen Auflage lagen für 100 Verfahren vor (davon 46 UVP–Verfahren und 54 vereinfachte Verfahren).

Die kürzesten UVP–Genehmigungsverfahren in der Steiermark dauerten 15 Monate ab Antrag⁴⁴ bzw. etwas über sechs Monate ab öffentlicher Auflage⁴⁵, ein Änderungsverfahren war nach knapp über einem Monat abgeschlossen. Die längsten Genehmigungsverfahren dauerten etwas über fünf Jahre ab Antrag.⁴⁶ Bei einem Verfahren lagen zwischen Antrag und öffentlicher Auflage zweieinhalb Jahre, bei einem ande-

⁴⁴ Windpark Pretul 2 (vereinfachtes Verfahren)

⁴⁵ Erzberg Rodung Gerichtsgrabensturz

⁴⁶ Messequadrant Fröhlichgasse (vereinfachtes Verfahren), Pumpspeicherkraftwerk Koralm (UVP–Verfahren)

ren fast vier Jahre.⁴⁷ Zwei (noch offene) Verfahren waren seit mehr als fünf Jahren anhängig, ohne dass eine öffentliche Auflage stattfand⁴⁸.

Die Abteilung 13 gab als Gründe für die langen Verfahrensdauern die in der Regel mangelnde Qualität der Einreichunterlagen der Projektwerber, die beschränkte Verfügbarkeit von Sachverständigen, die teilweise große Anzahl und den Detaillierungsgrad von Einwendungen, die eine entsprechende Auseinandersetzung der Sachverständigen und der UVP-Behörde erforderten, sowie die zu geringe personelle Ausstattung des Fachteams UVP an.

(b) Bei im Zeitraum 2015 bis 2021 abgeschlossenen Genehmigungsverfahren der anderen UVP-Behörden in Österreich betrug der Median der Verfahrensdauer – gemäß der UVP-Datenbank der UBA-GmbH – 2,1 Jahre ab Antrag und 1,1 Jahre ab öffentlicher Auflage bei UVP-Verfahren sowie 1,3 bzw. 0,6 Jahre bei vereinfachten Verfahren. Das längste Verfahren war nach 9,7 Jahren abgeschlossen.⁴⁹

(4) Zur Zeit der Überprüfung waren bei zwei Genehmigungsverfahren Zeitpläne auf der Website des Landes Steiermark veröffentlicht, die den geplanten Verfahrensstand zu einem Zeitpunkt abbildeten, aber nicht nachgeführt wurden:

- Für das Verfahren Unterführung Josef–Huber–Gasse sah der Zeitplan vom November 2017 eine Bescheiderstellung bis April 2018 vor. Der Bescheid erging im August 2020, enthielt aber keine Begründung der Überschreitung des Zeitplans.
- Für das Vorhaben B 70 Packer Straße, Abschnitt Mooskirchen – Krottendorf, sah der Zeitplan vom April 2021 die mündliche Verhandlung im August 2021 vor. Die Verhandlung fand bis zur Einschau des RH an Ort und Stelle nicht statt.

17.2 Der RH wies darauf hin, dass 9 % der UVP-Feststellungsverfahren in der Steiermark innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Verfahrensdauer von sechs Wochen abgeschlossen wurden. Er sah dies vor allem in länger dauernden Unterlagenübermittlungen durch Projektwerber, Sachverständige und mitwirkende Behörden begründet. Die Verfahrensdauer in der Steiermark lag mit einem Median von 21 Wochen im überprüften Zeitraum auch deutlich über dem Median der anderen UVP-Behörden in Österreich mit zwölf Wochen.

Der RH empfahl, in UVP-Feststellungsverfahren gegebenenfalls die Vorlage von Unterlagen und Gutachten im Hinblick auf die im UVP-G 2000 festgelegte sechswöchige Entscheidungsfrist zu urgieren.

⁴⁷ Windpark Stanglalm bzw. Messequadrant Fröhlichgasse (vereinfachte Verfahren)

⁴⁸ Schweinezuchtanlage in Schwarzaual, B 68 Feldbacher Straße Fladnitz – Saaz (vereinfachte Verfahren)

⁴⁹ A 5 Nord Autobahn, Abschnitt Poysbrunn – Staatsgrenze

Der RH wies kritisch darauf hin, dass die Verfahrensdauer in der Steiermark bei den von 2015 bis 2021 abgeschlossenen UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren die gesetzlich vorgesehene Entscheidungsfrist von neun bzw. sechs Monaten – abgesehen von einem Änderungsverfahren – größtenteils um ein Vielfaches überschritt. Der Median der Verfahrensdauer für UVP–Verfahren und vereinfachte Verfahren lag im überprüften Zeitraum in der Steiermark mit drei Jahren ab Antrag auch deutlich über dem Median der anderen UVP–Behörden in Österreich mit 1,6 Jahren ab Antrag. Der RH verwies dazu auf seine Feststellungen und Empfehlungen zur personellen Ausstattung der Abteilungen 13 und 15 (TZ 8) sowie zum Verfahrensablauf (TZ 23).

Der RH hielt zudem kritisch fest, dass die UVP–Behörde in der Steiermark nur in zwei von 23 im überprüften Zeitraum anhängigen Genehmigungsverfahren den gesetzlich vorgesehenen Zeitplan im Internet veröffentlichte. Da die UVP–Behörde die veröffentlichten Zeitpläne nicht an den Verfahrensstand anpasste, waren diese nur beschränkt aussagekräftig.

Der RH empfahl, für alle UVP–Verfahren zur Steuerung und Transparenz des Verfahrensablaufs die gesetzlich vorgesehenen Zeitpläne zu erstellen, diese gegebenenfalls zu aktualisieren, an alle Verfahrensbeteiligten zu kommunizieren sowie im Internet zu veröffentlichen.

- 17.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark könnten innerhalb der sechswöchigen Entscheidungsfrist gemäß § 3 Abs. 7 UVP–G 2000 nur jene Verfahren abgeschlossen werden, bei denen im Antragszeitpunkt die Vollständigkeit der Unterlagen gegeben und die Einholung von Gutachten nicht erforderlich sei. Dies treffe bei einem Großteil der Verfahren nicht zu. Als Gründe, warum ein Abschluss des Verfahrens innerhalb der sechswöchigen Frist nicht möglich sei, führte das Land Steiermark die Einholung von Gutachten (zwei bis vier Wochen), die Übermittlung der Gutachten zur Stellungnahme (zwei Wochen) an die Parteien sowie die Einholung ergänzender gutachterlicher Aussagen an. Zudem seien die Projektunterlagen im Antragszeitpunkt nicht vollständig. Weiters seien für Kumulationsprüfungen Daten von den mitwirkenden Behörden anzufordern. Abänderungen der Projekte im Verfahren bedürften einer neuerlichen gutachterlichen Beurteilung und einer neuerlichen Wahrung des Parteiengehörs. Bei nicht zeitnaher Vorlage von fehlenden Projektunterlagen und Gutachten habe die Behörde in der Regel telefonisch urgiert. Laut Stellungnahme würden Urgenzen künftig schriftlich erfolgen und veraktet werden.

Die Empfehlung zur Erstellung, Aktualisierung und Veröffentlichung von Zeitplänen erscheine durch die UVP–G–Novelle 2023⁵⁰ überholt. Eine gesetzliche Verpflichtung, Zeitpläne bei erheblichen Änderungen zu aktualisieren, sei erst nach der Über-

⁵⁰ BGBl. I 26/2023 vom 22. März 2023

mittlung des RH-Berichts zur Stellungnahme (Prüfungsergebnis) eingeführt worden. Laut internem Informationsschreiben des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur UVP-G–Novelle 2023 seien darunter insbesondere Änderungen der öffentlichen Auflage zu verstehen sowie Änderungen von Fristen oder Terminen von mündlichen Verhandlungen. Es werde auch klargestellt, dass eine Verfahrenspartei kein subjektives Recht auf Aktualisierung des Zeitplans habe und dass eine Nichtaktualisierung des Zeitplans keinen Verfahrensfehler darstelle. Zeitpläne seien stets nur im Internet zu veröffentlichen bzw. zu aktualisieren, eine Verpflichtung, diese an die Verfahrensbeteiligten zu übermitteln, gebe es nicht.

- 17.4 Der RH entgegnete dem Land Steiermark, dass seine Empfehlung zu den Zeitplänen nicht durch die UVP-G–Novelle 2023 überholt war, weil eine Verpflichtung zur Erstellung und Veröffentlichung von Zeitplänen auch zuvor bestanden und die UVP-Behörde diese nur in Einzelfällen eingehalten hatte. Indem mittlerweile die Aktualisierung der Zeitpläne gesetzlich festgelegt worden war, war im Übrigen die Empfehlung nicht obsolet, sondern umso aktueller. Auch wenn bis zur UVP-G–Novelle 2023 keine Verpflichtung bestanden hatte, Zeitpläne zu aktualisieren, wäre die Aktualisierung aus Sicht des RH zweckmäßig gewesen, um den Verfahrensablauf zu strukturieren, transparent zu gestalten und damit die Vorbereitung aller Beteiligten zu erleichtern. Dies galt für den RH auch für die gesetzlich nicht verpflichtende Übermittlung von Zeitplänen an die Verfahrensparteien. Der RH verblieb daher bei seiner Empfehlung.

Erledigung UVP–Feststellungsverfahren

- 18.1 (1) Im Zeitraum 2015 bis 2021 führte die UVP-Behörde 124 UVP–Feststellungsverfahren. Davon betrafen 51 Verfahren (41 %) Anlagen zur Tierhaltung bzw. –aufzucht.

Zu den 124 anhängigen UVP–Feststellungsverfahren erließ die UVP-Behörde von 2015 bis 2021 98 Bescheide.⁵¹ In 20 Fällen zogen die Projektwerber ihren Antrag zurück. Zehn Verfahren waren mit Ende 2021 noch offen. Zwei der mit Bescheid abgeschlossenen Verfahren (2 %) endeten mit einer Feststellung der UVP-Pflicht, bei 92 Vorhaben (98 %) stellte die UVP-Behörde nach Einholung der vorgesehenen Stellungnahmen – bei Einzelfallprüfungen auch auf Grundlage der Gutachten von Amtssachverständigen – fest, dass keine UVP durchzuführen war.

Den hohen Anteil der im Ergebnis nicht UVP-pflichtigen Vorhaben führte die Abteilung 13 darauf zurück, dass Projektwerber bei einer absehbaren UVP-Pflicht ihre Anträge zurückzogen oder ihre Vorhaben änderten (z.B. durch zusätzliche tech-

⁵¹ Bei vier Verfahren gab es mehr als einen Bescheid infolge einer Aufhebung durch das BVwG bzw. einer Zurückweisung eines Antrags mangels Antragslegitimation.

nische Maßnahmen, wie Filteranlagen). Der RH erhob diese Vorgehensweise exemplarisch anhand von vier UVP–Feststellungsverfahren betreffend Anlagen zur Tierhaltung bzw. –aufzucht.

Im überprüften Zeitraum liefen gegen 25 UVP–Feststellungsbescheide Rechtsmittelverfahren. Etwa die Hälfte davon betraf Anlagen zur Tierhaltung bzw. –aufzucht. Vier Bescheide wurden behoben⁵², in einem Fall wurde einer Beschwerde stattgegeben⁵³, zwei Bescheide wurden wegen Zurückziehung der Anträge durch die Projektwerber aufgehoben, drei Beschwerdeverfahren waren beim BVwG anhängig. In 15 Verfahren wies das BVwG die Beschwerden ab oder zurück.

(2) Gemäß der Datenbank der UVP–Feststellungsverfahren der UBA–GmbH bestand bei den 524 im überprüften Zeitraum abgeschlossenen UVP–Feststellungsverfahren der anderen UVP–Behörden in Österreich für 29 Vorhaben (6 %) eine UVP–Pflicht, 490 Vorhaben (94 %) waren nicht UVP–pflichtig. Fünf Anträge (1 %) wiesen die zuständigen UVP–Behörden zurück.

- 18.2 Der RH hielt fest, dass die UVP–Behörde in der Steiermark bei fast allen im überprüften Zeitraum geführten UVP–Feststellungsverfahren auf Grundlage des Ermittlungsverfahrens keine UVP–Pflicht feststellte. Ein ähnliches Bild zeigten die UVP–Feststellungsverfahren der anderen UVP–Behörden in Österreich.

Erledigung UVP–Verfahren

- 19.1 (1) Die UVP–Behörde in der Steiermark bewilligte alle Anträge, über die sie im Zeitraum 2015 bis 2021 in acht UVP–Genehmigungsverfahren, zwei Detailgenehmigungsverfahren und sieben UVP–Änderungsverfahren entschied. In allen elf abgeschlossenen UVP–Abnahmeverfahren stellte sie fest, dass die Ausführung der Vorhaben den Genehmigungsbescheiden entsprach, wobei sie geringfügige Abweichungen nachträglich genehmigte.

In den nachfolgenden Rechtsmittelverfahren änderte das BVwG drei Genehmigungsbescheide⁵⁴ ab. In einem Fall wurde die Beschwerde zurückgewiesen⁵⁵, in einem Fall zurückgezogen⁵⁶. Zur Zeit der Überprüfung (Stand Ende April 2022) waren Rechtsmittelverfahren für drei Vorhaben⁵⁷ anhängig, davon eines beim VwGH. Bei

⁵² Schweinezuchtanlage in Schwarzaual, Sand– und Kiesgewinnung in Kammern, Schweinehaltung bzw. –aufzucht in Murfeld (zwei Aufhebungen 2015 bzw. 2016)

⁵³ Pumpspeicherkraftwerk Koralm

⁵⁴ UVP–Genehmigungsverfahren Verhüttungswerk Zeltweg, Windpark Stubalm, Windpark Stanglalm

⁵⁵ UVP–Genehmigungsverfahren Windpark Pretul 2

⁵⁶ UVP–Genehmigungsverfahren Messequadrant Fröhlichgasse

⁵⁷ UVP–Genehmigungsverfahren Windpark Stanglalm, Unterführung Josef–Huber–Gasse, Pumpspeicherkraftwerk Koralm

den Abnahmebescheiden änderte das BVwG einen Bescheid⁵⁸ ab, zwei Beschwerden wies es ab bzw. zurück⁵⁹. Zwischen dem Bescheid der UVP-Behörde und der Entscheidung des BVwG lagen 0,5 bis 3,5 Jahre. Zu einem der im überprüften Zeitraum erlassenen Genehmigungsbescheide, den beiden Detailgenehmigungs- und den sieben Änderungsbescheiden sowie acht Abnahmebescheiden wurden keine Rechtsmittel eingelegt.

(2) Der RH stellt im Folgenden die Ergebnisse der (Erst-)Genehmigungsverfahren⁶⁰ in der Steiermark den Daten zu Verfahren durch andere UVP-Behörden in Österreich gemäß der UVP-Datenbank der UBA-GmbH gegenüber:

Tabelle 6: Genehmigungsbescheide der UVP-Behörden und Rechtsmittelverfahren; 2015 bis 2021

	UVP-Behörde Steiermark ¹		UVP-Behörden Österreich ^{2, 3} (ohne Steiermark)	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Entscheidungen gesamt⁴	8		110	
Vorhaben bewilligt in erster Instanz	8	100,0	108	98,2
davon				
Beschwerdevorentscheidung ergangen	0	0,0	1	0,9
BVwG-Beschwerde ab- bzw. zurückgewiesen	1	12,5	24	22,2
BVwG-Beschwerde zurückgezogen	1	12,5	1	0,9
Bescheid durch BVwG abgeändert	2 ⁵	25,0	15	13,9
Bescheid durch BVwG aufgehoben	0	0,0	1	0,9
Bewilligung durch BVwG versagt	0	0,0	1	0,9
Rechtsmittelverfahren (BVwG bzw. VwGH) anhängig	3	37,5	6	5,6
kein Rechtsmittelverfahren	1	12,5	59	54,6
zurückgewiesen in erster Instanz	0	0,0	1	0,9
an zuständige Behörde abgetreten ⁶	0	0,0	1	0,9

Rundungsdifferenzen möglich

Quellen: Land Steiermark; UBA-GmbH

BVwG = Bundesverwaltungsgericht

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

VwGH = Verwaltungsgerichtshof

¹ Daten des Landes Steiermark, Stand Mai 2022

² Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (für Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken); Landesregierungen Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien

³ Daten der Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stand Juni 2022

⁴ ohne Detailgenehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren

⁵ Ein weiterer Bescheid wurde vom BVwG abgeändert, das Verfahren war beim VwGH anhängig.

⁶ keine UVP-Pflicht laut UVP-G-Novelle 2018

⁵⁸ UVP-Abnahmeverfahren Windpark Handalm

⁵⁹ Teilabnahmeverfahren Papiererzeugung Pöls, Abnahmeverfahren Wasserkraftanlagen Gössendorf/Kalsdorf

⁶⁰ ohne Detailgenehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren

Die anderen UVP-Behörden in Österreich entschieden im Zeitraum 2015 bis 2021 über 110 UVP-Anträge. Davon wurden 108 in erster Instanz bewilligt, ein Antrag wurde zurückgewiesen⁶¹. In den nachfolgenden Rechtsmittelverfahren versagte das BVwG in einem Fall die Bewilligung⁶², einen Bescheid hob es auf⁶³, 15 Bescheide änderte es ab.

- 19.2 Der RH stellte fest, dass die UVP-Behörde im Land Steiermark bei den 28 im überprüften Zeitraum abgeschlossenen Verfahren alle Anträge im Rahmen von UVP-Genehmigungsverfahren und UVP-Änderungsverfahren bewilligte und alle UVP-Abnahmeverfahren mit der Feststellung einer bescheidgemäßen Ausführung abschloss. Er wies darauf hin, dass das BVwG in der Folge drei Genehmigungsbescheide und einen Abnahmebescheid abänderte und zur Zeit der Überprüfung noch Rechtsmittelverfahren zu drei Genehmigungsbescheiden anhängig waren.

Der RH zeigte auf, dass auch die anderen UVP-Behörden in Österreich Genehmigungen in vergleichbarem Ausmaß erteilten: Österreichweit wies im überprüften Zeitraum nur in einem Fall eine UVP-Behörde einen Antrag in erster Instanz zurück und nur in einem Fall versagte das BVwG im Rechtsmittelverfahren die Bewilligung.⁶⁴ Der Anteil der vom BVwG abgeänderten Genehmigungsbescheide war in der Steiermark mit einem Viertel jedoch höher als bei den anderen UVP-Behörden mit rd. 14 %. Bei diesem Vergleich war zu berücksichtigen, dass der Anteil der Rechtsmittelverfahren in der Steiermark mit 87,5 % deutlich höher lag als der durchschnittliche Anteil der Rechtsmittelverfahren bei den anderen UVP-Behörden in Österreich mit 41 %.

Wirkungscontrolling

- 20.1 Im Rahmen der Wirkungsorientierung zielte das Land Steiermark im Bereich des Globalbudgets Umwelt und Raumordnung darauf ab, dass „Konsenswerber, Parteien und sonstige Informationsberechtigte [...] eine rasche und qualitätsvolle Abwicklung ihrer Anträge“ erhielten (in den Jahren 2015 und 2016) bzw. „umweltrechtliche Verfahren [...] effizient und qualitätsvoll abgewickelt“ werden (2017 bis 2021). Indikatoren waren die Anzahl der Bescheidbehebungen durch Verwaltungsgerichte bzw. Höchstgerichte pro Jahr sowie die Anzahl der Säumnis- und Missstandsbeschwerden pro Jahr. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse des Wirkungscontrollings für

⁶¹ Wasserkraftwerk Obere Isel (UVP-Behörde: Tiroler Landesregierung)

⁶² Schigebietsverbindung Kappl–St. Anton (UVP-Behörde: Tiroler Landesregierung)

⁶³ S 8 Marchfeld Schnellstraße, Abschnitt Knoten S 1 / S 8 – Anschlussstelle Gänserndorf/Obersiebenbrunn (damalige UVP-Behörde: Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie)

⁶⁴ Österreichweit wurden seit Einführung der UVP im Jahr 1994 in Summe von rd. 490 beendeten Verfahren 90 % der Anträge bewilligt, 14 Anträge (rd. 3 %) nicht bewilligt, fünf Anträge (rd. 1 %) zurückgewiesen und 31 Anträge (rd. 6 %) zurückgezogen.

die in der Abteilung 13 – nicht nur im UVP-Bereich – abgewickelten Verfahren auf Grundlage der Wirkungsberichte des Landes Steiermark:

Tabelle 7: Ergebnisse des Wirkungscontrollings; 2015 bis 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe 2015 bis 2021
Bescheidbehebungen durch Verwaltungsgerichte bzw. Höchstgerichte pro Jahr								
	Anzahl							
Soll (maximal)	10	10	5	5	5	5	5	–
Ist ¹	6	2	0	5	1	0	0	14
Säumnis- und Missstandsbeschwerden pro Jahr								
	Anzahl							
Soll (maximal)	12	12	6	6	6	6	3	–
Ist	2	2	2	2	1	2	6	17

¹ Erhebungen der Abteilung 13 im Zuge der Überprüfung durch den RH ergaben, dass in den Berichten zum Wirkungscontrolling in den Jahren 2016 und 2017 jeweils eine Bescheidbehebung fehlte. Die Daten zum Jahr 2015 konnte die Abteilung 13 nicht verifizieren, weil die damals handelnden Akteure nicht mehr im Landesdienst aktiv waren.

Quelle: Land Steiermark

In den Jahren 2015 bis 2021 hoben Verwaltungsgerichte bzw. Höchstgerichte – laut Berichten zum Wirkungscontrolling – pro Jahr bis zu sechs Bescheide auf. Im selben Zeitraum gab es jährlich Säumnisbeschwerden (zwischen einer und sechs). Eine von der Abteilung 13 übermittelte Übersicht enthielt ab 2016 Bescheidbehebungen zu fünf UVP-Feststellungsverfahren⁶⁵ sowie Säumnisbeschwerden zu einem UVP-Feststellungsverfahren⁶⁶ und einem UVP-Verfahren⁶⁷, die übrigen Fälle betrafen die Bereiche Wasserrecht, Abfallrecht bzw. Luftreinhaltung.

20.2 Der RH hielt fest, dass das Land Steiermark ab 2017 für die Kennzahlen „Bescheidbehebungen durch Verwaltungsgerichte bzw. Höchstgerichte pro Jahr“ und „Säumnis- und Missstandsbeschwerden pro Jahr“ ambitioniertere Zielwerte ansetzte und diese – mit Ausnahme der Anzahl der Säumnis- und Missstandsbeschwerden im Jahr 2021 – einhielt. Er merkte jedoch kritisch an, dass die Kennzahlen zum Wirkungsziel, umweltrechtliche Verfahren effizient und qualitativ abzuwickeln, nicht jene Fälle abdeckten, in denen das BVwG Bescheide der erstinstanzlichen Behörden abänderte (TZ 19).

Der RH empfahl, die Wirkungskennzahl „Bescheidbehebungen durch Verwaltungsgerichte bzw. Höchstgerichte pro Jahr“ um Änderungen von Bescheiden durch Verwaltungsgerichte zu ergänzen.

⁶⁵ Die Auflistung enthielt eine von drei Bescheidaufhebungen aufgrund einer Zurückziehung des Antrags.

⁶⁶ UVP-Feststellungsverfahren Feriendorf St. Georgen ob Murau; das BVwG gab der Beschwerde nicht statt.

⁶⁷ UVP-Genehmigungsverfahren Windpark Steinriegel 3

- 20.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark sei es im überprüften Zeitraum in UVP–Genehmigungsverfahren zu keiner Bescheidbehebung durch das BVwG gekommen. Die zusätzliche Erfassung der Wirkungskennzahl „Änderungen von Bescheiden durch Verwaltungsgerichte“ erscheine wenig aussagekräftig. Gerade in UVP–Genehmigungsbescheiden komme es – bei oft mehr als hundert Auflagen – im Zuge des Beschwerdeverfahrens (österreichweit) regelmäßig zu Auflagenänderungen oder Auflagenergänzungen. Qualitätsmerkmal für Bescheide sei aber deren Bestandskraft, d.h., ob eine Bewilligung aufrecht bleibe, eine Zurückweisung oder Abweisung rechtmäßig gewesen sei, und nicht, ob im Rahmen eines oft mehrere Hundert Seiten umfassenden Bescheids ein Satz bzw. eine Auflage geändert oder ergänzt werde. Diesem System folgend würden auch die Verwaltungsgerichte selbst die Qualität ihrer Arbeit bewerten.

Der Indikator zur Messung des Wirkungsziels könnte erst im Zuge des Budgetierungsprozesses für das Budgetjahr 2024 adaptiert werden. Die Aussagekraft eines geänderten Indikators erscheine begrenzt. Bescheidänderungen im Zuge des Verfahrens in der Instanz könnten, soweit diese Interpretation überhaupt möglich sei, zugunsten oder zulasten von Projektwerbern erfolgen.

- 20.4 Der RH entgegnete dem Land Steiermark, im Hinblick auf das Wirkungsziel, umweltrechtliche Verfahren effizient und qualitativ abzuwickeln, neben der Bestandskraft eines Bescheids zusätzlich auch Informationen über abgeänderte Bescheide als relevant zu erachten. Dies umso mehr, als im überprüften Zeitraum der Anteil der abgeänderten UVP–Bescheide in der Steiermark höher war als bei den anderen UVP–Behörden in Österreich: Während das BVwG drei⁶⁸ von acht⁶⁹ UVP–Genehmigungsbescheiden der UVP–Behörde Steiermark abänderte, waren es 15 von 108 UVP–Genehmigungsbescheiden bei den anderen UVP–Behörden in Österreich (TZ 19). Im Übrigen wies der RH darauf hin, dass das BVwG bei zwei von drei Bescheiden Auflagen in größerem Umfang abänderte (siehe Tabelle C im Anhang).

Ob Änderungen von UVP–Bescheiden durch das BVwG Vor– oder Nachteile für Projektwerber bewirkten, war aus Sicht des RH im Hinblick auf das Wirkungsziel nicht entscheidend.

⁶⁸ Davon war zur Zeit der Überprüfung durch den RH ein Verfahren noch beim VwGH anhängig.

⁶⁹ Davon waren zur Zeit der Überprüfung durch den RH zwei Verfahren beim BVwG anhängig.

Ausgewählte Verfahrensschritte von UVP–Verfahren

Vorverfahren

21.1 (1) Vor der Einbringung des Genehmigungsantrags sah das UVP–G 2000 fakultativ drei Arten von Abstimmungen zwischen der UVP–Behörde und dem Projektwerber vor:

- das formelle Vorverfahren auf Antrag des Projektwerbers (§ 4 Abs. 1 UVP–G 2000),
- die Abstimmung im Rahmen des Investorenservices auf Anfrage des Projektwerbers (§ 4 Abs. 3 UVP–G 2000) und
- das Scoping; das ist die Abstimmung des Untersuchungsaufwands und die Einstufung der zu erwartenden Umweltauswirkungen in der UVE in „prioritär“ und „nicht prioritär“ (ab April 2017 § 6 Abs. 2 UVP–G 2000).

Durch diese Abstimmungsmöglichkeiten sollten die notwendigen Inhalte der UVE sowie – falls relevant – die Abgrenzung des Vorhabens im räumlichen, zeitlichen und sachlichen Zusammenhang möglichst umfassend abgeklärt werden, um Verfahrensverzögerungen und Verbesserungsaufträge zu vermeiden.

(2) Nach ihren Angaben führte die UVP–Behörde der Steiermark im überprüften Zeitraum insgesamt sieben Vorverfahren durch. Zwei davon mündeten ohne für den RH erkennbaren Abschluss des Vorverfahrens in Genehmigungsverfahren, eines davon war bereits mit Bescheid abgeschlossen. Die übrigen fünf formellen Vorverfahren waren anhängig. Darüber hinaus nahm die UVP–Behörde unter den Begriffen Scoping oder Investorenservice Abstimmungen in anderen Verfahren vor. Sie dokumentierte die weiteren Schritte bis zum Beginn des Genehmigungsverfahrens nicht. In den im überprüften Zeitraum geführten Genehmigungsverfahren war für den RH aus den vorliegenden Aktenteilen nicht ersichtlich, nach welchen Bestimmungen des UVP–G 2000 die UVP–Behörde vor Einbringung des Genehmigungsantrags vorging. Teilweise stellte der Projektwerber Anträge auf ein Vorverfahren, die jedoch nicht zu einer Stellungnahme der UVP–Behörde führten. Auch in den zwei Genehmigungsverfahren, denen nach den Angaben der UVP–Behörde ein Vorverfahren vorausging, lag dem RH keine abschließende Stellungnahme gemäß § 4 UVP–G 2000 vor.

(3) Im Verfahren Schweinezuchtanlage in Schwarzaual führte beispielsweise ein Antrag auf Durchführung eines UVP–Verfahrens für eine geplante Kapazitätserweiterung im Mai 2017 zur Evaluierung des UVE–Konzepts im Rahmen des Investorenservices. Im Juli 2019 forderte die UVP–Behörde den Antragsteller auf, das Projekt einzureichen. Mehr als drei Jahre nach der Antragstellung lag die UVE samt Unterla-

gen vor (TZ 29). Das Verfahren war bei Abschluss der Einschau an Ort und Stelle noch anhängig.

Im Verfahren Pumpspeicherkraftwerk Koralm bestellte die UVP-Behörde im Jänner 2013 nach einer Besprechung die Sachverständigen im Vorverfahren, das im Genehmigungsbescheid als informell bezeichnet wurde. Nach Feststellung der UVP-Pflicht brachte der Projektwerber im August 2016 einen Fortsetzungsantrag ein, der sich auf ein zuvor begonnenes wasserrechtliches Genehmigungsverfahren bezog. Die mitwirkenden Behörden, die Umweltanwältin und die Standortgemeinden wurden über die Einleitung des Genehmigungsverfahrens im Mai bzw. Juni 2017 verständigt. Mehrere Parteien im Verfahren brachten in den Bescheidbeschwerden an das BVwG vor, dass es sich um ein antragsloses Verfahren handelte.

- 21.2 Der RH kritisierte, dass die UVP-Behörde in den Vorverfahren die Abstimmungsschritte vor der Antragstellung nicht systematisch dokumentierte. Die Ergebnisse der Abstimmungen und deren Berücksichtigung im weiteren Genehmigungsverfahren waren daher nicht nachvollziehbar. Die UVP-Behörde führte die Verfahren, teilweise ohne zwischen Abstimmungen vor der Einbringung des Genehmigungsantrags und dem Genehmigungsverfahren zu unterscheiden. Der RH kritisierte, dass eine Abgrenzung zwischen den drei im UVP-G 2000 vorgesehenen Abstimmungsarten und dem Genehmigungsverfahren aus den vorliegenden Unterlagen nicht erkennbar war. Der Beginn der Genehmigungsverfahren war insbesondere in den Fällen Schweinezuchtanlage in Schwarzaual und Pumpspeicherkraftwerk Koralm nicht nachvollziehbar. Dadurch wurden auch die mitwirkenden Behörden, die Umweltanwältin und die Standortgemeinde nicht – wie im UVP-G 2000 vorgesehen – unverzüglich nach Einbringung des Genehmigungsantrags verständigt (TZ 22).

Der RH empfahl, Abstimmungen zwischen UVP-Behörde und Projektwerbern vor Antragstellung transparent und systematisch vorzunehmen und die Ergebnisse nachvollziehbar zu dokumentieren, um Verfahrensverzögerungen und Verbesserungsaufträge im UVP-Genehmigungsverfahren möglichst zu vermeiden.

- 21.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark sei unabhängig von der Empfehlung des RH bereits ein eigener Prozess im ELAK aufgrund einer Empfehlung der Internen Revision geschaffen worden, der künftig für eine bessere Nachvollziehbarkeit bzw. Transparenz sorgen solle. Die Abstimmungsgespräche würden bereits laufend unter diesen neuen Vorgaben schriftlich dokumentiert und veraktet.
- 21.4 Der RH anerkannte die Zusage des Landes Steiermark, die Dokumentation der Ergebnisse der Abstimmungen vor Antragstellung im ELAK nachvollziehbar zu dokumentieren.

Einbeziehung der mitwirkenden Behörden und Formalparteien

- 22.1 (1) Mitwirkende Behörden waren jene, die für die Genehmigungen oder die Überwachung des Vorhabens zuständig gewesen wären, wenn das Vorhaben keine UVP erfordert hätte. Sie hatten an der fachlichen und rechtlichen Beurteilung im erforderlichen Ausmaß mitzuwirken und Vorschläge für die erforderlichen Fachbereiche und die Fachgutachterinnen bzw. Fachgutachter zu erstatten.⁷⁰ Die UVP-Behörde hatte den mitwirkenden Behörden unverzüglich den Genehmigungsantrag, der die erforderlichen Projektunterlagen und die UVE enthalten musste, zur Stellungnahme zu übermitteln. Außerdem hatte sie der Umweltanwältin des Landes Steiermark und der Standortgemeinde die UVE ebenfalls unverzüglich zur Stellungnahme binnen vier Wochen zu übermitteln.⁷¹

Sonstige Formalparteien⁷² und Amtsstellen, die nach den anzuwendenden Verwaltungsvorschriften zu beteiligen waren, hatte die UVP-Behörde über das Einlangen des Genehmigungsantrags zu informieren. Bis April 2017 waren die Antragsunterlagen auch an das damalige Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu übermitteln.

Seit Dezember 2018 war der Standortanwalt als weitere Partei in das UVP-Verfahren einzubeziehen, ihm war das Umweltverträglichkeitsgutachten oder die zusammenfassende Bewertung unverzüglich zu übermitteln. Die Funktion des Standortanwalts nahm ab 1. Juli 2019 für UVP-Verfahren, zu denen der Genehmigungsantrag ab 1. Dezember 2018 gestellt wurde, die Wirtschaftskammer Steiermark wahr. Der Standortanwalt erstellte in vier Verfahren volkswirtschaftliche Gutachten. Die Abteilung 14 Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit des Amtes der Landesregierung nahm für den Landeshauptmann die Funktion des wasserwirtschaftlichen Planungsorgans wahr. Die UVP-Behörde bezog dieses Organ für die Wahrnehmung wasserwirtschaftlicher Interessen und als Amtspartei zur Vertretung dieser öffentlichen Interessen regelmäßig in die Verfahren ein.

- (2) Die UVP-Behörde übermittelte die Unterlagen an die mitwirkenden Behörden, die Umweltanwältin und die Standortgemeinde in sechs von zehn vom RH vertieft überprüften Verfahren kurz vor oder gleichzeitig mit der Kundmachung der öffentlichen Auflage der Antragsunterlagen, in drei Fällen kurz danach, in einem Fall unverzüglich nach Einlangen der Antragsunterlagen.

⁷⁰ § 5 Abs. 3 UVP-G 2000

⁷¹ § 5 Abs. 4 UVP-G 2000

⁷² Formalparteien waren Personen oder Organe, denen Parteistellung ausschließlich zur Geltendmachung öffentlicher Interessen eingeräumt wurde und die an den Verfahren zu beteiligen waren.

(3) Die Standortgemeinden gaben gelegentlich, die Umweltanwältin in allen überprüften UVP–Genehmigungsverfahren Stellungnahmen ab. Dies war jedoch frühestens im Rahmen der öffentlichen Auflage möglich – diese erfolgte im Mittel für die zehn überprüften UVP–Genehmigungsverfahren 13 Monate nach der Antragstellung –, da die UVP–Behörde die Unterlagen (außer in einem Fall) erst kurz vorher übermittelte. Die Parteien wiesen in Einzelfällen auf die verspätete Übermittlung der Unterlagen hin. Aufgrund der verspäteten Verständigung konnten Sachverständige den Stellungnahmen erst nach der öffentlichen Auflage Rechnung tragen und Unterlagen nachfordern. In sieben der überprüften zehn Verfahren brachte der Projektwerber Schriftsätze, Antragsmodifikationen oder Nachreichungen nach dem Ende der öffentlichen Auflage ein.

- 22.2 Der RH hielt kritisch fest, dass die UVP–Behörde die mitwirkenden Behörden, die Umweltanwältin und die Standortgemeinde nicht unverzüglich nach Einlangen des Genehmigungsantrags, sondern erst nach der Einholung der Stellungnahmen der Sachverständigen im Zuge der Evaluierungsrunden in die Genehmigungsverfahren einbezog. Erst zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits das Sachverständigen–Team feststand, die Sachverständigen die eingereichten Unterlagen mehrmals evaluiert hatten, Verbesserungsaufträge erteilt worden waren und Nachreichungen oder Ergänzungen zum Antrag eingelangt waren, hatten daher die mitwirkenden Behörden die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und die erforderlichen Fachbereiche sowie Fachgutachterinnen und Fachgutachter vorzuschlagen (**TZ 23**). Sie hatten sohin keine Möglichkeit, auf die Auswahl der Fachbereiche und der Sachverständigen Einfluss zu nehmen.

Der RH empfahl, unverzüglich Genehmigungsanträge, Projektunterlagen und die UVE an die mitwirkenden Behörden bzw. die UVE an die Umweltanwältin und die Standortgemeinden zu übermitteln. Dadurch wären diese Parteien von Anfang an in das Verfahren eingebunden, könnten ihr Fachwissen einbringen und ihrer gesetzlichen Verpflichtung rechtzeitig nachkommen.

- 22.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark sei dieser Verpflichtung aus Sicht der Abteilung 13 stets entsprochen worden. Die Abteilung 13 sehe den Zeitpunkt der Übermittlungspflicht in analoger Anlehnung an den Fristenlaufbeginn mit der Vollständigkeit der Unterlagen als gegeben. Dies entspreche auch den Grundsätzen der Verfahrensökonomie. Gerade in UVP–Verfahren seien am Verfahrensanfang oft mehrere Evaluierungsrunden, in denen Unterlagen ausgetauscht oder ergänzt werden, notwendig. Es sei auch üblich, dass das Projekt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten angepasst bzw. erweitert werde. Es wäre eine massive Ressourcenvergeudung, wenn sich stets alle in § 5 UVP–G 2000 genannten Parteien mehrfach mit unterschiedlichsten Unterlagen beschäftigen müssten. Daher sei es zweckmäßig und auch gesetzlich gedeckt bzw. geboten, erst die vollständigen Unterlagen an die in § 5 UVP–G 2000 genannten Parteien zu übermitteln.

- 22.4 Der RH anerkannte die Bemühungen des Landes Steiermark, auf die Verfahrensökonomie zu achten. Er wies jedoch darauf hin, dass die mitwirkenden Behörden und die Umweltschützerin möglichst früh in die Verfahren einzubinden wären, um ihr Fachwissen einzubringen und ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Auch die Standortgemeinden waren unverzüglich in die Verfahren einzubinden, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften, die dem Schutz der Umwelt oder der von ihnen wahrzunehmenden öffentlichen Interessen dienen, geltend machen zu können. Die unverzügliche Übermittlung von Antrag und UVE setzte aussagekräftige, aber nicht zwingend vollständige Unterlagen voraus. § 5 Abs. 2 UVP-G 2000 ermächtigte die Behörde, in jeder Lage des Genehmigungsverfahrens einen Verbesserungsauftrag zu erteilen, auch aufgrund einer Stellungnahme einer mitwirkenden Behörde oder eines Sachverständigen. Der RH hielt daher gegenüber dem Land Steiermark an seiner Empfehlung fest und verwies dazu ergänzend auf seine Empfehlung in TZ 21.

Verbesserungsaufträge und Nachreichungen

- 23.1 (1) Wenn die Angaben in der UVE unvollständig waren oder Unterlagen fehlten, hatte die UVP-Behörde dem Projektwerber unverzüglich Verbesserungsaufträge zu erteilen, üblicherweise durch die Übermittlung der Evaluierungsergebnisse der Sachverständigen, die zu Nachreichungen ergänzender Unterlagen führten. Ob eine „unverzügliche“ Auftragserteilung erfolgte, war anhand der Umstände des Einzelfalles zu beurteilen. Dabei waren im Hinblick auf eine effiziente Verfahrensführung Abstimmungen mit dem Projektwerber im Rahmen formeller Vorverfahren oder des Investorenservices oder die Gliederung der Angaben in der UVE in „prioritär“ und „nicht prioritär“ (sogenanntes Scoping) zu berücksichtigen (TZ 21).
- (2) In den vom RH vertieft überprüften zehn Genehmigungsverfahren erteilte die UVP-Behörde zu den Antragsunterlagen je Verfahren bis zu vier Evaluierungsaufträge an die Sachverständigen. Deren Ergebnisse übermittelte sie an den Projektwerber, sie führten durch Nachreichung ergänzender Unterlagen zur Verbesserung des Antrags. Dazu bedurfte es üblicherweise mehrerer Runden, sodass zwischen der Antragstellung bis zur öffentlichen Auflage der vollständigen Unterlagen durchschnittlich 13 Monate lagen.
- (3) Auf Initiative der Projektwerber gab es Nachreichungen und Antragsänderungen aufgrund geänderter Planungen beispielsweise
- im Verfahren Pumpspeicherkraftwerk Koralm betreffend eine zu errichtende Bodenaushubdeponie oder
 - im Verfahren Josef–Huber–Gasse bezüglich der zur Ausführung gelangenden Fahrbahnoberfläche.

Während die UVP-Behörde Evaluierungsaufträge an die Sachverständigen regelmäßig mit Fristen von rund sechs Wochen versah, war eine Fristsetzung für die Verbesserung oder Nachreichung von Unterlagen aus den vorliegenden Akten und E-Mails für den RH nicht feststellbar. Die UVP-Behörde leitete die Evaluierungsergebnisse oder einzelne Gutachten regelmäßig zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung ohne Fristsetzung an die Projektwerber weiter. Die Fristen, welche die UVP-Behörde den Sachverständigen zur Erstellung der Stellungnahmen bzw. Gutachten setzte, hielten diese aufgrund ihrer Auslastung nur in Ausnahmefällen ein. Sowohl bei der Beurteilung durch die Sachverständigen als auch bei der Nachreichung notwendiger Unterlagen durch die Projektwerber lagen Verzögerungen von mehreren Monaten vor.

- 23.2 Der RH hielt fest, dass in den meisten UVP-Verfahren mehrere Runden mit Evaluierungen und Nachreichungen zu den Antragsunterlagen erforderlich waren, was zu Verzögerungen im Verfahrensablauf von mehreren Monaten führte. Unter Berücksichtigung der Komplexität der Verfahren kritisierte der RH, dass die UVP-Behörde die Abstimmungsmöglichkeiten vor Antragstellung nicht konsequent nutzte, um eine höhere Qualität der eingereichten Unterlagen zu erreichen und die Notwendigkeit von Verbesserungen und Nachreichungen zu vermeiden. Er hielt weiters kritisch fest, dass die UVP-Behörde für die Verbesserung und Nachreichung von Unterlagen keine Fristen vorgab.

Der RH verwies auf seine Empfehlung in [TZ 21](#) und empfahl, auf eine zeitnahe Übermittlung von Projektunterlagen durch die Projektwerber zu achten und in den Verbesserungsaufträgen Fristen festzulegen.

- 23.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark treffe den Projektwerber eine sehr weitreichende Mitwirkungspflicht und es liege in dessen Eigenverantwortung, für eine rasche Unterlagenübermittlung zu sorgen.

Für jene Fälle, in denen (formale) Verbesserungsaufträge nach § 13 Abs. 3 AVG ergangen seien, seien immer Fristen gesetzt worden. Rechtlich zulässig sei es aber auch, dass die Behörde einen erkannten Mangel ohne Verbesserungsauftrag formlos kommuniziert. Dabei handle es sich um eine Ermessensentscheidung der Behörde.

- 23.4 Der RH hielt an seiner Empfehlung, die in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Empfehlung in [TZ 21](#) zu sehen war, fest und wies darauf hin, dass auch bei formlosen Verbesserungs- oder Nachreichungsaufträgen der Behörde eine Fristsetzung möglich war. Insbesondere bei häufigen Antrags- und Vorhabensänderungen der Projektwerber, aber auch bei Änderungen oder Nachreichungen in Reaktion auf Vorbringen von Parteien und Sachverständigen würde dies zur Beschleunigung der

UVP–Verfahren beitragen. Dabei wäre auf eine nachvollziehbare Dokumentation zu achten.

Umweltverträglichkeitsgutachten und zusammenfassende Bewertung

- 24.1 (1) In den Genehmigungsverfahren hatte die UVP–Behörde Sachverständige mit der Erstellung eines Umweltverträglichkeitsgutachtens zu beauftragen; in vereinfachten Verfahren war von der UVP–Behörde eine zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen zu verfassen. Die UVP–Behörde hatte das Umweltverträglichkeitsgutachten, das auch eine allgemein verständliche Zusammenfassung zu enthalten hatte, nicht jedoch die zusammenfassende Bewertung mindestens vier Wochen zur öffentlichen Einsicht aufzulegen und diese Auflage in geeigneter Form kundzumachen. Auch war grundsätzlich eine mündliche Verhandlung abzuhalten, außer bei unterbliebenen Einwendungen und wenn die UVP–Behörde eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hielt.⁷³

(2) Die UVP–Behörde führte in allen überprüften Verfahren mündliche Verhandlungen durch. In drei von zehn vom RH vertieft überprüften Genehmigungsverfahren lag die zusammenfassende Bewertung bzw. das Umweltverträglichkeitsgutachten vor der mündlichen Verhandlung vor. In den übrigen Verfahren stellten die Sachverständigen die zusammenfassende Bewertung bzw. das Umweltverträglichkeitsgutachten nach Abschluss der mündlichen Verhandlung fertig.

Beispielsweise lag im Verfahren Pumpspeicherkraftwerk Koralm das Umweltverträglichkeitsgutachten über acht Monate nach der zweiten, ergänzenden mündlichen Verhandlung vor, im Verfahren Windpark Stanglalm stand die zusammenfassende Bewertung den Parteien vier Monate nach der mündlichen Verhandlung zur Verfügung.

- 24.2 Der RH wies darauf hin, dass das Umweltverträglichkeitsgutachten bzw. die zusammenfassenden Bewertungen in der überwiegenden Anzahl der überprüften Fälle zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung noch nicht vorlagen. Dadurch war es den Parteien nicht möglich, Fragen zu allen relevanten Fachbereichen an die Sachverständigen und zur Bewertung der Umweltauswirkungen insgesamt vorzubringen. Wenngleich das UVP–G 2000 nicht verpflichtend vorsah, das Umweltverträglichkeitsgutachten bzw. die zusammenfassende Bewertung bis zur mündlichen Verhandlung zu erstellen, war es doch Zweck des Ermittlungsverfahrens, den maßgebenden Sachverhalt festzustellen und den Parteien Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Rechte und rechtlichen Interessen zu geben.

⁷³ §§ 12 und 12a, § 13 Abs. 2, § 16 Abs. 1 UVP–G 2000

Der RH empfahl, darauf zu achten, dass die zusammenfassende Bewertung bzw. das Umweltverträglichkeitsgutachten den Parteien rechtzeitig vor der mündlichen Verhandlung zur Kenntnis gelangt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu allen Fachbereichen und zur Bewertung der Umweltauswirkungen insgesamt während der mündlichen Verhandlung Fragen zu stellen und Einwendungen zu erheben.

Dies würde zu einer effizienten und transparenten Führung des Verfahrens im Sinne des UVP–G 2000 beitragen.

- 24.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark beziehe sich die Empfehlung auf die Rechtslage vor der UVP–G–Novelle 2023. Seit der UVP–G–Novelle 2023 sei die öffentliche Auflagepflicht von Umweltverträglichkeitsgutachten und zusammenfassender Bewertung einheitlich geregelt. Das UVP–G 2000 verlange aber weiterhin nicht, dass das Umweltverträglichkeitsgutachten bzw. die zusammenfassende Bewertung schon vor der mündlichen Verhandlung vorliegt, zumal es ohnehin noch zur öffentlichen Einsicht aufzulegen sei. Demgemäß müsse auch die öffentliche Auflage des Umweltverträglichkeitsgutachtens bzw. der zusammenfassenden Bewertung nicht vor der mündlichen Verhandlung durchgeführt oder abgeschlossen sein. In Zusammenschau mit der ebenfalls neu eingeführten Regelung zur Strukturierung des Verfahrens werde die Behörde künftig aber gut beraten sein, die öffentliche Auflage und Kundmachung des Umweltverträglichkeitsgutachtens bzw. der zusammenfassenden Bewertung vor der mündlichen Verhandlung abzuhandeln. Damit könnten Fristen für die Erstattung weiterer Vorbringen gesetzt werden mit der Wirkung, dass nach Ablauf dieser Fristen erstattete Vorbringen im weiteren Verfahren nicht zu berücksichtigen seien. Dies diene neben einer Verfahrensbeschleunigung auch der Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Darstellung von Einwendungen und negativen Gutachten in den Bescheiden

- 25.1 (1) Bei der Entscheidung hatte die UVP–Behörde die Ergebnisse der UVP – insbesondere UVE, Umweltverträglichkeitsgutachten oder zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen und Stellungnahmen – zu berücksichtigen.⁷⁴ Der Antrag war abzuweisen, wenn unter Bedachtnahme auf die öffentlichen Interessen, insbesondere des Umweltschutzes, durch das Vorhaben und seine Auswirkungen schwerwiegende Umweltbelastungen zu erwarten waren, die durch Auflagen, Bedingungen, Befristungen, sonstige Vorschriften, Ausgleichsmaßnahmen oder Projektmodifikationen nicht verhindert oder auf ein erträgliches Maß vermindert werden konnten. Im Rahmen dieser Abwägung waren auch relevante Interessen der

⁷⁴ § 17 Abs. 4 UVP–G 2000 i.d.g.F.

Materiengesetze oder des Unionsrechts zu bewerten, die für eine Realisierung des Vorhabens sprachen.⁷⁵

Der RH überprüfte die Darstellung einzelner Stellungnahmen von Parteien sowie negativer Gutachten und ihre Berücksichtigung im Bescheid.

(2) In den vom RH vertieft überprüften Verfahren zu den Vorhaben Verhüttungswerk Zeltweg, Pumpspeicherkraftwerk Koralm, Windpark Stubalm, Unterführung Josef–Huber–Gasse und Windpark Stanglalm stellte die UVP–Behörde in den Bescheiden die Vorbringen der Parteien (außer beim Vorhaben Unterführung Josef–Huber–Gasse) nach Fachgebieten gegliedert dar. Zu einem Fachgebiet gehörende inhaltlich gleiche Vorbringen fasste sie zusammen und nahm dazu, unter Einbindung der Sachverständigengutachten, Stellung. Im Verfahren Verhüttungswerk Zeltweg berücksichtigte sie im Bescheid Stellungnahmen bzw. Einwendungen, die während der Ediktsfrist eingelangt waren, von insgesamt 104 Personen bzw. Institutionen, im Verfahren Pumpspeicherkraftwerk Koralm von 30, im Verfahren Unterführung Josef–Huber–Gasse von 26, im Verfahren Windpark Stanglalm von neun und im Verfahren Windpark Stubalm von 38.

Zu den Einwendungen stellte der RH weiters exemplarisch fest:

- Im Verfahren Windpark Stubalm nahm eine Bürgerinitiative als Beteiligte teil und konnte daher keine rechtlichen Interessen geltend machen.
- Im Verfahren Unterführung Josef–Huber–Gasse erkannte die UVP–Behörde einer Umweltorganisation die Parteistellung zu, nachdem die Rechtzeitigkeit der Einwendungen nicht geklärt werden konnte, und berücksichtigte sie im Bescheid.
- Im Verfahren Verhüttungswerk Zeltweg stellte die UVP–Behörde die mangelnde Partei– oder Beteiligtenstellung einer Gemeindefraktion fest, ging aber dennoch auf die Einwendungen im Bescheid inhaltlich ein. Auch die Einwendungen einer Bürgerinitiative, die zum Zeitpunkt der Bescheiderlassung lediglich die Stellung einer Beteiligten hatte, fanden im Bescheid Berücksichtigung.
- Im Verfahren Windpark Stanglalm verwies die UVP–Behörde beispielsweise in der Bescheidebegründung pauschal auf die entsprechenden Fachgutachten, ohne näher auf die Einwendung einer Umweltorganisation betreffend Lichtemissionen einzugehen.
- Auch im Verfahren Pumpspeicherkraftwerk Koralm behandelte die UVP–Behörde Einwendungen beispielsweise mit dem Hinweis, dass sie vom Sachverständigen ausreichend befundet wurden; zwei Gutachten, die die Umweltanwältin vorgelegt hatte, nannte sie im Bescheid nicht; die Beweiswürdigung, die insgesamt eine Seite umfasste, schloss sie mit dem Vermerk ab, dass keine fundierten Gegengutachten vorgelegen hätten, die die von der UVP–Behörde eingeholten Fachgutachten konkret und begründet widerlegt hätten.

⁷⁵ § 17 Abs. 5 UVP–G 2000 i.d.g.F.

(3) Bei vier im überprüften Zeitraum bewilligten Vorhaben enthielten die Genehmigungsbescheide auch Ausführungen der Amtssachverständigen, die die Auswirkungen der Vorhaben auf einzelne Schutzgüter als „unvertretbar nachteilig“ beurteilt hatten:

- bei den Windparks Stanglalm und Pretul 2 bezüglich des Schutzguts Landschaft,
- beim Windpark Stubalpe bezüglich der Schutzgüter Landschaft und Kulturgut sowie
- beim Pumpspeicherkraftwerk Koralm bezüglich der Schutzgüter Wasser (aus Sicht des Fachbereichs Gewässerökologie) sowie Landschaft.

Die UVP-Behörde kam bei den Windpark-Vorhaben im Zuge einer Gesamtbewertung aller Umweltauswirkungen zum Schluss, dass das Ausmaß schwerwiegender Umweltbelastungen nicht erreicht wurde. Zudem verwies die UVP-Behörde u.a. auf die Ziele des Ökostromgesetzes 2012⁷⁶, die Energiestrategie 2025 des Landes Steiermark und auf das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie⁷⁷ (TZ 33). Beim Pumpspeicherkraftwerk Koralm traf die UVP-Behörde – gestützt auf ein Gutachten der Technischen Universität Wien – eine Abwägungsentscheidung für die Genehmigung des Vorhabens aufgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses aus energiewirtschaftlicher Sicht.

Beim Vorhaben Unterführung Josef–Huber–Gasse enthielt der Genehmigungsbescheid die Ausführungen der Amtssachverständigen für Humanmedizin aus dem Gutachten und aus den zusätzlich eingeholten Stellungnahmen, sie betrafen die Gesundheitsgefährdung durch Lärm im Zusammenhang mit der hohen Vorbelastung.

Die UVP-Behörde zog die Amtssachverständigen, die Vorhaben als „unvertretbar nachteilig“ beurteilt hatten, wiederholt in UVP-Genehmigungsverfahren bei.

- 25.2 Der RH hielt fest, dass die UVP-Behörde in den vom RH vertieft überprüften Verfahren in den Bescheiden die Stellungnahmen grundsätzlich nachvollziehbar darstellte und auf die vorgebrachten Einwendungen zusammenfassend einging. Aufgrund der Vielzahl von Parteien und zahlreicher, teilweise auch inhaltlich gleicher Einwendungen erachtete der RH die nach Inhalten geordnete und zusammenfassende Darstellung der Stellungnahmen und Einwendungen in der Begründung als zweckmäßig. Er wies aber kritisch darauf hin, dass die UVP-Behörde in den Bescheidbegründungen teilweise pauschal auf die Fachgutachten verwies, ohne die Begründung für ihre Entscheidung im konkreten Fall nachvollziehbar darzustellen. Der RH verwies darauf, dass die UVP-Behörde auch Stellungnahmen inhaltlich in die Begründung miteinbezog, die verspätet oder von Bürgerinitiativen als Beteiligte eingebracht wurden.

⁷⁶ BGBl. I 75/2011 i.d.F. BGBl. I 150/2021

⁷⁷ Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Juni 2013, mit der ein Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie erlassen wird, LGBl. 72/2013 i.d.F. LGBl. 91/2019

Er empfahl, in den Bescheiden auf eine nachvollziehbare Begründung, die sich konkret auf die vorgelegten Stellungnahmen der Parteien bezieht, zu achten.

Der RH hielt fest, dass die UVP-Behörde auf der Grundlage von Sachverständigen-gutachten auch „unvertretbar nachteilige“ Auswirkungen der Vorhaben transparent im jeweiligen Genehmigungsbescheid darstellte und die Entscheidung aufgrund einer Gesamtbewertung der Umweltauswirkungen bzw. einer Interessenabwägung traf.

Weiters wies er darauf hin, dass die UVP-Behörde auch Amtssachverständige, die die Auswirkungen von Vorhaben als „unvertretbar nachteilig“ beurteilten, wiederholt zu UVP-Genehmigungsverfahren beizog.

- 25.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark sei es nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen ausgeschlossen, dass der RH die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen prüfe. Dies obliege alleine den Verwaltungsgerichten. Diese hätten diesbezüglich keine verfahrensrelevanten Mängel festgestellt.
- 25.4 Der RH entgegnete dem Land Steiermark, dass die Empfehlung, in den Bescheiden auf eine nachvollziehbare Begründung zu achten, die sich konkret auf die vorgelegten Stellungnahmen bezieht, keine Überprüfung oder inhaltliche Wertung der behördlichen Entscheidung darstellt.

Erstellung von Bescheiden

- 26.1 Bei der Auswertung der E-Mails (siehe TZ 1) erhob der RH folgende Sachverhalte zur Bescheiderstellung:
- Im Zusammenhang mit einem UVP-Vorhaben erhoben im März 2016 mehrere Anrainer Beschwerde gegen einen Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Murtal vom 17. Dezember 2013 zur Bewilligung einer Motorsportveranstaltung 2014. Der damalige Leiter des Referats Anlagenrecht im Amt der Landesregierung erhielt im April 2016 von einem Anwalt des Antragstellers redaktionelle Überarbeitungen und inhaltliche Ergänzungen zu einem Entwurf einer Beschwerdevorentscheidung. Parallel dazu erfolgte auch eine Bearbeitung durch die Fachabteilung Verfassungsdienst. Die Überarbeitungen des Anwalts fanden sich zum Teil wortident in der Beschwerdevorentscheidung der Bezirkshauptmannschaft vom Mai 2016 wieder.

- Bei einer UVP-Änderungsbewilligung betreffend Wasserrecht für eine Abfallbehandlungsanlage in St. Michael in Obersteiermark übermittelte die damalige Geschäftsführerin eines Planungsbüros, das den Projektwerber vertrat, einem damaligen UVP-Referenten im November 2020 Textteile zu Spruchpunkten, wasserrechtliche Konsensmengen und Auflagen, die sich größtenteils wortident im Bescheid vom Dezember 2020 wiederfanden. Wasserrechtliche Konsensmengen und Auflagen waren zuvor bereits in den Gutachten des Amtssachverständigen für Oberflächenentwässerung vom Juni bzw. Oktober 2020 enthalten gewesen.
- Im UVP-Genehmigungsverfahren zum Pumpspeicherkraftwerk Koralm übermittelte die oben genannte Geschäftsführerin einem damaligen UVP-Referenten von Mai bis Juli 2021 mehrere E-Mails, u.a. mit Textteilen zur Naturverträglichkeitsprüfung, zum öffentlichen Interesse sowie zur Interessenabwägung. Diese fanden sich größtenteils wortident im Bescheid vom September 2021 wieder. Die Textteile zur Naturverträglichkeitsprüfung waren identisch bereits im Gutachten des Amtssachverständigen für Naturschutz vom März 2018 enthalten gewesen. Die in diesem Gutachten angeführten Flächenbilanzen zu Eingriffs- und Ausgleichsflächen stammten aus dem Bericht eines Technischen Büros für Biologie vom Februar 2016 zur später für nichtig erklärten Naturverträglichkeitsprüfung (TZ 31), berücksichtigten aber nicht die Projektergänzung vom November 2019 mit minimal geringeren Eingriffs- und etwas größeren Ausgleichsflächen. Die Argumente zur Darlegung des öffentlichen Interesses am Pumpspeicherkraftwerk stammten aus einem vom Land Steiermark beauftragten Gutachten der Technischen Universität Wien vom März 2018, die im E-Mail der Geschäftsführerin teilweise zusammengefasst und redaktionell bearbeitet worden waren.
- Im Zusammenhang mit Rodungen bei einem Gewerbepark in Zeltweg übermittelte ein damaliger UVP-Referent im September 2017 einen Bescheidentwurf zur Abweisung eines Antrags auf Verlängerung der im UVP-Bescheid festgelegten Fertigstellungsfrist – neben der Leiterin der Abteilung 13 – auch der oben genannten Geschäftsführerin, die den Projektwerber vertrat. Die Endfassung des Bescheids wies demgegenüber keine relevanten Änderungen auf.
- Bei einer Anlage zur Papiererzeugung in Gratkorn übermittelte ein damaliger UVP-Referent im April 2020 in Absprache mit der Leiterin der Abteilung 13 Bescheidentwürfe für eine UVP-Detailgenehmigung sowie eine Teilabnahme vorab an einen Anwalt des Projektwerbers zur Durchsicht und Rückmeldung. Zwischen den übermittelten Dokumenten und den Endfassungen der Bescheide gab es geringe Unterschiede.

26.2 Der RH wies kritisch darauf hin, dass für mindestens drei Verfahren ein E-Mail-Verkehr von Bevollmächtigten von Projektwerbern an Bedienstete der UVP-Behörde vorlag, der Textteile bzw. Formulierungen der jeweiligen Entscheidungen zum Inhalt hatte. Ein Vertreter der UVP-Behörde übermittelte in mindestens zwei Verfahren Bescheidentwürfe zur Abstimmung der Projektwerberseite.

Der RH betonte, dass die Durchführung von Bewilligungsverfahren und die Erstellung von Bescheiden hoheitliche Kernaufgaben waren, die nicht an Externe ausgelagert werden durften. Dies galt insbesondere für die rechtliche Würdigung und Interessenabwägungen, von deren Ergebnis die Bewilligungsfähigkeit der Vorhaben und die Entscheidung in der Sache abhingen. Inwieweit sich aus den vom RH erhobenen Sachverhalten eine inhaltliche Einflussnahme von Projektwerberseite auf die Bescheiderstellung ableiten ließ bzw. strafrechtlich relevant war, blieb für den RH in Anbetracht der ihm zur Verfügung stehenden Prüfungsinstrumente offen bzw. war eine entsprechende Beurteilung nicht seine Aufgabe.

Der RH empfahl, dafür zu sorgen, dass hoheitliche Kernaufgaben – insbesondere die rechtliche Würdigung und Interessenabwägung – durch die zuständige Behörde selbst durchgeführt werden.

- 26.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark werde dieser Empfehlung nachgekommen.

Abnahmeprüfungen und Auflagenverwaltung

- 27.1 (1) Nach Fertigstellung eines Vorhabens hatte die UVP-Behörde das Vorhaben darauf zu überprüfen, ob es der Genehmigung entsprach, und darüber einen Bescheid zu erlassen. Sie konnte nachträglich geringfügige Abweichungen genehmigen, wenn sie nach den Ergebnissen der UVP den Genehmigungskriterien nicht widersprachen und die von den Änderungen betroffenen Parteien Gelegenheit hatten, ihre Interessen wahrzunehmen.⁷⁸ In der Regel ging die Zuständigkeit zur Vollziehung der für die Genehmigung relevanten Vorschriften mit Rechtskraft des Abnahmebescheids auf die Materienbehörden über.⁷⁹

(2) Im überprüften Zeitraum schloss die UVP-Behörde elf Abnahmeverfahren ab, elf Verfahren waren mit Ende 2021 noch offen (TZ 16), mit Stand Ende April 2021 durchschnittlich seit bereits über 4,5 Jahren.

Die Projektwerber zeigten der UVP-Behörde die Fertigstellung des Vorhabens an und legten für das Abnahmeverfahren Unterlagen vor; letzteres in mehreren Fällen einige Monate nach der Fertigstellungsanzeige, bei der Ortsumfahrung Hausmannstätten fünf Jahre nach der Teilfertigstellungsanzeige und der Verkehrsfreigabe im Jahr 2012. Die UVP-Behörde holte von Sachverständigen Fachgutachten darüber ein, ob beantragte Abweichungen bei einem Vergleich mit der erteilten Genehmigung geringfügig waren, ob andere nachteilige Auswirkungen auf Nachbarn möglich

⁷⁸ § 20 UVP-G 2000 i.d.g.F.

⁷⁹ § 21 UVP-G 2000 i.d.g.F.

waren und ob die Abweichungen mit den Ergebnissen der UVP im Einklang standen. Weiters hatten die Sachverständigen zu beurteilen, ob die Auflagen des Genehmigungsbescheids erfüllt bzw. Auflagen aufzuheben, abzuändern oder zusätzlich vorzuschreiben waren.

(3) Die meisten UVP–Genehmigungs– und Änderungsbescheide enthielten eine Frist für die Bauvollendung, teilweise auch für den Baubeginn oder Fristen aufgrund von Materienrechten (z.B. Wasserrecht, Forstrecht). Bei manchen Vorhaben war im Genehmigungs– oder Abnahmebescheid der Zeitpunkt der Nachkontrolle anzugeben (TZ 28). Mehrere Genehmigungsbescheide, insbesondere jener für das Pumpspeicherkraftwerk Koralm⁸⁰, enthielten Auflagen für die Detailplanungs– und Ausführungsphase, die Abstimmungen mit der UVP–Behörde bzw. eine Vorlage von Planungen oder Überwachungsberichten zu bestimmten Zeitpunkten vorgaben. Bei Straßenbauvorhaben waren auf Grundlage des UVP–G 2000 zum Teil auch Lärm-messungen in der Betriebsphase vorgeschrieben, für deren Kontrolle die UVP–Behörde in der Betriebsphase zuständig war.

Zur Zeit der Überprüfung bestand in der Abteilung 13 kein System, mit dem Fristen und Auflagen aus Bescheiden unabhängig von bestimmten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern verwaltet werden konnten. Laut Angaben der Abteilung 13 gründeten sich die Bescheidauflagen grundsätzlich auf die anzuwendenden Materienengesetze und gehe die Zuständigkeit für die Überprüfung solcher Auflagen nach der Abnahme des Vorhabens auf die sachlich und örtlich zuständigen Materienbehörden über. Eine Fristsetzung habe sich für die UVP–Behörde bisher erübrigt, weil sich keine Auflagen speziell auf das UVP–G 2000 bezogen hätten.

27.2 Der RH hielt fest, dass die UVP–Behörde die Abnahmeverfahren unter Einbeziehung von Sachverständigen abwickelte, die die Einhaltung der Auflagen überprüften.

Er wies kritisch auf die nach Fertigstellung der Vorhaben über mehrere Jahre laufenden und zur Zeit der Überprüfung noch offenen Abnahmeverfahren hin. Dies lag auch daran, dass die Projektwerber die Abnahmeunterlagen zum Teil erst mit deutlichem Verzug vorlegten. Da die Zuständigkeit für die Vollziehung der Vorschriften in der Regel erst mit Rechtskraft des Abnahmebescheides auf die Materienbehörden übergang, war die UVP–Behörde somit zeitweise auch in der Betriebsphase für die Überprüfung der Einhaltung von Auflagen zuständig.

Der RH empfahl, Abnahmeverfahren zeitnah nach Projektfertigstellung durchzuführen und abzuschließen.

⁸⁰ zur Zeit der Überprüfung durch den RH noch nicht rechtskräftig

Darüber hinaus verwies er auf seine Empfehlung in TZ 23, auf eine zeitnahe Übermittlung der Projektunterlagen, hier jene zur Abnahme, durch die Projektwerber zu achten.

Der RH bemängelte, dass die Abteilung 13 über kein System verfügte, mit dem Fristen und Auflagen aus Genehmigungsbescheiden unabhängig von bestimmten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern verwaltet werden konnten. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf seine Feststellungen und Empfehlungen in seinem Bericht „Nachkontrollen gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz bei Bundesstraßen“⁸¹.

Der RH hielt fest, dass die meisten UVP–Genehmigungs– und Änderungsbescheide in der Steiermark Fristen und entgegen den Ausführungen der Abteilung 13 auch mehrere Bescheide von der UVP–Behörde zu kontrollierende relevante Auflagen enthielten.

Er empfahl daher, ein System (z.B. datenbankunterstützt) einzuführen, mit dem die Termine der für die UVP–Behörde relevanten Fristen bzw. Auflagen – unabhängig von jeweiligen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern – verwaltet werden können.

- 27.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark sei die zeitnahe und fristgemäße Durchführung dieser Verfahren gesetzlich jedenfalls geboten. Es sei bislang allerdings aufgrund der unzureichenden personellen Ausstattung im Verhältnis zum Arbeitsaufwand bzw. Aktenrückstand nicht möglich gewesen, alle anfallenden Aufgaben zeitnah zu erfüllen. Die Durchführung der UVP–Genehmigungsverfahren sei daher priorisiert worden. Für die Überwachung und Erhebung würde es eigener Kontrollorgane bedürfen, die nicht vorhanden seien.

Der Vorschlag des RH, ein System einzuführen, mit dem die Termine der für die UVP–Behörde relevanten Fristen bzw. Auflagen verwaltet werden können, werde aufgegriffen. Es werde nach einer technisch möglichen und effizienten Lösung zur Fristenverwaltung gesucht. Dabei müsse jedoch jedenfalls berücksichtigt und gewährleistet werden, dass diese Lösung nicht nur der UVP–Behörde, sondern auch den mitwirkenden Behörden zur Verfügung gestellt werden könne, da in den überwiegenden Fällen die UVP–Behörde lediglich bis zur Abnahme des Vorhabens zuständig sei.

⁸¹ Reihe Bund 2019/13, TZ 11 bis TZ 13

Nachkontrollen

28.1 (1) Die Materienbehörden hatten auf Initiative der UVP–Behörde frühestens drei, spätestens fünf Jahre nach Anzeige der Fertigstellung bzw. zu dem im Genehmigungsbescheid festgelegten Zeitpunkt eine Nachkontrolle durchzuführen, ausgenommen davon waren vereinfachte Verfahren. Dabei hatten sie zu überprüfen, ob der Genehmigungsbescheid eingehalten wurde und ob die Annahmen und Prognosen der UVP mit den tatsächlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt übereinstimmten. Die Ergebnisse waren der UVP–Behörde und der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zu übermitteln. Die zuständigen Behörden hatten die Beseitigung von Mängeln und Abweichungen, die im Rahmen der Nachkontrolle wahrgenommen wurden, zu veranlassen.⁸²

(2) Laut Angaben der Abteilung 13 fanden im überprüften Zeitraum Nachkontrollen zu acht Vorhaben statt. Für die Vorhaben Deponie Emberg und Gasverdichterstation Weitendorf erfolgte die Nachkontrolle innerhalb der bescheidmäßig festgelegten Frist, bei den anderen Vorhaben 1,3 bis 10,4 Jahre nach der Frist.⁸³

(3) Wie der RH erhob, hätten im überprüften Zeitraum für zumindest vier weitere Vorhaben Nachkontrollen stattfinden müssen.⁸⁴ Gemäß Mitteilung der Abteilung 13 unterblieben für diese Vorhaben laut Aktenlage Nachkontrollen. Sie führte dazu die angespannte Personalsituation ins Treffen und verwies auf einen Kommentar zum UVP–G 2000, laut dem die Nachkontrolle nach dem bescheidmäßig festgelegten Endzeitpunkt nicht mehr durchgeführt werden dürfe. Die Nachkontrolle sei nicht mehr zulässig, wenn kein Termin festgelegt worden oder die Abnahmeprüfung noch nicht abgeschlossen sei und nach der Fertigstellungsanzeige fünf Jahre verstrichen seien.⁸⁵ Laut Rundschreiben zur Durchführung des UVP–G 2000 des Bundesministeriums für Land– und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft aus 2015 bewirkte der Ablauf dieser Fristen nicht die Hinfälligkeit der Nachkontrolle, sondern vielmehr deren dringende Fälligkeit.

Im vom RH vertieft überprüften Akt zur Nachkontrolle einer Deponie in Leoben fanden sich keine Dokumentation über die angesetzte örtliche Erhebung und kein Bericht über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen. Im Akt zur Nachkontrolle der Deponie Emberg fehlten die Stellungnahmen betreffend Forsttechnik und Waldökologie sowie Naturschutz. Die UVP–Datenbank der UBA–GmbH (TZ 16) enthielt

⁸² § 22 UVP–G 2000 i.d.g.F.

⁸³ Reststoffdeponie in Leoben, Kraftwerk Gössendorf/Kalsdorf sowie die vier in der Steiermark gelegenen Abschnitte der Trans–Austria–Gasleitung

⁸⁴ Erweiterung der Deponie Paulisturz, Kraftwerk Rothleiten, Kraftwerk Mellach, Erweiterung des bestehenden Rohstoffabbaus von Kalkschiefer im Naintschgraben

⁸⁵ Köhler/Schwarzer, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (1997) § 21 Rz 4

Angaben zur Nachkontrolle nur für die Vorhaben Gasverdichterstation Weitendorf und die vier Abschnitte der Trans–Austria–Gasleitung.

- 28.2 Der RH kritisierte, dass die UVP–Behörde bei vier von zwölf Vorhaben ihrer Pflicht nicht nachgekommen war, die gesetzlich vorgesehene Nachkontrolle zu initiieren, und dass die Nachkontrollen bei weiteren Vorhaben zum Teil erst deutlich verspätet erfolgten. Die im Zuge der Überprüfung geäußerte Ansicht der Abteilung 13, wonach die Nachkontrolle nach dem bescheidmäßig festgelegten Endzeitpunkt nicht mehr durchgeführt werden dürfe, deckte sich nicht mit dem vorliegenden Verwaltungshandeln, zumal Nachkontrollen zwischen 1,3 bis 10,4 Jahre nach Fristablauf stattgefunden hatten. Bei zwei vom RH vertieft überprüften Vorhaben war für den RH wegen fehlender Dokumentation nicht nachvollziehbar, ob die Nachkontrollen entsprechend den Vorgaben durchgeführt worden waren. Er wies zudem darauf hin, dass die UVP–Datenbank der UBA–GmbH auch hinsichtlich der in der Steiermark durchgeführten Nachkontrollen unvollständig war. Der im überprüften Zeitraum auf die Nachkontrollen entfallende Zeitaufwand von durchschnittlich 27 Stunden pro Jahr (TZ 11) könnte auf deren nachrangige Bedeutung in der UVP–Behörde hinweisen.

Der RH verwies dazu auf seinen Bericht „Nachkontrollen gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz bei Bundesstraßen“⁸⁶, in dem er Schwächen im System der Nachkontrolle aufgezeigt hatte. Auch hatte er eine Änderung des UVP–G 2000 dahingehend angeregt, dass die Nachkontrolle nicht als einmaliges Instrument eingesetzt wird, sondern ihren fachlichen Anforderungen im Wege von Auflagenkontrollen in der Betriebsphase zu den jeweils projekt– bzw. fachspezifisch zweckmäßigen Zeitpunkten Rechnung getragen wird.

Vor dem Hintergrund der geltenden Rechtslage empfahl der RH, den gesetzlichen Erfordernissen zu Überprüfungen von Vorhaben fristgerecht und vollinhaltlich nachzukommen.

- 28.3 Das Land Steiermark verwies auf seine Stellungnahme zu TZ 27.

⁸⁶ Reihe Bund 2019/13, TZ 20

Verwaltungsstrafverfahren

29.1 (1) Die UVP-Behörde war auch für die Vollziehung der Verwaltungsstrafbestimmungen nach dem UVP-G 2000 zuständig. Die Abteilung 13 nahm diese Zuständigkeit für die Landesregierung wahr; die Zuständigkeit betraf die Verwaltungsstrafverfahren nach dem 1. und 2. Abschnitt des UVP-G 2000 bei folgenden Sachverhalten: UVP-pflichtige Vorhaben ohne Genehmigung, Vorhabensänderungen ohne Genehmigung, Verstoß gegen Auflagen und sonstige Pflichten aus dem UVP-Bescheid, die in der Zuständigkeit der UVP-Behörde lagen, Unterlassen der Fertigstellungsanzeige.

(2) Im überprüften Zeitraum führte die UVP-Behörde acht Strafverfahren, wovon sechs einem einzigen Vorhaben zuzuordnen waren. In allen Fällen erstatteten Nachbarn, Umweltorganisationen bzw. in einem Verfahren eine Gemeinde als Baubehörde Anzeige bei der UVP-Behörde. In keinem der Verfahren wurde die UVP-Behörde von Amts wegen tätig. Die Verwaltungsstrafverfahren dauerten durchschnittlich acht Monate, die UVP-Behörde erledigte alle Verfahren innerhalb eines Jahres. Sieben Verwaltungsstrafverfahren stellte die UVP-Behörde ein, da keine Verwaltungsübertretung festgestellt oder bewiesen war oder die Verfolgung bereits verjährt war. In einem Verfahren machte die UVP-Behörde von der Möglichkeit Gebrauch, das Verfahren an die örtlich zuständige Bezirkshauptmannschaft zu delegieren.

(3) Im Fall einer Schweinezuchtanlage in Schwarzaual erhob die UVP-Behörde aus Anlass eines Antrags auf Genehmigung einer geplanten Kapazitätserweiterung im Jahr 2017 den tatsächlichen Tierbestand im Rahmen des Investorenservices (TZ 21). Der Amtstierarzt und die Umweltinspektionsstelle stellten fest, dass die gesetzlich vorgesehenen Schwellenwerte um mindestens das Dreifache überschritten wurden. Daraufhin erwog die UVP-Behörde die Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens. Für die UVP-Behörde stand fest, dass die bestehenden Stallgebäude des Schweinezuchtbetriebs zur Gänze über rechtskräftige Baugenehmigungen verfügten. Aufgrund der Überschreitung der Zahl der Zuchtsauen forderte die UVP-Behörde den Betreiber auf, den rechtmäßigen Zustand herzustellen.

Die UVP-Behörde beurteilte letztlich die Intensität der Beeinträchtigung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes durch den Beschuldigten als gering und sah von der Einleitung eines Strafverfahrens ab. Im Genehmigungsverfahren zur Kapazitätserweiterung forderte die UVP-Behörde den Projektwerber auf, Einreichunterlagen innerhalb von zwei Monaten nachzureichen. Über ein Jahr nach Ablauf der Frist, im Dezember 2020, lag der UVP-Behörde schließlich eine UVE vor. Gemäß AVG⁸⁷ war ein Antrag zurückzuweisen, wenn der Projektwerber einen Mangel nicht innerhalb einer von der UVP-Behörde gesetzten angemessenen Frist behob. Der gesetzwid-

⁸⁷ § 13

rige Zustand bestand somit über drei Jahre, bevor die UVP–Behörde die Einreichunterlagen für das Genehmigungsverfahren erhielt, das zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustands durchzuführen war.

- 29.2 Der RH hielt kritisch fest, dass die UVP–Behörde im überprüften Zeitraum im Fall einer Schweinezuchtanlage in Schwarzaual kein Verwaltungsstrafverfahren von Amts wegen einleitete, obwohl über einen längeren Zeitraum der gesetzmäßige Zustand nicht hergestellt wurde. Obwohl der Projektwerber nicht innerhalb der von der UVP–Behörde gesetzten Frist Unterlagen zum Genehmigungsantrag einreichte, sah die UVP–Behörde von einer Zurückweisung ab. Sie kam damit ihrer Verpflichtung nicht nach, die Einhaltung des UVP–G 2000 durchzusetzen.

Der RH empfahl, den Verwaltungsstrafbestimmungen bei Übertretungen im UVP–Bereich nachzukommen. Bei festgestellten Gesetzesübertretungen wäre die zügige und wirksame Herstellung des gesetzmäßigen Zustands durchzusetzen.

- 29.3 Das Land Steiermark verwies auf seine Stellungnahme zu TZ 27. Zum Themenbereich Verwaltungsstrafverfahren wies es zudem darauf hin, dass der RH lediglich ein einziges Verfahren beanstandet habe und sich die Zuständigkeit der Landesregierung als Strafbehörde auf die Genehmigungsphase – abgesehen von Ausnahmen – beschränke, also auf die Zeit bis zum Zuständigkeitsübergang auf die Materienbehörden.
- 29.4 Der RH wies das Land Steiermark darauf hin, dass die Steiermärkische Landesregierung generell als UVP–Behörde für die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren zuständig war, wenn UVP–pflichtige Vorhaben ohne UVP–Genehmigung durchgeführt oder betrieben wurden. Diese Zuständigkeit bestand unabhängig vom Zuständigkeitsübergang von den bzw. auf die Materienbehörden.

Verfahren in mittelbarem Zusammenhang mit UVP–Verfahren und UVP–Feststellungsverfahren

Natur– und Landschaftsschutzgebiete

- 30.1 (1) Gemäß der Naturschutzstrategie Steiermark 2025 aus dem Jahr 2017 war es erforderlich, den Schutzbedarf der nicht von der EU vorgegebenen Schutzgebiete (z.B. Natur– und Landschaftsschutzgebiete⁸⁸) zu aktualisieren, da diese Schutzgebiete teilweise vor Jahrzehnten ausgewiesen worden waren und große Unterschiede hinsichtlich Schutzzweck, Zielerfüllung, Management und Aktualität der Grenzen bestanden.⁸⁹ Die Abteilung 13 übermittelte dem RH eine Liste mit 31 Naturschutzgebieten (von insgesamt 133 Naturschutzgebieten zur Zeit der Überprüfung), für die eine Revision erarbeitet worden war. Zur Evaluierung der zur Zeit der Überprüfung ausgewiesenen 36 Landschaftsschutzgebiete erstellte ein Planungsbüro im Jahr 2020 im Auftrag der Abteilung 13 eine Vorstudie mit einer steiermarkweiten Bewertung der Qualität und der Schutzwürdigkeit der Landschaft.

Das Protokoll „Naturschutz und Landschaftspflege“ der Alpenkonvention verpflichtete die Vertragsparteien, bestehende Schutzgebiete im Sinne ihres Schutzzwecks zu erhalten, zu pflegen und, wo erforderlich, zu erweitern sowie nach Möglichkeit neue Schutzgebiete auszuweisen.⁹⁰ Bei einer Verkleinerung eines naturschutzrechtlichen Schutzgebiets war laut einem Erkenntnis des VfGH⁹¹ eine ausreichende Interessenabwägung durchzuführen.

(2) Für das geplante Pumpspeicherkraftwerk Koralm stellte die UVP–Behörde im Jahr 2013 wegen der Lage im Landschaftsschutzgebiet Koralpe die UVP–Pflicht fest. Im Juni 2015 verordnete die Steiermärkische Landesregierung das Landschaftsschutzgebiet Koralpe mit geringerer Ausdehnung neu.⁹² Gemäß den Erläuterungen hätten sich die Rahmenbedingungen seit der Einrichtung des Gebiets im Jahr 1956 wesentlich geändert. Intensiv genutzte und anthropogen stark beeinflusste Bereiche, wie Forststraßen, Erschließungen, Starkstromleitungen, Schigebiete und Parkplätze sollten ausgeschieden werden. Die Abgrenzung sei u.a. anhand eines Fachgutachtens und einer Analyse der Universität für Bodenkultur erfolgt. Nach der Neuausweisung lag das geplante Pumpspeicherkraftwerk außerhalb des Land-

⁸⁸ gemäß § 7 und § 8 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017, LGBl. 71/2017 i.d.g.F.

⁸⁹ Gemäß Steiermärkischem Naturschutzgesetz 2017 hatten die Schutzgebietsverordnungen insbesondere den Zweck und die Ziele des Schutzes sowie die nach dem Schutzzweck erforderlichen Verbote bzw. Beschränkungen festzulegen.

⁹⁰ BGBl. III 236/2002 i.d.F. BGBl. III 113/2005, Art. 11 Abs. 1

⁹¹ VfGH 15. Dezember 2021, V425/2020–9

⁹² Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. Juni 2015 über die Erklärung von Gebieten der Koralpe zum Landschaftsschutzgebiet Nr. 1, LGBl. 43/2015

schaftsschutzgebiets. Damit entfiel die diesbezügliche Voraussetzung für die Feststellung der UVP-Pflicht.

Gemäß einem weiteren – von der Umweltanwältin beantragten – UVP-Feststellungsverfahren in den Jahren 2015 und 2016 war für das Vorhaben keine UVP durchzuführen. Gründe dafür waren, dass kein schutzwürdiges Gebiet im Sinne des UVP-G 2000 mehr vorlag und die relevanten Schwellenwerte für die Speicherkapazität und die Rodungsfläche nicht überschritten wurden. Der Bescheid erlangte wegen Beschwerden an das BVwG keine Rechtskraft. Im August 2016 stellte dieses die UVP-Pflicht des Vorhabens aufgrund eines anderen Tatbestands⁹³ fest.

Der Akt zur Verordnung über die Erklärung von Gebieten der Koralpe zum Landschaftsschutzgebiet befand sich zur Zeit der Überprüfung wegen mehrerer Beschwerden gegen den UVP-Bescheid für das Pumpspeicherkraftwerk Koralm beim BVwG (**TZ 1**). Im Juli 2022 stellte das BVwG den Antrag an den VfGH, die Verordnung aus 2015 zur Verkleinerung des Landschaftsschutzgebiets als gesetzwidrig aufzuheben, dies u.a. wegen unzureichender Grundlagenforschung, einer nicht nachvollziehbaren Begründung für die Verkleinerung sowie einer fehlenden Interessenabwägung im Sinne des Protokolls „Naturschutz und Landschaftspflege“ der Alpenkonvention.

- 30.2 Der RH hielt fest, dass das Land Steiermark gemäß seiner Naturschutzstrategie aus dem Jahr 2017 eine landesweite Überarbeitung seiner teilweise vor Jahrzehnten ausgewiesenen naturschutzrechtlichen Schutzgebiete beabsichtigte und mit deren systematischer Analyse begann. Er merkte an, dass das Land Steiermark bereits zuvor das Landschaftsschutzgebiet Koralpe verkleinert und u.a. dadurch das Vorhaben Pumpspeicherkraftwerk Koralm – bis zum Erkenntnis des BVwG – als nicht UVP-pflichtig beurteilt hatte. Er wies darauf hin, dass die Verkleinerung von naturschutzrechtlichen Schutzgebieten im Widerspruch zu den Verpflichtungen der Alpenkonvention stehen konnte und – auch gemäß aktueller Rechtsprechung – einer ausreichenden Interessenabwägung bedurfte.

Der RH empfahl, die Evaluierung der Landschaftsschutzgebiete – unter Berücksichtigung der Alpenkonvention – voranzutreiben und abzuschließen, um insbesondere den Schutzzweck, die Schutzziele und die erforderlichen Beschränkungen in den einzelnen Landschaftsschutzgebieten klar festzulegen und so auch die Verfahrenssicherheit für die Genehmigung von Vorhaben zu erhöhen. Allfällige Änderungen wären im Zuge einer Interessenabwägung nachvollziehbar zu begründen.

⁹³ „Wasserkraftanlage“ (Anhang 1 Z 30 UVP-G 2000) statt „Stauwerke und sonstige Anlagen zur Zurückhaltung oder dauerhaften Speicherung von Wasser“ (Anhang 1 Z 31 UVP-G 2000)

- 30.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark erfordere die Überarbeitung der Landschaftsschutzgebiete umfangreiche fachliche Vorarbeiten auf Basis einer Analyse des Landschaftsraums, da große Teile der Steiermärkischen Landesfläche umfasst seien (rd. 33 %). Dazu seien luftbildbasierte Auswertungen und Vor-Ort-Erhebungen der konkreten Gebiete durchzuführen, um eine fundierte fachliche Grundlage für die Evaluierung der Verordnungen zu erstellen sowie rechtliche Erwägungen zu treffen. Aufgrund der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen hätten in den letzten Jahren im Verordnungsbereich nur jeweils höchstprioritäre Pflichtaufgaben umgesetzt werden können. Bei Schutzgebietsverordnungen seien dies die Meldung und Verordnung zusätzlicher Europaschutzgebiete aufgrund des Vertragsverletzungsverfahrens 2013/4077 gewesen.

Das Land Steiermark verwies in weiterer Folge auf die im Jänner 2023 umgesetzte neue Aufbauorganisation dieses Referats mit einem klar abgegrenzten Bereich für die Bearbeitung von Schutzgebieten, eine erste Erhöhung des Personalstands sowie weitere Personalanforderungen der Abteilung 13 im März 2023 für den Bereich Verordnungen. Durch die getroffenen Maßnahmen und die zusätzlichen Kapazitäten sollte die Bearbeitung der Landschaftsschutzgebiete – unter Berücksichtigung der gesetzlich und europarechtlich determinierten Verpflichtungen – in der erforderlichen Tiefe möglichst zeitnah erfolgen.

Natura 2000–Gebiete

- 31.1 (1) Infolge eines Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Kommission gegen die Republik Österreich⁹⁴ hatte das Land Steiermark aufgrund der Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie u.a. Flächen des prioritären natürlichen Lebensraumtyps „Artenreiche (sub–)montane Borstgrasrasen auf Silikatböden“ (in der Folge: **Borstgrasrasen**) für das europäische Schutzgebietsnetzwerk „Natura 2000“ nachzumelden.

Auf Grundlage einer vom Land Steiermark beauftragten Kartierung der Lebensräume aus 2014 machte das Land Steiermark im Oktober 2015 u.a. die Meldung von Teilen der Koralpe an die Europäische Kommission zur Aufnahme in das Schutzgebietsnetz Natura 2000 bekannt. Damit war das Gebiet gemäß Steiermärkischem Naturschutzgesetz 1976 vorläufig zu sichern. Es waren alle Handlungen unzulässig, die zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen konnten.⁹⁵ Im Dezember 2016 nahm die Europäische Kommission die gemeldeten Flächen der Koralpe in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung auf.⁹⁶

(2) Projekte, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzzwecks eines aufgrund europarechtlicher Vorgaben ausgewiesenen Gebiets (Europaschutzgebiet) führen konnten, waren gemäß Steiermärkischem Naturschutzgesetz 1976 von der Landesregierung auf ihre Verträglichkeit mit dem Schutzzweck zu prüfen. Diese Bestimmungen waren auch im Zeitraum zwischen der Meldung eines Gebiets an die Europäische Kommission und der Aufnahme in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung anzuwenden.⁹⁷ Es galten dabei auch die Ausnahmeregelungen, nach denen Projekte bei erheblichen Beeinträchtigungen aufgrund zwingender Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses bewilligt werden konnten.

Laut Rechtsprechung des EuGH mussten die vorgesehenen Schutzmaßnahmen und die Verträglichkeitsprüfung⁹⁸ nur für jene Gebiete erfolgen, die in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommen waren. Die Mitgliedstaaten waren jedoch verpflichtet, geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um die erhebliche ökologische Bedeutung dieser Gebiete auf nationaler Ebene zu wahren.⁹⁹ Sie durften keine Eingriffe zulassen, die die ökologischen Merkmale dieser Gebiete ernsthaft beeinträchtigen könnten. Denn die von den Mitgliedstaaten ausgewählten

⁹⁴ Nr. 2013/4077

⁹⁵ § 15a Steiermärkisches Naturschutzgesetz 1976

⁹⁶ Die Europäische Kommission stellte das Vertragsverletzungsverfahren nach der Meldung weiterer Gebiete mit Beschluss vom 25. Juli 2019 ein.

⁹⁷ § 15a Abs. 2 in Verbindung mit § 13b Steiermärkisches Naturschutzgesetz 1976 (analog dazu § 15 Abs. 3 in Verbindung mit § 28 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017)

⁹⁸ Art. 6 Abs. 2 bis 4 Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie

⁹⁹ EuGH 13. Jänner 2005, C–117/03 (Rn 25, Rn 26)

Gebiete mussten in dem Zeitpunkt, in dem die Kommission die Entscheidung über die Aufnahme traf, die Situation widerspiegeln, die den wissenschaftlichen Beurteilungen der potenziellen Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung zugrunde lag.¹⁰⁰ Unter bestimmten Umständen war eine nachträgliche Verträglichkeitsprüfung verpflichtend durchzuführen, wenn ein Projekt vor Aufnahme eines Gebiets in die europäische Liste bewilligt, aber noch nicht ausgeführt wurde.¹⁰¹

(3) Ab Dezember 2015 führte die Naturschutzbehörde auf Antrag des Projektwerbers ein Verfahren zur Naturverträglichkeitsprüfung des Pumpspeicherkraftwerks Koralm bezüglich des vorläufig gesicherten Natura 2000–Gebiets Koralpe; die UVP–Behörde ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass keine UVP–Pflicht bestand (TZ 30). Die Naturschutzbehörde hielt fest, dass das Projekt zwar zu erheblichen Beeinträchtigungen der für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen konnte, die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen aber quantitativ und qualitativ geeignet waren, den systematischen Zusammenhang des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000 sicherzustellen. Sie erteilte im Mai 2016 die Genehmigung aufgrund eines überwiegenden öffentlichen Interesses, da das Projekt maßgeblich günstige Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere auf die Forcierung und Unterstützung des Einsatzes und Ausbaus der erneuerbaren Energie und damit den Klimaschutz habe. Im Jänner 2018 erklärte die Naturschutzbehörde den Bescheid wegen der zwischenzeitlich durch das BVwG festgestellten UVP–Pflicht des Vorhabens auf Anregung der Umweltanwältin für nichtig.

Die Abteilung 13 argumentierte gegenüber dem RH, dass durch die Vorgaben des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 2017 zur Naturverträglichkeitsprüfung für an die Europäische Kommission gemeldete Gebiete ein vorläufiger Schutz zukünftiger Europaschutzgebiete gewährleistet sei und auch der Rechtsprechung des EuGH Rechnung getragen werde.

(4) Im – zur Zeit der Überprüfung nicht rechtskräftigen – UVP–Genehmigungsbescheid vom September 2021 für das Pumpspeicherkraftwerk Koralm stellte die UVP–Behörde aufgrund der großen Flächeninanspruchnahme des geschützten Lebensraumtyps ebenfalls eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzwecks des Natura 2000–Gebiets fest. Sie bewilligte das Vorhaben aufgrund eines überwiegenden öffentlichen Interesses wegen maßgeblich günstiger Auswirkungen auf die Umwelt. Daher waren Ausgleichsmaßnahmen in Form von Auflagen oder Bedingungen vorzuschreiben oder andere geeignete Maßnahmen zu setzen. Im UVP–Bescheid war vorgesehen, dass innerhalb des Schutzgebiets Flächen mit Standortpotenzial durch gezielte Maßnahmen zu Borstgrasrasen entwickelt werden und außerhalb des Schutzgebiets vorhandene Flächen dieses Lebensraumtyps in

¹⁰⁰ EuGH 14. September 2006, C–244/05 (Rn 41, Rn 46, Rn 49)

¹⁰¹ EuGH 14. Jänner 2016, C–399/14

sehr gutem Zustand unter Schutz gestellt und zivilrechtlich gesichert sowie weitere Flächen verbessert werden.

Die Umweltschützerin hatte im Rahmen des Verfahrens vorgebracht, dass die vorgesehenen – unmittelbar an das Natura 2000-Gebiet angrenzenden – Ausgleichsflächen bereits im ursprünglichen Schutzgebietsvorschlag an die Europäische Kommission zu melden gewesen wären und daher nicht als Ausgleichsflächen anzuerkennen waren.

Die Rechts- und Fachakten zum Natura 2000-Gebiet Koralpe befanden sich zur Zeit der Überprüfung wegen mehrerer Beschwerden gegen den UVP-Bescheid für das Pumpspeicherkraftwerk Koralpe beim BVwG (TZ 1).

- 31.2 Der RH kritisierte, dass die Naturschutzbehörde im Mai 2016 einen Eingriff in das an die Europäische Kommission gemeldete Natura 2000-Gebiet Koralpe trotz erheblicher Auswirkungen auf den Schutzzweck des Gebiets unter Anwendung von Ausnahmebestimmungen – überwiegendes öffentliches Interesse im Zusammenhang mit maßgeblichen günstigen Auswirkungen auf die Umwelt sowie Vorsehen von Ausgleichsmaßnahmen – bewilligte. Dies obwohl über die Aufnahme des Gebiets durch die Kommission noch nicht entschieden war. Der RH sah die unionsrechtliche Vorgabe zur Zulassung von Eingriffen – entgegen der Mitteilung der Abteilung 13 – auch im Steiermärkischen Naturschutzgesetz 2017 nicht vollinhaltlich berücksichtigt bzw. umgesetzt, weil Projekte auch vor diesem Zeitpunkt bei erheblichen Beeinträchtigungen aufgrund von zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses bewilligt werden konnten.

Zu den im UVP-Verfahren vorgesehenen Ausgleichsflächen für Eingriffe in das Natura 2000-Gebiet wies der RH kritisch darauf hin, dass für die vorgesehene Unterschutzstellung bestehender Flächen des Lebensraumtyps nicht der Projektwerber, sondern die Steiermärkische Landesregierung zuständig war, die dies zudem mit der Europäischen Kommission abstimmen musste. Er sah diesbezüglich ein erhebliches Verfahrensrisiko.

Naturdenkmale

- 32.1 An der Schwarzen Sulm stand in zwei Bereichen die „Wasserwelle des Fließgewässers ‚Schwarze Sulm‘ mit der dort bestehenden Flora und Fauna“ aufgrund von zwei Bescheiden der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg aus dem Jahr 2007 unter Schutz. Entsprechend den Ergebnissen der UVP zum Pumpspeicherkraftwerk Koralm würde die Realisierung des Vorhabens durch Wasserentnahmen zu einer Verringerung der Wasserführung auch in der Schwarzen Sulm und damit zu nachteiligen Auswirkungen auf die Wasserwelle im Bereich der beiden Naturdenkmale führen.

Gemäß Steiermärkischem Naturschutzgesetz 2017 durften Naturdenkmale nicht zerstört, in ihrem Bestand gefährdet oder sonst nachteilig verändert werden. Seit der Neufassung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes im Jahr 2017 war eine Erklärung zum Naturdenkmal u.a. dann aufzuheben, wenn mangels zumutbarer Alternativen ein anderes überwiegendes öffentliches Interesse höher zu bewerten war als das öffentliche Interesse an der Bewahrung des Naturdenkmals.¹⁰² Entsprechend dem Vorgängergesetz war ein Naturdenkmal aufzuheben gewesen, wenn der Zustand des Naturdenkmals die öffentliche Sicherheit gefährdete und eine Abhilfe nicht möglich war oder die für seine Erklärung maßgebend gewesenen Voraussetzungen weggefallen waren.¹⁰³ Der – zur Zeit der Überprüfung nicht rechtskräftige – UVP–Genehmigungsbescheid für das Pumpspeicherkraftwerk Koralm vom September 2021 enthielt auf Grundlage einer Interessenabwägung die Bestimmung, dass die Erklärungen zum Naturdenkmal mit Baubeginn des Vorhabens Pumpspeicherkraftwerk Koralm aufgehoben werden.

Zuvor hatte das Referat Naturschutz von der Fachabteilung Verfassungsdienst im Juni 2018 eine Stellungnahme zur Zuständigkeit für die Aufhebung der Naturdenkmale eingeholt. Demnach war die UVP–Behörde für die Aufhebung einer Erklärung zum Naturdenkmal sachlich zuständig, weil eine einzelfallbezogene Interessenabwägung zu erfolgen hatte; eventuell wäre noch die Zuständigkeit der Steiermärkischen Landesregierung als Naturschutzbehörde außerhalb des UVP–Verfahrens plausibel gewesen. Die Aufhebung der Erklärungen zum Naturdenkmal sowie die Zuständigkeit dafür waren Gegenstand mehrerer Beschwerden gegen den Genehmigungsbescheid an das BVwG.

- 32.2 Der RH hielt fest, dass die Aufhebung der Erklärungen zum Naturdenkmal an der Schwarzen Sulm auf Grundlage einer Alternativenprüfung und Interessenabwägung – seit der Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes im Jahr 2017 – naturschutzrechtlich möglich war.

¹⁰² § 24 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017 i.d.g.F.

¹⁰³ § 18 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 1976 i.d.F. LGBl. 55/2014

Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie

33.1 (1) Von den 23 im überprüften Zeitraum anhängigen UVP–Genehmigungsverfahren (TZ 16) betrafen sieben Windkraftanlagen¹⁰⁴; für drei Windkraftanlagen¹⁰⁵ fanden im überprüften Zeitraum Abnahmeverfahren statt.

(2) Im Land Steiermark gab es seit 2013 für die überörtliche Raumordnung das „Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie“¹⁰⁶ (in der Folge: **Sachprogramm Windenergie**). Ziel war es, überörtliche Vorgaben zum raumverträglichen Ausbau der Windenergie in der Steiermark festzulegen und dadurch einen erhöhten Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in der Steiermark zu ermöglichen. Im Sachprogramm Windenergie waren für den Geltungsbereich der Alpenkonvention verschiedene Zonen ausgewiesen:

- In Ausschlusszonen war die Errichtung von Windkraftanlagen unzulässig.
- In Vorrangzonen war die Neuerrichtung von Windkraftanlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von mindestens 15 MW zulässig. Bei Erweiterungen bestehender Anlagen musste eine elektrische Gesamtleistung von mindestens 7,5 MW erreicht werden oder bereits vor der Erweiterung eine UVP durchgeführt worden sein. Vorrangzonen waren überörtliche Widmungsfestlegungen.
- In Eignungszonen waren auch kleinere Anlagen zulässig, bedurften aber vor der Bewilligung einer Flächenwidmung durch die Gemeinde.

Das Sachprogramm Windenergie war spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten am 1. August 2013 zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.

(3) Gemäß der von der Steiermärkischen Landesregierung im November 2017 beschlossenen Klima– und Energiestrategie Steiermark 2030 sollte u.a. der Anteil an erneuerbarer Energie von rd. 28 % am Bruttoendenergieverbrauch (Stand 2015) auf 40 % angehoben werden.¹⁰⁷ Der Anteil in der Steiermark lag zwar deutlich über dem EU–Schnitt von rd. 17 %, jedoch unter dem österreichweiten Durchschnitt von 33 %. Wegen der bereits hohen Anteile an Biomasse und Wasserkraft sollten deutlich höhere Anteile der Windkraft und der direkten Sonnennutzung erreicht werden (TZ 34).

¹⁰⁴ Windparks Stubalm, Stanglalm, Pretul 2, Gruberkogel, Steinriegel 3, Soboth, Freiländeralm 2

¹⁰⁵ Windparks Handalm, Pretul, Steinriegel 2

¹⁰⁶ Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Juni 2013, mit der ein Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie erlassen wird, LGBl. 72/2013 i.d.F. LGBl. 91/2019

¹⁰⁷ Gemäß dem Energiebericht 2021 lag der Anteil erneuerbarer Energien im Jahr 2019 bei 29,9 % und 2020 aufgrund des infolge der COVID–19–Pandemie gesunkenen Endenergieverbrauchs bei kontinuierlichem Ausbau bei 32 %.

Auf Grundlage des Sachprogramms Windenergie waren mit Stand Herbst 2016 Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 390 MW in Betrieb, genehmigt bzw. im Genehmigungsverfahren oder durch Leistungssteigerung ausbaubar. Laut Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 sei das Potenzial der im Sachprogramm Windenergie definierten Vorrang- und Eignungszonen damit größtenteils ausgenutzt. Das technisch vorhandene und unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte nutzbare Windkraftpotenzial in der Steiermark wurde mit rd. 1 GW geschätzt.

(4) Die Evaluierung des Sachprogramms Windenergie erfolgte federführend durch die Abteilung 17 Landesentwicklung (in der Folge: **Abteilung 17**), die Abteilung 13 war für das rechtliche Raumordnungsverfahren zuständig. Im Zuge der Evaluierung fanden Informationsveranstaltungen mit Windparkbetreibern sowie Umweltorganisationen und Interessenvertretungen statt. Amtssachverständige beurteilten von Windparkbetreibern vorgeschlagene Standorte aus Sicht ihrer Fachbereiche. Der Überarbeitung lagen auch vom Land beauftragte ökologische Studien zugrunde.

Die Abstimmungsprozesse und Beurteilungen der einzelnen Standorte führten zu einem neuen Vorschlag über Vorrang-, Eignungs- und Ausschlusszonen, für den eine (strategische) Umweltprüfung und ein Begutachtungsverfahren gemäß steiermärkischem Raumordnungsgesetz 2010¹⁰⁸ durchgeführt wurden. Eine systematische Übersicht über die Bewertungen der einzelnen Standorte auf der Basis von Eignungs- und Ausschlusskriterien lag nicht vor.

Mit dem im November 2019 verordneten Sachprogramm Windenergie konnten in den neuen Vorrangzonen in Summe etwa 80 Windkraftanlagen errichtet werden, was einer möglichen Gesamtleistung von rd. 300 MW entsprach.

Zwei der drei im überprüften Zeitraum UVP-rechtlich bewilligten Windkraftanlagen lagen innerhalb der im Jahr 2013 ausgewiesenen Vorrangzonen. Von den nach der Änderung des Sachprogramms Windenergie ab Februar 2020 beantragten vier UVP-Vorhaben lagen eines in einer seit 2013 bestehenden Vorrangzone¹⁰⁹, zwei zur Gänze¹¹⁰ und eines größtenteils¹¹¹ innerhalb einer 2019 neu ausgewiesenen Vorrangzone.

(5) Die Vorrangzone Soboth umfasste auch 40 ha des Natura 2000-Gebiets Koralpe mit dem geschützten Lebensraumtyp Borstgrasrasen (**TZ 31**). Die Abteilung 17 hatte vorgeschlagen, die Vorrangzone südlich des Natura 2000-Gebiets auszuweisen.

¹⁰⁸ LGBl. 49/2010 i.d.F. LGBl. 117/2017

¹⁰⁹ Windpark Steinriegel 3

¹¹⁰ Windparks Gruberkogel und Soboth

¹¹¹ Windpark Freiländeralm 2

Nach einer Abstimmung mit dem Büro des für Raumordnung zuständigen Landesrats¹¹² im April 2019 wurde auch das Natura 2000–Gebiet in die Vorrangzone einbezogen. Der Abteilung 17 lag ein Planentwurf eines Windkraftbetreibers¹¹³ vor, in dem Windkraftanlagen außerhalb der kartierten Borstgrasrasen situiert waren. Der Umweltbericht zur strategischen Umweltprüfung nannte das Natura 2000–Gebiet, unverträgliche Auswirkungen schloss er in der landesweiten Betrachtung für die Vorrangzone Soboth aus. Gemäß dem Projektstand zur Zeit der Einschau des RH an Ort und Stelle waren die Windkraftanlagen nach einer Projektänderung außerhalb des Natura 2000–Gebiets geplant.

- 33.2 Der RH anerkannte, dass das Land Steiermark Standorte für Windkraftanlagen auf überörtlicher Ebene – im Rahmen der Erstellung und Evaluierung eines Raumordnungsprogramms – plante, abstimmte und festlegte. Da im überprüften Zeitraum die UVP–pflichtigen Windkraftanlagen – zumindest größtenteils – in einer ausgewiesenen Vorrangzone beantragt wurden, sah der RH die Steuerungswirkung des Raumordnungsprogramms als gegeben an. Der RH wies aber darauf hin, dass die im Sachprogramm Windenergie 2019 ausgewiesenen Vorrangzonen nicht ausreichen werden, um das in der Klima– und Energiestrategie Steiermark 2030 angesetzte Windkraftpotenzial mit einer Leistung von rd. 1 GW zu erreichen.

Zur Beurteilung und Auswahl der einzelnen Standorte für Windkraftanlagen vermisste der RH eine systematische Übersicht über die Bewertungen der einzelnen Standortvorschläge auf der Basis von Eignungs– und Ausschlusskriterien.

Er empfahl daher, bei der nächsten Evaluierung des Sachprogramms Windenergie Standortvorschläge für Windkraftanlagen systematisch auf der Basis von Eignungs– und Ausschlusskriterien zu bewerten und darzustellen.

Der RH wies darauf hin, dass die Vorrangzone Soboth entgegen dem Fachvorschlag der Abteilung 17 in der Verordnung der Landesregierung auch auf einer Teilfläche des Natura 2000–Gebiets Koralpe ausgewiesen wurde, wenngleich der zur Zeit der Überprüfung vorliegende Projektentwurf dort keine Windkraftanlagen vorsah. Auch wenn sich ein Vorhaben in einem solchen Gebiet im Einzelfall als genehmigungsfähig erweisen kann, sah er im Hinblick auf das Verschlechterungsverbot aufgrund der Fauna–Flora–Habitat–Richtlinie ein erhebliches Verfahrensrisiko.

Der RH empfahl daher, bei der nächsten Evaluierung des Sachprogramms Windenergie stärker und methodisch nachvollziehbar auf Schutzgebiete Bedacht zu nehmen, um die Verfahrensrisiken für die erforderlichen Genehmigungsverfahren möglichst gering zu halten.

¹¹² Anton Lang

¹¹³ Energie Steiermark Green Power GmbH

- 33.3 Das Land Steiermark verwies in seiner Stellungnahme auf die herangezogenen Eignungs- und Ausschlusskriterien wie Wildökologie, Landschaftsbild, Naturschutz sowie Siedlungsraum und darauf, dass für die weitere Bearbeitung von neuen Windkraftstandorten in der Steiermark eine laufende Dokumentation und eine zusammenfassende Darstellung der fachlichen Beurteilungen zu (potenziellen) neuen Standorten vorgesehen sei.

In der Abwägung verschiedener Abgrenzungsvarianten der Vorrangzone Soboth sei neben dem vorhandenen Schutzgut im Natura 2000-Gebiet vor allem die Gesamtstandortkonfiguration zu beachten gewesen. Mit der Begrenzung der Vorrangzone südlich des Natura 2000-Gebiets wäre die Ausnutzung des Gesamtstandorts reduziert gewesen (mindestens zwei Windkraftanlagen weniger), jedoch wären auch potenzielle kumulative Auswirkungen mit weiter nördlich gelegenen Windparkprojekten (teilweise in Kärnten) reduziert gewesen. In Kenntnis des im jedenfalls erforderlichen UVP-Verfahren zu gewährleistenden Schutzes des „Borstgrasrasens“ als Schutzgut des Natura 2000-Gebiets und mit dem Ziel eines möglichst effektiven Ausbaus der erneuerbaren Energie in der Steiermark unter Ausnutzung des gegebenen Flächenpotenzials sei schließlich die nunmehr verordnete Abgrenzungsvariante gewählt worden.

- 33.4 Der RH verwies darauf, dass trotz des Abwägungsprozesses zwischen Energiewirtschaft und Natur- und Landschaftsschutz ein erhebliches Verfahrensrisiko bestand, weil auch eine Teilfläche des Natura 2000-Gebiets Koralpe in eine Vorrangzone für Windkraftanlagen einbezogen wurde.

Exkurs: Entwicklungsprogramm für den Sachbereich erneuerbare Energie

- 34.1 (1) Die Klima– und Energiestrategie Steiermark 2030 des Landes Steiermark aus 2017 sah u.a. die verstärkte Nutzung von Sonnenenergie vor (TZ 33). Im August 2020 beauftragte die Steiermärkische Landesregierung die Abteilungen 13, 15 und 17, die räumlichen Potenziale für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger darzustellen und – im Rahmen eines Dialogs mit Interessenvertretungen, z.B. der Landwirtschaftskammer Steiermark – u.a. geeignete Maßnahmen zur räumlichen Steuerung zu erarbeiten, um den Ausbau der erneuerbaren Energieträger und der erforderlichen Energieübertragungsinfrastruktur zu forcieren.

(2) Das Land Steiermark begann im Frühjahr 2021 mit der Überarbeitung seiner Klima– und Energiestrategie Steiermark 2030. Gemäß Mitteilung an den RH sollte die weitere Bearbeitung erst nach dem Vorliegen von Bundesvorgaben – Klimaschutzgesetz, Erneuerbare Wärmegezet und Energieeffizienzgesetz – erfolgen.

Der Aktionsplan 2022–2024 des Landes Steiermark zur Klima– und Energiestrategie Steiermark 2030 orientierte sich daher an den geltenden Klima– und Energiezielen der EU. Laut diesem Aktionsplan sollte ein Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Erneuerbare Energie den Schwerpunkt auf die Nutzung der Sonnenenergie legen. Dabei war die Flächenkonkurrenz zu Böden mit hoher Ertragskraft und landwirtschaftlicher Wertigkeit zu berücksichtigen. Auf Basis einer vom Land Steiermark beauftragten Studie der Österreichischen Energieagentur – Austrian Energy Agency vom Juni 2021 identifizierte der Aktionsplan 2022–2024 einen zusätzlichen Bedarf an Photovoltaik–Leistung von knapp 3 GW bis 2030 (bei einem Bestand von 0,4 GW im Jahr 2018). Für 40 % der erforderlichen Photovoltaik–Anlagen bestanden laut Studie Potenziale auf Gebäuden, Verkehrsflächen und Deponien. 60 % der Photovoltaik–Anlagen waren – im Ausmaß von 24 km² – demnach auf Freiflächen zu errichten. Das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Erneuerbare Energie war zur Zeit der Überprüfung noch in Arbeit.

- 34.2 Der RH wies darauf hin, dass gemäß den vorliegenden Daten auch bei vollständiger Ausnutzung der Potenziale für Photovoltaik–Anlagen auf Gebäuden, Verkehrsflächen und Deponien große Freiflächen zur Nutzung von Sonnenenergie erforderlich wären, um die Ziele des Landes zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen zu erreichen.

In diesem Zusammenhang erachtete der RH es als zweckmäßig, dass das Land Steiermark neben dem Sachprogramm Windenergie (TZ 33) ein weiteres raumordnerisches Entwicklungsprogramm für erneuerbare Energieträger ausarbeitete. Dessen Schwerpunktlegung auf die Sicherung der Flächen für die Nutzung der

Sonnenenergie war für ihn angesichts des prognostizierten hohen Flächenbedarfs und der Konkurrenz mit anderen Nutzungen nachvollziehbar. Er erachtete es aber auch als erforderlich, Flächen für den künftigen Ausbau der Energieübertragungsinfrastruktur raumordnerisch zu sichern. Er verwies diesbezüglich auf seinen Bericht „Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte“, in dem er u.a. empfohlen hatte, die Instrumente der Raumordnung für eine vorsorgliche Flächenfreihaltung von Infrastrukturprojekten auch im Starkstromwegebereich einzusetzen.¹¹⁴

Der RH wies überdies auf die verstärkte Dringlichkeit beim Ausbau der regionalen erneuerbaren Energieproduktion hin, insbesondere vor dem Hintergrund der Energieversorgungs- und -sicherheitskrise und der internationalen Abhängigkeiten von Erdgas. Aufgrund der geopolitischen Herausforderung und der europäischen und nationalen Bestrebungen zu Klimaneutralität und Energiewende war nach Ansicht des RH ein besonderes Augenmerk auf die Vorhaben der Energiewende zu legen. Da ein Teil der Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien der UVP-Pflicht unterlag, waren die Verfahrenseffizienz und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Energiewende-Vorhaben wesentlich. Der RH verwies diesbezüglich auf seine Ausführungen zur Dauer der Verfahren (TZ 17).

- 34.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark sehe die Landes- und Regionalplanung in den Regionalen Entwicklungsprogrammen die Trassenfreihaltung für Verkehrstrassen und Trassen leitungsgebundener Infrastrukturen jeweils in § 2 Abs. 7 vor. Sofern konkrete Trassen von den Netzbetreibern bekannt gegeben würden, könnten diese zusätzlich als Planungsinformation in den Regionalplänen aufgenommen werden. Konkrete Trassenfreihaltungen könnten ausschließlich auf Fachgrundlagen aus dem Energiebereich aufbauen, wie dem in Bearbeitung befindlichen integrierten Netzinfrasturkturplan der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Es sei zu erwarten, dass die relevanten Trassierungsparameter bereits in den Planungen der Leitungsnetzbetreiber fachlich nach dem Stand der Technik umgesetzt würden und in der Trassenfreihaltung übernommen werden könnten. Essenziell sei hierzu die zügige Erarbeitung des integrierten Netzentwicklungsplans als Grundlage für weitere Umsetzungs- und Sicherungsarbeiten der Landesplanungen.
- 34.4 Der RH erwiderte, dass die Regionalen Entwicklungsprogramme zwar die Bestimmung enthielten, dass Trassen leitungsgebundener Infrastrukturen freizuhalten waren, in diesen die Trassen bzw. Korridore für überörtliche Energieübertragungsinfrastruktur jedoch nicht planlich ausgewiesen waren. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Auftrag der Landesregierung vom August 2020, nach dem u.a. auch Maßnahmen zur Sicherung des erforderlichen Ausbaus der Energieleitungsinfrastruktur bei zunehmend dezentraler Energieerzeugung erarbeitet werden sollten.

¹¹⁴ Reihe Steiermark 2011/5, TZ 70

Baurechts– und Dienstbarkeitsvertrag beim Pumpspeicherkraftwerk Koralm

35.1 (1) Das Land Steiermark als Grundeigentümer schloss im Juni 2014 mit dem Projektwerber des Pumpspeicherkraftwerks Koralm nach Beschluss der Landesregierung einen Baurechts– und Dienstbarkeitsvertrag für Grundflächen im Koralm–Gebiet. Gegenstand des Vertrags war die Begründung des Baurechts auf einer rd. 4,8 ha großen Teilfläche für das Dammbauwerk sowie die Einräumung von Dienstbarkeiten. Diese umfassten das Recht, Bauwerke einschließlich aller Anlagen und zugehörigen Maßnahmen zu errichten, zu warten, umzubauen und zu erneuern, sowie weiters ein Überflutungs–, ein Geh– und Fahr–, ein Gebrauchs– und ein Leitungsrecht.

(2) Als Gegenleistung waren für die Einräumung des Baurechts ein jährlicher Bauzins von rd. 5.700 EUR und für die Einräumung der Grunddienstbarkeiten ein jährliches Entgelt von rd. 12.900 EUR, somit in Summe 18.600 EUR, wertgesichert vereinbart. Zudem hatte der Projektwerber gleichzeitig mit der ersten Zahlung einmalig eine Nebenentschädigung von 73.000 EUR zu leisten.

Nach der Fertigstellung und Vermessung des Bauwerks sollten der Bauzins und das Dienstbarkeitsentgelt flächenbezogen angepasst werden. Als Grundlage dafür war das Gutachten eines Zivilingenieurs für Forst– und Holzwirtschaft vom Jänner 2012 in Verbindung mit der ergänzenden Stellungnahme eines weiteren Diplom–Ingenieurs vom Juni 2013, die laut Vertrag beiden Vertragsparteien bekannt waren, vereinbart.

In einer Beilage zum Vertrag waren – unter Verweis auf das Gutachten des Zivilingenieurs für Forst– und Holzwirtschaft – die jährliche Entschädigung für 15,5 ha Waldfläche und für 0,5 ha Weideflächen jeweils auf Basis des Ertragswerts und eines Berechnungsfaktors abgeleitet sowie drei Einzelpositionen für die einmalige Nebenentschädigung aufgelistet. Weitergehende Grundlagen für die Ertragswerte, die angesetzten Faktoren und die angesetzten Werte für die Nebenentschädigung sowie eine Differenzierung in Baurechts– und Dienstbarkeitsflächen waren im Vertrag und der Beilage nicht ersichtlich.

Der RH forderte daher das Gutachten des Zivilingenieurs für Forst– und Holzwirtschaft sowie die ergänzende Stellungnahme an. Die Abteilung 10 Land– und Forstwirtschaft (in der Folge: **Abteilung 10**) verwies auf die bereits vorliegende Beilage zum Baurechts– und Dienstbarkeitsvertrag und teilte mit, dass ein separates Gutachten des Zivilingenieurs für Forst– und Holzwirtschaft zur Bemessung des Entgelts nicht auflag.

Zur Zeit der Überprüfung war der Vertrag noch nicht rechtswirksam, weil noch nicht sämtliche erforderliche Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb des Pumpspeicherkraftwerks Koralm rechtskräftig erteilt wurden.

- 35.2 Der RH hielt fest, dass das Land Steiermark dem Projektwerber des Pumpspeicherkraftwerks Koralm Grundstücke für die Errichtung und den Betrieb des Kraftwerks durch einen Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag zur Verfügung stellte.

Er kritisierte, dass das den vereinbarten Zahlungen zugrunde liegende Gutachten eines Ziviltechnikers für Forst- und Holzwirtschaft beim Land Steiermark nicht vorlag, zumal es nach Fertigstellung des Vorhabens für die flächenbezogene Anpassung des Bauzinses und des Dienstbarkeitsentgelts erforderlich war. Da das Gutachten und die ergänzende Stellungnahme fehlten sowie die Grundlagen im Vertrag samt Beilage nicht näher dargestellt waren, waren für den RH die vereinbarten Zahlungen nicht nachvollziehbar.

Er empfahl, das Gutachten sowie die Stellungnahme, die den im Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag vereinbarten Zahlungen zugrunde lagen, (wieder) zu beschaffen.

Generell wären Grundlagen zur Bemessung von vertraglich vereinbarten Zahlungen, wie Bauzinsen, Entgelten für Dienstbarkeiten oder Entschädigungen, aufzubewahren.

- 35.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark verfasse die Abteilung 16 Verkehr und Landeshochbau, die für allgemeine Liegenschaftsangelegenheiten betreffend Erwerb und Veräußerung von Liegenschaften zuständig war, für andere Abteilungen Gutachten und gutachterliche Stellungnahmen, die als Vertragsgrundlage für diverse Vereinbarungen dienen würden.

Die Abteilung 10 könne schlüssig darlegen, dass das zugrunde liegende Vertragswerk (Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag) unter Einbindung des Verfassungsdienstes des Landes Steiermark erstellt worden sei und dass sowohl der Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag als auch das Gutachten des Zivilingenieurs in der Abteilung 10 aufliegend seien. Diese Abteilung habe im März 2013 das Gutachten des Zivilingenieurs samt zweier Entschädigungstabellen an den Amtssachverständigen der Abteilung 16 Verkehr und Landeshochbau mit der Bitte um Durchsicht und Stellungnahme übermittelt. Der Amtssachverständige habe im Juni 2013 das vom Zivilingenieur erstellte Gutachten sowie die übermittelten Tabellen in Bezug auf die jährliche Pacht von 13.971 EUR auf 18.868 EUR korrigiert. Im Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag werde auf die Ausführungen des Amtssachverständigen Bezug genommen. Diese korrigierten Wertansätze würden die Grundlage für den vorlie-

genden, beiderseits unterfertigten Vertrag bilden. Die bezug habenden Schreiben würden in der Abteilung 16 Verkehr und Landeshochbau aufliegen.

- 35.4 Der RH entgegnete dem Land Steiermark, dass er am 28. Juni 2022 das Gutachten des Zivilingenieurs und die Stellungnahme des Amtssachverständigen zur Bemessung des Entgelts für den Baurechts– und Dienstbarkeitsvertrag im Zusammenhang mit dem Pumpspeicherkraftwerk Koralm beim Land Steiermark angefordert, diese Unterlagen aber nicht erhalten hatte. Die Abteilung 10 hatte am 12. Juli 2022 unter Verweis auf die Beilage zum Baurechts– und Dienstbarkeitsvertrag mitgeteilt, dass ein separates Gutachten des Zivilingenieurs zur Bemessung des Entgelts nicht aufliege. Auch die Stellungnahme des Amtssachverständigen hatte das Land Steiermark nicht übermittelt. Der RH konnte die Angaben des Landes Steiermark daher nicht verifizieren und verblieb bei seinen Empfehlungen.

Baurechtliche Bewilligungen

- 36.1 Der RH überprüfte exemplarisch ein UVP–Feststellungsverfahren für die Erweiterung eines Feriendorfs in einer Gemeinde. Für das Vorhaben lag ein negativer UVP–Feststellungsbescheid aus 2013 für 495 geplante Betten vor. Für die baurechtliche Bewilligung der Ferienhäuser war daher die Bürgermeisterin zuständig. Im Mai 2017 stellte der Projektwerber für die Erweiterung des Feriendorfs einen Feststellungsantrag an die UVP–Behörde. Als Schwellenwert für die Beurteilung der UVP–Pflicht von Beherbergungsbetrieben¹¹⁵ war die Änderung der Bettenzahl – ausgehend von den bis dahin baurechtlich bewilligten Ferienhäusern – heranzuziehen.

Mit Stand September 2017 waren vom ursprünglichen Projekt Gebäude mit 425 Betten baurechtlich bewilligt. Gegenstand des Erweiterungsvorhabens waren 313 Betten¹¹⁶. Im Zuge der Einzelfallprüfung kamen die von der UVP–Behörde eingeholten Gutachten zum Schluss, dass durch das Vorhaben mit keinen erheblichen schädlichen, belästigenden oder belastenden Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu rechnen war. Daher stellte die UVP–Behörde im September 2018 fest, dass keine UVP durchzuführen war. Dem UVP–Feststellungsbescheid lagen auch die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden baurechtlichen Bewilligungen der einzelnen Ferienhäuser mit Angabe der jeweiligen Bettenzahl (zwischen drei und elf Betten) zugrunde.

¹¹⁵ Anhang 1, Z 20 UVP–G 2000 i.d.g.F.

¹¹⁶ Der Schwellenwert für die Durchführung einer UVP lag bei 500 Betten, jener für eine Einzelfallprüfung bei 250 Betten (50 % des Schwellenwerts für eine UVP–Pflicht). Für die Beurteilung der UVP–Pflicht musste die beantragte Änderung eine Kapazitätsausweitung von mindestens 25 % des Schwellenwerts (125 Betten) aufweisen.

Während des Feststellungsverfahrens wies eine Erwerberin eines der Ferienhäuser die UVP-Behörde darauf hin, dass im Bestand mehr Betten vermietet würden, als von den Baubewilligungen umfasst seien. Laut Mitteilung der Gemeinde an die UVP-Behörde im September 2018 waren 549 Betten baurechtlich genehmigt; hingegen wurden 662 Betten im Internet angeboten. Dem Akt der UVP-Behörde lagen Kopien von Grundrissplänen einzelner Ferienhäuser mit der vorgesehenen Anzahl und Lage der Betten bei. In einem Ferienhaus mit 150 m² Fläche gab es beispielsweise drei Einzelzimmer sowie einen Abstellraum in Schlafzimmergröße mit Fenster, in einem weiteren zwei Schlafzimmer und einen Abstellraum mit Balkonzugang. Im Internet wurden diese Ferienhäuser für neun Personen angeboten. Gemäß drei dem RH vorliegenden Niederschriften der Bauverhandlungen sollte die im jeweiligen Gebäude maximal zulässige Bettenzahl über eine Auflage vorgeschrieben werden.

Die Abteilung 13 forderte – als Aufsichtsbehörde in baurechtlichen Angelegenheiten – die Gemeinde im Juli 2018 und Oktober 2018 auf, den Sachverhalt aus baurechtlicher Sicht zu überprüfen und gegebenenfalls baupolizeiliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Baubehörde sei verpflichtet, die vorschriftswidrige Nutzung jener Ferienhäuser, die mehr Betten als genehmigt aufwiesen, zu untersagen. Sollte beabsichtigt sein, die Bettenanzahl bei den jeweiligen Ferienhäusern zu erhöhen, so wäre ein Antrag auf Nutzungsänderung bei der Baubehörde zu stellen, sofern keine Zuständigkeit der UVP-Behörde gegeben war.

Im nachfolgenden Rechtsmittelverfahren stellte das BVwG im April 2019 fest, dass die UVP-Behörde in ihrer Beurteilung zu Recht vom im baubehördlichen Verfahren bewilligten Stand ausgegangen war. Wenn die Ferienhäuser nicht entsprechend der Baubewilligung errichtet wurden, habe die Baubehörde diesen Mangel aufzugreifen.

Der RH erhob im Zuge seiner Überprüfung exemplarisch, dass bei zahlreichen Ferienhäusern im Internet weiterhin mehr Betten angeboten wurden, als im UVP-Feststellungsbescheid als baurechtlich bewilligt angegeben waren.

- 36.2 Der RH hielt fest, dass nach negativen UVP-Feststellungsbescheiden die Materienbehörden für die Bewilligung der Vorhaben zuständig waren, im konkreten Fall die Bürgermeisterin als Baubehörde erster Instanz. Bei diesem exemplarisch überprüften Vorhaben ortete der RH Schwierigkeiten im Vollzug zur Durchsetzung der den UVP-Feststellungsbescheiden zugrunde liegenden Bettenzahl, weil bereits zur Zeit des zweiten UVP-Feststellungsverfahrens 113 Betten mehr im Internet angeboten wurden, als von den Baubewilligungen umfasst waren.

Der RH empfahl, die Einhaltung der UVP–rechtlichen Vorgaben hinsichtlich einer UVP–Pflicht zumindest stichprobenweise zu überprüfen und gegebenenfalls ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten.

- 36.3 Laut Stellungnahme des Landes Steiermark verkenne der RH hier die Zuständigkeiten. Die Landesregierung als UVP–Behörde sei immer nur dann zuständig, wenn ein Genehmigungsverfahren beantragt worden sei oder ein positiver UVP–Feststellungsbescheid, der auch amtswegig möglich sei, vorliege. Im vom RH monierten Fall sei ein negativer Feststellungsbescheid vorgelegen, d.h., es sei keine UVP–Pflicht für das Vorhaben erkannt worden. Dies bedeute, dass die Materienbehörde bzw. die Materienbehörden für diese bzw. dieses Verfahren sachlich und örtlich zuständig seien. Es sei daher die Aufgabe der zuständigen Materienbehörde bzw. Materienbehörden, für einen gesetzesgemäßen Zustand zu sorgen, allenfalls auch unter Setzung von verwaltungspolizeilichen bzw. verwaltungsstrafrechtlichen Maßnahmen. Zu dieser Frage sei zudem auch schon der Verfassungsdienst des Amtes der Landesregierung befasst worden, der zum gleichen Ergebnis gekommen sei.
- 36.4 Der RH entgegnete, dass er in seinen Ausführungen die Verpflichtung der Baubehörde zur Durchsetzung der baurechtlichen Bewilligungsbescheide dargelegt hatte. Er wies zudem darauf hin, dass die Steiermärkische Landesregierung generell als UVP–Behörde für die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren zuständig war, wenn UVP–pflichtige Vorhaben ohne UVP–Genehmigung durchgeführt oder betrieben wurden. In diesem Fall würde ein Zuständigkeitsübergang mangels Abnahme– bzw. Genehmigungsbescheids von vornherein ausscheiden. Um zu erheben, ob allenfalls ein amtswegiges UVP–Feststellungsverfahren bzw. ein Verwaltungsstrafverfahren durchzuführen war, wären nach Ansicht des RH stichprobenweise Überprüfungen betreffend allfällige Verstöße gegen das UVP–G 2000 – insbesondere bei Vorliegen konkreter Hinweise – zweckmäßig. Der RH sah zudem auch eine Verantwortung der Landesregierung als Aufsichtsbehörde in baurechtlichen Angelegenheiten gegeben. Er verblieb daher bei seiner Empfehlung.

Schlussempfehlungen

- 37 Zusammenfassend empfahl der RH dem Land Steiermark:
- (1) Um auch nur den Anschein einer möglichen Beeinflussung und Abhängigkeit zu vermeiden, wäre die organisatorische Einbindung der Umweltschlichtung in die Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung zu überprüfen und gegebenenfalls eine Ansiedlung in einem anderen, nicht für den Natur- und Umweltschutz zuständigen Bereich, z.B. der Landesamtsdirektion, zu erwägen. (TZ 5)
 - (2) Die Stellenbeschreibung der Leiterin der Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung wäre hinsichtlich der Aufsicht über die weisungsfreie Umweltschlichterin und die weisungsfreie Tierschutzombudsfrau dahingehend anzupassen, dass lediglich eine Dienstaufsicht, jedoch keine Fachaufsicht besteht. (TZ 5)
 - (3) Die Mindestpersonenanzahl pro Organisationseinheit entsprechend dem Leitfadensystem zum Organisationshandbuch wäre einzuhalten. (TZ 7)
 - (4) Personalanforderungen sowie Darstellungen angespannter Personalsituationen wären stets schriftlich zu erstellen. (TZ 8)
 - (5) Der Personalstand des Fachteams Umweltverträglichkeitsprüfung wäre aufgrund der steigenden Anzahl der Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVP**) und der über mehrere Jahre laufenden UVP-Abnahmeverfahren basierend auf einer Auswertung von korrekten Leistungszeiterfassungen zu analysieren. Gegebenenfalls wären durch diese Auswertungen untermauerte Personalbedarfsmeldungen an die Abteilung 5 Personal zu stellen. (TZ 8)
 - (6) Ein rechtlich formalisiertes und transparentes Besetzungsverfahren mit verfahrensrechtlichen Vorgaben (z.B. Fristen, Ausschreibung, Hearing, Entscheidungsfindung, Bewertungskriterien) wäre für die Bestellung von Führungskräften zu normieren. Diese Regelung hätte auch die Bestellung von Leitungsfunktionen in Abteilungen zu umfassen. Die Landesregierung sollte eine Gesetzesvorlage für ein Ausschreibungs- und Objektivierungsgesetz dem Landtag vorlegen. (TZ 9)
 - (7) Auf eine korrekte Leistungszeiterfassung wäre zu achten; auf Fehlbuchungen, die im Rahmen von Controllingmaßnahmen aufgezeigt wurden, wäre durch geeignete Maßnahmen zu reagieren. Arbeitsanweisungen wären einzuhalten bzw. wäre eine abweichende Anwendung zu begründen und zu dokumentieren. (TZ 11)

- (8) Die juristischen Referentinnen und Referenten wären entsprechend ihrer Ausbildung und Einstufung einzusetzen; die Assistenzleistungen wären von den dafür beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erledigen zu lassen. Für den Fall der Verhinderung der Assistenzkraft im Fachteam Umweltverträglichkeitsprüfung wäre abteilungsintern für eine Vertretung zu sorgen. (TZ 11)
- (9) Mögliche Befangenheiten wären schon vor der Bestellung der nicht amtlichen Sachverständigen durch das nachweisliche Abfragen von Befangenheitsgründen sowie der Bestätigung der Nichtbefangenheit durch die nicht amtlichen Sachverständigen auszuschließen. (TZ 12)
- (10) Die Bediensteten wären regelmäßig an ihre Verpflichtung zur Meldung ihrer Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten zu erinnern. Die Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten der Amtssachverständigen wären im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den dienstrechtlichen Vorgaben regelmäßig zu überprüfen. (TZ 13)
- (11) Den UVP-Koordinatoren wäre, nach Maßgabe der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, eine Aufstellung aller gemeldeten Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten der Amtssachverständigen zur Verfügung zu stellen, um die Nebenbeschäftigungen und Nebentätigkeiten bei der Auswahl von Sachverständigen für die UVP-Verfahren berücksichtigen zu können. (TZ 13)
- (12) Bei Beauftragungen von Unternehmen aktiver Landesbediensteter als Sachverständige wäre verstärktes Augenmerk auf die Zeiterfassung der Bediensteten zu richten, um einer möglichen Überlastung der Bediensteten vorzubeugen und der Fürsorgepflicht des Dienstgebers nachzukommen. (TZ 13)
- (13) Die Honorare bzw. Gebühren der nicht amtlichen Sachverständigen wären hinkünftig bei der UVP-Behörde einreichen zu lassen und auf sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen. Der von der UVP-Behörde zu erstellende Kostenbescheid wäre sowohl dem Projektwerber als auch dem nicht amtlichen Sachverständigen zu übermitteln. Die durch Bescheid vorgeschriebenen Kosten könnten direkt vom Projektwerber an den nicht amtlichen Sachverständigen bezahlt werden. (TZ 15)
- (14) Die Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit wäre – z.B. durch einen Vermerk auf der Rechnung mit Namen und Datum – nachvollziehbar zu dokumentieren. (TZ 15)

- (15) Im Rahmen der jährlichen Bescheidstatistik der Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung wäre künftig auch die Anzahl der noch offenen Verfahren zu erheben. (TZ 16)
- (16) Daten zu UVP–Verfahren wären fehlerfrei und vollständig an die Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu übermitteln. (TZ 16)
- (17) In UVP–Feststellungsverfahren wäre gegebenenfalls die Vorlage von Unterlagen und Gutachten im Hinblick auf die im UVP–Gesetz 2000 festgelegte sechswöchige Entscheidungsfrist zu urgieren. (TZ 17)
- (18) Für alle UVP–Verfahren wären zur Steuerung und Transparenz des Verfahrensablaufs die gesetzlich vorgesehenen Zeitpläne zu erstellen. Diese wären gegebenenfalls zu aktualisieren, an alle Verfahrensbeteiligten zu kommunizieren sowie im Internet zu veröffentlichen. (TZ 17)
- (19) Die Wirkungskennzahl „Bescheidbehebungen durch Verwaltungsgerichte bzw. Höchstgerichte pro Jahr“ wäre um Änderungen von Bescheiden durch Verwaltungsgerichte zu ergänzen. (TZ 20)
- (20) Abstimmungen zwischen UVP–Behörde und Projektwerbern vor Antragstellung wären transparent und systematisch vorzunehmen und die Ergebnisse nachvollziehbar zu dokumentieren, um Verfahrensverzögerungen und Verbesserungsaufträge im UVP–Genehmigungsverfahren möglichst zu vermeiden. (TZ 21)
- (21) Genehmigungsanträge, Projektunterlagen und die Umweltverträglichkeitserklärungen wären unverzüglich an die mitwirkenden Behörden bzw. die Umweltverträglichkeitserklärungen unverzüglich an die Umweltanwältin und die Standortgemeinden zu übermitteln. (TZ 22)
- (22) Auf eine zeitnahe Übermittlung von Projektunterlagen durch die Projektwerber wäre zu achten; in den Verbesserungsaufträgen wären Fristen festzulegen. (TZ 23)
- (23) Es wäre darauf zu achten, dass die zusammenfassende Bewertung bzw. das Umweltverträglichkeitsgutachten den Parteien rechtzeitig vor der mündlichen Verhandlung zur Kenntnis gelangt. (TZ 24)
- (24) In den Bescheiden wäre auf eine nachvollziehbare Begründung, die sich konkret auf die vorgelegten Stellungnahmen der Parteien bezieht, zu achten. (TZ 25)

- (25) Es wäre dafür zu sorgen, dass hoheitliche Kernaufgaben – insbesondere die rechtliche Würdigung und Interessenabwägung – durch die zuständige Behörde selbst durchgeführt werden. (TZ 26)
- (26) Abnahmeverfahren wären zeitnah nach Projektfertigstellung durchzuführen und abzuschließen. (TZ 27)
- (27) Ein System (z.B. datenbankunterstützt) wäre einzuführen, mit dem die Termine der für die UVP-Behörde relevanten Fristen bzw. Auflagen – unabhängig von jeweiligen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern – verwaltet werden können. (TZ 27)
- (28) Den gesetzlichen Erfordernissen zu Überprüfungen von Vorhaben wäre fristgerecht und vollinhaltlich nachzukommen. (TZ 28)
- (29) Den Verwaltungsstrafbestimmungen bei Übertretungen im UVP-Bereich wäre nachzukommen. Bei festgestellten Gesetzesübertretungen wäre die zügige und wirksame Herstellung des gesetzmäßigen Zustands durchzusetzen. (TZ 29)
- (30) Die Evaluierung der Landschaftsschutzgebiete wäre – unter Berücksichtigung der Alpenkonvention – voranzutreiben und abzuschließen, um insbesondere den Schutzzweck, die Schutzziele und die erforderlichen Beschränkungen in den einzelnen Landschaftsschutzgebieten klar festzulegen und so auch die Verfahrenssicherheit für die Genehmigung von Vorhaben zu erhöhen. Allfällige Änderungen wären im Zuge einer Interessenabwägung nachvollziehbar zu begründen. (TZ 30)
- (31) Bei der nächsten Evaluierung des „Entwicklungsprogramms für den Sachbereich Windenergie“ wären Standortvorschläge für Windkraftanlagen systematisch auf der Basis von Eignungs- und Ausschlusskriterien zu bewerten und darzustellen. (TZ 33)
- (32) Bei der nächsten Evaluierung des „Entwicklungsprogramms für den Sachbereich Windenergie“ wäre stärker und methodisch nachvollziehbar auf Schutzgebiete Bedacht zu nehmen, um die Verfahrensrisiken für die erforderlichen Genehmigungsverfahren möglichst gering zu halten. (TZ 33)
- (33) Das Gutachten sowie die Stellungnahme, die den im Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag zum Pumpspeicherkraftwerk Koralm vereinbarten Zahlungen zugrunde lagen, wären (wieder) zu beschaffen. (TZ 35)

- (34) Grundlagen zur Bemessung von vertraglich vereinbarten Zahlungen, wie Bauzinsen, Entgelten für Dienstbarkeiten oder Entschädigungen, wären aufzubewahren. (TZ 35)
- (35) Die Einhaltung der UVP-rechtlichen Vorgaben hinsichtlich einer UVP-Pflicht wäre zumindest stichprobenweise zu überprüfen und gegebenenfalls ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten. (TZ 36)



**Rechnungshof
Österreich**

Wien, im Juni 2023

Die Präsidentin:

Dr. Margit Kraker

Anhang

Tabelle A: Anzahl der im Zeitraum 2015 bis 2021 in der Steiermark anhängigen UVP–Genehmigungs–, Änderungs– und Abnahmeverfahren nach Vorhabentyp

Vorhabentyp ¹		Projektwerber				
		Land Steiermark	Stadt Graz	Unternehmen in öffentlichem Eigentum bzw. mit öffentlicher Beteiligung	private Unternehmen	Summe
		Anzahl Verfahren				
Abfallwirtschaft	Abfallbehandlungsanlage	0	0	0	6	6
	Deponie	0	0	0	1	1
Energiewirtschaft	Windkraftanlage	0	0	11	1	12
Infrastrukturprojekte	Straße	5	1	0	0	6
	Schigebiet	0	0	0	2	2
	öffentlicher Parkplatz	0	0	0	1	1
	ständige Renn– oder Teststrecke	0	0	0	3	3
Bergbau	Entnahme von mineralischen Rohstoffen im Tagbau	0	0	0	1	1
Wasserwirtschaft	Abwasserreinigungsanlage	0	0	1	0	1
	Wasserkraftanlage	0	0	5	2	7
Land– und Forstwirtschaft	Anlage zum Halten oder zur Aufzucht von Tieren	0	0	0	1	1
	Rodung	0	0	1	1	2
sonstige Anlagen	integriertes chemisches Werk	0	0	0	1	1
	Papierherstellung	0	0	0	11	11
	Eisenverarbeitung	0	0	0	2	2
	Herstellung von Feinchemikalien in Mehrzweck– oder Mehrproduktanlagen	0	0	0	2	2
Summe	Anzahl	5	1	18	35	59
	Anteil in %	8,5	1,7	30,5	59,3	100

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

Quelle: Land Steiermark

¹ in der Steiermark im überprüften Zeitraum 2015 bis 2021 relevante Vorhabentypen gemäß Anhang 1 UVP–G 2000 (vereinfachte Darstellung)

Tabelle B: Mängel bei Datenübermittlungen zu UVP–Genehmigungsverfahren an die UBA–GmbH

Zeitraum der Datenübermittlung ¹	UVP–Genehmigungsverfahren ²	Datum laut Akten	Darstellung im Auszug der UVP–Datenbank der UBA–GmbH	Mitteilung der Abteilung 13 an die UBA–GmbH	Anmerkung RH
Juli 2019	Windpark Stanglalm	Antrag: 21.12.2015	Antrag: 18.04.2018	keine Änderung	fehlende Korrektur ³
	B 68 Feldbacher Straße Studenzen – Saaz ⁴	Antrag: 18.07.2016	Antrag: 18.06.2016	keine Änderung	fehlende Korrektur
	Pumpspeicherkraftwerk Koralm	Antrag: 17.08.2016	Antrag: 19.11.2018	keine Änderung	fehlende Korrektur
	Windpark Pretul 2	Antrag: 12.03.2018	Antrag: 16.07.2018	keine Änderung	fehlende Korrektur
	Papierherstellung Gratkorn	Antrag Detailgenehmigung: 06.04.2018	nicht enthalten	keine Ergänzung	fehlende Mitteilung
September 2019	<i>Windpark Stanglalm</i>	<i>Antrag: 21.12.2015</i>	<i>Antrag: 18.04.2018</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	<i>B 68 Feldbacher Straße Studenzen – Saaz</i>	<i>Antrag: 18.07.2016</i>	<i>Antrag: 18.06.2016</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	Unterführung Josef–Huber–Gasse	Antrag: 11.11.2016	Antrag: 18.09.2017	keine Änderung	fehlende Korrektur ³
März 2020	<i>Windpark Stanglalm</i>	<i>Antrag: 21.12.2015</i>	<i>Antrag: 18.04.2018</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	<i>B 68 Feldbacher Straße Studenzen – Saaz</i>	<i>Antrag: 18.07.2016</i>	<i>Antrag: 18.06.2016</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
März 2021	<i>Unterführung Josef–Huber–Gasse</i>	<i>Antrag: 11.11.2016</i>	<i>Antrag: 18.09.2017</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	Windpark Steinriegel III	Antrag: 15.02.2019	Antrag: 26.06.2020	keine Änderung	fehlende Korrektur
Oktober 2021	<i>Unterführung Josef–Huber–Gasse</i>	<i>Antrag: 11.11.2016</i>	<i>Antrag: 18.09.2017</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	<i>Windpark Stanglalm</i>	<i>Antrag: 21.12.2015</i>	<i>Antrag: 18.04.2018</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	<i>Windpark Steinriegel III</i>	<i>Antrag: 15.02.2019</i>	<i>Antrag: 26.06.2020</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	Schweinezuchtanlage Schwarzaual ⁴	Antrag: 04.05.2017	nicht enthalten	Antrag: 22.12.2020	Mitteilung falsches Datum
	Wasserkraftanlage Laufnitzdorf	Antrag: 15.07.2019	Antrag: 11.01.2021	keine Änderung	fehlende Korrektur ³
	Messequadrant Fröhlichgasse Graz	Antrag: 14.08.2016	Antrag: 18.04.2016	keine Änderung	fehlende Korrektur ³
	Windpark Freiländeralm 2	Antrag: 21.12.2020	Antrag: 10.06.2021	keine Änderung	fehlende Korrektur

Zeitraum der Daten- übermittlung ¹	UVP–Genehmigungsverfahren ²	Datum laut Akten	Darstellung im Auszug der UVP– Datenbank der UBA–GmbH	Mitteilung der Abtei- lung 13 an die UBA–GmbH	Anmerkung RH
März 2022	<i>Wasserkraftanlage Laufnitzdorf</i>	<i>Antrag: 15.07.2019</i>	<i>Antrag: 11.01.2021</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	<i>Messequadrant Fröhlichgasse Graz</i>	<i>Antrag: 14.08.2016</i>	<i>Antrag: 18.04.2016</i>	<i>keine Änderung</i>	<i>fehlende Korrektur</i>
	Windpark Freiländeralm 2	Antrag: 21.12.2020 öffentliche Auf- lage: 12.07.2021	Antrag: 10.06.2021	keine Änderung öffentliche Auflage: 12.06.2021	fehlende Korrektur/ Mitteilung falsches Datum
	Schweinezuchtanlage Schwarzautal	Antrag: 04.05.2017	Antrag: 22.12.2020	keine Änderung	fehlende Korrektur

In kursiver Schrift ist eine Wiederholung derselben Daten dargestellt.

Quellen: Land Steiermark; UBA–GmbH

UBA–GmbH = Umweltbundesamt Gesellschaft mit beschränkter Haftung

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

¹ Eine Dokumentation der übermittelten Verfahrensübersichten lag dem RH ab 2019 vor.

² ohne Änderungs– und Abnahmeverfahren

³ mit Stand Juni 2023 weiterhin falsches Datum in der UVP–Datenbank vermerkt

⁴ mit Stand Juni 2023 nicht in der UVP–Datenbank abrufbar

Tabelle C: Abänderung von UVP–Genehmigungsbescheiden durch das Bundesverwaltungs-
gericht im überprüften Zeitraum

	Verhüttungswerk Zeltweg	Windpark Stubalpe	Windpark Stanglalm ¹
Anzahl Auflagen bzw. Nebenbestimmungen			
UVP–Genehmigungsbescheid			
Vorschreibung	211	130	166
Entscheidung Bundesverwaltungsgericht			
Änderung	8 ²	13	1
Ergänzung	13 ²	34	0
Entfall	10	2 ³	1

UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung

Quelle: Land Steiermark

¹ Das Verfahren war zur Zeit der Überprüfung durch den RH beim Verwaltungsgerichtshof anhängig.

² davon jeweils eine Auflage mehrseitig

³ davon eine im Projekt enthaltene Maßnahme

R
—
H

